

Rassismus erkennen Farbe bekennen



Inhalt

- 3 **Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche 2002**
- 4 **Rassismus erkennen – Farbe bekennen**
Georg Kardinal Sterzinsky
- 9 **Die Zuwanderungsdebatte und die Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche**
Günter Burkhardt
- 10 **Zuwanderung gestalten – Integration fördern**
Auszug aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission
»Zuwanderung«
- 12 **Gewalt gegen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus**
Jörg Alt SJ
- 14 **Wer ist der Andere? Wer ist der Fremde?**
Dr. Nadeem Elyas
- 16 **Wer Frieden zwischen den Religionen will, muss Unterschiede aushalten**
Gespräch zwischen Iman Mehdi Razvi und
Bischof Dr. Hans-Christian Knuth

Bausteine für einen Gottesdienst

- 19 **Meditation zum Plakat: »Rassismus erkennen – Farbe bekennen«**
Dr. Rolf Wischnath
- 20 **Gottesdienst »Carnival der Kulturen« in Gelsenkirchen**
Mit einer Predigt von Prälat Stadtdechant Edmund Ernst
- 22 **Predigt**
Dr. Hans-Gerhard Koch
- 24 **Ökumenischer Gottesdienst in Gotha**

Christlich-Islamischer Dialog

- 26 **Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen und die Katholische Kirche in Deutschland: Handlungsimpulse**
Dr. Barbara Huber-Rudolf
- 30 **F(f)este feiern in der Gemeinde**
Alexander Rudolf
- 32 **Eine Moschee in unserer Stadt**
Ein Erfahrungsbericht aus Gladbeck
- 32 **»Begegnungsknigge«**
- 34 **Gebete und Gottesdienste**
Vom gegenseitigen Besuch zum gemeinsamen Gebet –
ein Erfahrungsbericht
- 35 **Feier der Religionen**
Gabriele Herbst
- 36 **Frauenkulturen**
Christliche und muslimische Frauen in Begegnung
und Gespräch

Beispiele und Anregungen

- 37 **»Der edelste Teil«**
Theaterprojekt zur Migration, gegen Rassismus
und Gewalt
- 38 **»Enjoy the difference«**
Eine Kampagne der KJG für mehr Toleranz
- 39 **Ausländische Jugendliche – Ausbildungshemmnisse abbauen**
- 39 **Antirassistischer Workshop an Jenaer Schulen**
- 40 **»Taking Root In Hard Ground«**
Wurzeln schlagen auf hartem Boden – Eine Ausstellung
- 41 **MIGRATION – Wanderlesung in Schulen**
Hidir Celik
- 42 **SOS-Eingang**
- 42 **Xenophilia**
Spiel gegen Fremdenfeindlichkeit für die Schulen
- 43 **Schneeballsystem**
Projektschultage »Für Demokratie Courage zeigen«
- 44 **»Wie knackt man eine Kokosnuss?«**
Martin Schramme

- 46 **Stellungnahmen**

- 48 **Materialhinweise**

Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche 2002

»Rassismus erkennen – Farbe bekennen«

Die diesjährige Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche steht wie im vergangenen Jahr unter dem Motto »Rassismus erkennen – Farbe bekennen«. Wir möchten alle Menschen, die in Deutschland wohnen und leben, aufrufen, sich an der Vorbereitung und Durchführung dieser Woche zu beteiligen oder sie durch ihre Anwesenheit und Sympathie zu unterstützen. Zugleich mit diesem Aufruf möchten wir das herausstellen, was uns in diesem Jahr besonders wichtig zu sein scheint.

Im kommenden September wird die Erinnerung an die Terroranschläge vom 11. September 2001 erneut und in besonderer Weise in den Gefühlen und im Denken vieler Menschen gegenwärtig sein. Nach diesen Ereignissen sahen sich viele Muslime in Deutschland Skepsis und Misstrauen aus der Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt. Aber ebenso hat seitdem das Interesse bei vielen zugenommen, mehr über den Islam zu erfahren und Hilfen für die eigene Urteilsbildung zu erhalten.

Die Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche ist seit vielen Jahren eine besondere Gelegenheit zu Information, Meinungs austausch, Begegnung und Zusammenarbeit. Es sollte gerade bei dieser Gelegenheit öffentlich sichtbar werden, in wie vielen Bereichen es seit Jahren ein bewährtes und vertrauensvolles Miteinander gibt, das weiter gepflegt und ausgebaut werden sollte.

Die Anschläge vom 11. September lassen sich nicht religiös rechtfertigen. Das haben auch zahlreiche islamische Verbände im Hinblick auf die islamische Theologie in öffentlichen Erklärungen deutlich gemacht. Wer den Islam insgesamt für solche Taten verantwortlich machen will, verkennt nicht nur die kulturellen, psychologischen und politischen Zusammenhänge, die extremisti-

ches Denken hervorbringen oder den Resonanzboden dafür bilden, sondern auch die Vielgestaltigkeit des Islam. Gleichzeitig haben diese Ereignisse uns darin bestärkt, noch entschiedener jeder Form von Intoleranz sowie extremistischem und fundamentalistischem Denken zu widersprechen. Leider wird Religion in unserer Welt dafür vielfach missbraucht. Dies wollen wir nicht zulassen.

Ein friedvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religion oder kultureller Prägung ist nur möglich, wenn man sich wechselseitig Respekt und Achtung entgegenbringt. Soziale Gerechtigkeit, Entfaltungsmöglichkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander und die Bereitschaft zu Austausch und Dialog sind wichtige Voraussetzungen, dass dies gelingen kann. Wer sich dafür einsetzt, ist nicht naiv, sondern handelt politisch klug und weitsichtig, auch wenn sich Enttäuschungen einstellen sollten. Denn es gibt keine Alternative zu der Vision eines friedvollen Zusammenlebens aller Menschen auf diesem Globus mit ihren so unterschiedlichen Traditionen und Prägungen. Dies ist nicht nur eine Einsicht politischer Vernunft, sondern auch eine geistig religiöse Herausforderung, die wir annehmen und gestalten müssen.

Für uns als Christen sind diese Überzeugungen in der biblischen Botschaft begründet. Jesu Gebot der Nächstenliebe fordert uns dazu auf, die Grenzen von Feindschaft und Ressentiments zu überschreiten und auf den anderen, uns oft fremden Menschen zuzugehen. Jesu Botschaft und Taten sind für uns ein Auftrag, der uns verpflichtet, für Benachteiligte, für soziale Gerechtigkeit und dafür einzutreten, was den Frieden fördert. Paulus hat in seinem Brief an die Gemeinde in Galatien geschrieben, dass es unter den Christen nicht mehr die Unterscheidung in Juden und Grie-

chen, Sklaven und Freie, Männer und Frauen gebe; alle sind gleichwertig in Christus (Kapitel 3 Vers 28). Dies gilt nicht nur für die christliche Gemeinde, sondern ist uns Mahnung und Maßstab für das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt.

Wir wenden uns deswegen gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus. Wir können nicht hinnehmen, dass Menschen wegen ihrer Verschiedenheit gering geschätzt, benachteiligt oder bedroht werden. Dies ist oft die Keimzelle von Gewalt.

Wir bedauern, dass es den politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern bisher nicht gelungen ist, die Voraussetzungen für die Integration von Menschen anderer Herkunft in Deutschland nachhaltig zu verbessern und auf eine neue Grundlage zu stellen. Deswegen dringen wir erneut auf ein Gesamtkonzept, das alle wichtigen gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, soziale, rechtliche und politische Partizipation umfasst und dauerhafte, zukunftsweisende und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen anderer Herkunft am gesellschaftlichen Leben fördert. Die politisch Verantwortlichen bitten wir gerade in der Zeit des Wahlkampfes, alles zu unterlassen, was ausländerfeindlichen Stimmungen und Aktionen Vorschub leisten könnte.

Die diesjährige Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche ist eine Gelegenheit, viele Menschen anderer religiöser und kultureller Prägung zur Teilnahme und Mitwirkung zu gewinnen und ihnen zu signalisieren, dass ihre aktive Mitgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens willkommen ist. In diesem Sinn hoffen wir auf eine breite Unterstützung und wünschen allen, die sich für die Vorbereitung und Durchführung dieser Woche engagieren, Zivilcourage, Ermutigung und Gottes Segen.

Präses Manfred Kock
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Karl Kardinal Lehmann
Vorsitzender der
Deutschen Bischofskonferenz

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
von Deutschland

Rassismus erkennen – Farbe bekennen

Georg Kardinal Sterzinsky

Vortrag gehalten bei der Jahrestagung des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses am 31. Januar 2002 in Magdeburg (gekürzte Fassung)

Gründe für kirchliches Engagement zugunsten von Migranten

Die Kirchen in Deutschland haben erkannt: Das Phänomen Migration wird uns auf absehbare Zeit erhalten bleiben. Es stellt für Kirche und Gesellschaft eine dauerhafte Herausforderung dar. Entscheidend ist neben der Analyse insbesondere das Engagement für die von Migration betroffenen Menschen. Deshalb dürfen Wochen der ausländischen Mitbürger keine Einzel- oder gar Alibi-Aktionen sein. Sie müssen vielmehr als ein Element vielfachen Handelns verstanden werden, Anregungen geben und Promotor sein.

Elemente einer biblisch-theologischen Begründung

Ich möchte anknüpfen an das gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist«. Es widmet »biblisch-theologischen Überlegungen, ethischen Reflexionen und Konsequenzen« ein eigenes Kapitel.¹ Davon möchte ich einiges aufgreifen.

Gott schafft jeden Menschen nach seinem Bild und erhält ihn

Die Bibel beginnt mit einer Erzählung, die eine Grundaussage christlichen Glaubens enthält: »Gott schuf also den Menschen als sein Abbild« (Gen 1, 27). Diese Aussage hebt sich ab von manchen Vorstellungen aus der religiösen Umwelt Israels. Dort wurden Könige als Abkömmlinge der Götter in direkter physischer Verbindung gesehen. Israel bekennt aber, dass Gott jeden Menschen nach seinem Bild schuf. Das gibt jedem Menschen seine unverlierbare Würde.

Gott ist Fremden nahe und gibt ihnen einen Platz in der Heilsgeschichte

Immer wieder wird zu Recht an Abraham erinnert, den Urvater Israels, der auf Gottes Geheiß hin »aus seinem Land, von seiner Verwandtschaft und

aus seinem Vaterhaus« auswanderte und als Migrant in das ihm fremde Land Kanaan zog; zu nennen ist auch Mose, der das Volk Israel aus der Knechtschaft und Fremde führte.

Ich möchte hier aber auch an Rut erinnern, zunächst eine Fremde in Israel, die für das Volk und seine Zukunft zu einer wichtigen Person wird. Die junge Ausländerin wird zur Lebensretterin der alten Jüdin Noomi und zur Vorfahrin des für Israel so bedeutsamen Königs David.

Das Buch Rut kann gedeutet werden als eine »Protestschrift gegen die nach-exilische Abgrenzungspolitik, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz«². Wir können diese alttestamentliche Schrift heute lesen »als Fremdengeschichte, deren Provokation gerade darin besteht, dass hier ›die Fremde‹ als Retterin und als ›die Nächste‹ präsentiert wird; im Verhalten zu den Fremden entscheidet sich nach dem Buch Rut das Anbrechen der messianischen Zeit«.³

Mit dem Kirchenwort »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist« lässt sich zusammenfassend sagen: »Auswanderung aus der Heimat aufgrund von Not, ... Fremde und Heimatlosigkeit sowie die Befreiung in eine neue Zukunft hinein, das sind Grunddaten einer Theologie in Israel...«⁴

Jesus ist Fremden gegenüber offen – Jesus überwindet Bedenken gegenüber Fremden

Er sah sich zunächst zu seinem Volk, dem Volk Israel, gesandt. Das wird akzentuiert herausgestellt in der Begegnung mit der kanaänischen Frau (vgl. Mt 15, 22-28) – nach dem Markusevangelium mit einer Syrophönizierin (vgl. Mk 7, 26), jedenfalls einer Nicht-Jüdin. Die Szene ist bekannt: Die Frau fleht ihn an, Erbarmen mit ihrer Tochter zu haben, die von einem Dämon gequält wird. Jesus antwortet schroff und wenig einfühlsam: »Ich bin nur zu den verlorenen Schafen des Hauses Israel gesandt« (Mt 15, 24). Und er fügt noch abweisender hinzu: »Es ist nicht recht, das Brot den Kindern wegzunehmen und den Hunden vorzuwerfen.« Die Fremden vergleicht er mit Hunden! Ein starkes Stück! Er lässt sich später aber doch von der Fremden erweichen und erfüllt ihre Bitte, weil ihr Glaube groß ist.⁵



Georg Kardinal Sterzinsky

Jesus macht Fremde zu Verkündern seiner Botschaft

Noch weiter geht Jesus in der Begegnung mit einer anderen Fremden, der Samariterin am Jakobsbrunnen. Juden und Samariter waren durch eine jahrhundertalte Feindschaft getrennt. Die Samariter galten als halbheidnisches Mischvolk; auch zurzeit Jesu gab es häufig Reibereien, ja blutige Zwischenfälle, wenn die Galiläer ihren Weg durch Samaria nahmen.⁶ Als Jesus gegen alle Konvention die Frau um Wasser bittet, entgegnete diese: »Wie kannst du als Jude mich, eine Samariterin, um Wasser bitten?« Die Juden verkehren nämlich nicht mit den Samaritern« (Joh 4, 9). Jesus aber meidet die Fremde nicht, sondern geht auf sie zu. Er offenbart sich ihr. Später ist es die Samariterin, auf deren Vermittlung hin viele Samariter Jesus begegnen und an ihn glauben: »Viele Samariter aus jenem Ort kamen zum Glauben an Jesus auf das Wort der Frau hin, die bezeugt hatte: Er hat mir alles gesagt, was ich getan habe« (Joh 4, 39). Die Fremde wird zur Vermittlerin und Verkünderin der Botschaft Jesu.

Jesus identifiziert sich mit Fremden und versucht, das Fremdsein zu überwinden

Die Frage nach dem Umgang Jesu mit Fremden kommt zu einem gewissen Höhepunkt im Bild vom Weltgericht. Hier identifiziert sich Jesus mit dem

Fremden: »Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen.« Und er rechnet denen, die Fremden geholfen haben, das an, als hätten sie Ihm geholfen: »Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan« (Mt 25, 40).

Die Kirche und die Fremden – Gastfreundschaft

Die beginnende christliche Mission bedient sich der jüdisch-christlichen Praxis der Gastfreundschaft auch im fremden Land. Gastfreundschaft wird der Gemeinde wie einzelnen Christen empfohlen. »Sie steht unter der Verheißung Gottes, mit Fremden unter Umständen Gottesboten zu beherbergen. Die frühchristliche Mission erreicht ihre rapide Expansion auch durch Nutzung der heidenchristlichen wie jüdisch-synagogalen Gastfreundschaft; Kornelius nimmt Petrus gastlich auf, Publius den Paulus samt Begleitern... Die Pastoralbriefe legen auf die Pflege der Gastfreundschaft in den christlichen Gemeinden allen fremden und durchreisenden Brüdern und Schwestern ... gegenüber größten Wert ... Die Fürsorge für Fremde, Heimatlose, Flüchtlinge und Wandernde gehört zum Katalog von Liebeswerken, die als Kriterien im ... Weltgericht erscheinen werden.«⁷

»In der Kirche ist niemand fremd«

Die inzwischen häufig verwendete Formulierung »In der Kirche ist niemand fremd« ist letztlich Konsequenz eines Gedankens aus dem Galaterbrief, wo es heißt: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid »einer« in Christus Jesus« (Gal 3, 28). Christi Erlösungswerk gilt allen Menschen aus allen Völkern. In ihm sind die Völker vereint zu einem neuen Volk. Deshalb heißt es in der Kirchenkonstitution des II. Vatikanischen Konzils, dass Kirche ein Volk aus allen Völkern ist.⁸

Sozialethische Reflexionen und Konsequenzen

Die Würde aller Menschen ist zu schützen

Die fundamentale biblische Aussage, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist, wurde zu einer wichtigen Wurzel in der heutigen Begründung für die Menschenwürde. Wenn Gott jeden Menschen nach seinem Bild geschaffen hat, muss auch – trotz aller Unterschiede – allen Menschen dieselbe Würde zukommen.

Solidarisch miteinander leben

In Fortführung der Linie, die durch Aristoteles und Thomas von Aquin ihre Richtung bekommen hat, gilt der Staat als Garant der Solidarität bzw. des Gemeinwohls. Auch nach der wegweisen- den Enzyklika von Papst Leo XIII. aus dem Jahre 1891 *Rerum novarum* hat der Staat »die Pflicht, das Gemeinwohl zu fördern« (RN 26).

Genügt also der Einsatz im Rahmen eines nationalen Staates?

Nein. Schon der Begriff der Solidarität schließt diese Grenzziehung als zu eng aus. Papst Johannes Paul II. definiert Solidarität – ohne Bezug auf Staatsgrenzen – als »die feste und beständige Entschlossenheit, sich für das ›Gemeinwohl‹ einzusetzen, das heißt, für das Wohl aller und eines jeden, weil wir alle für alle verantwortlich sind« (Sollicitudo rei socialis 38).

Letztlich fordert das globale Denken heute in seiner Konsequenz eine globale Solidarität unter Menschen und Völkern.

Kirche steht im Dienst der universellen Heilssorge Gottes

Allem voran geht die Überzeugung: Weil Christus solidarisch mit uns ist, können auch wir solidarisch mit anderen sein. Beim kirchlichen Einsatz speziell zugunsten von Migrant*innen dürfen zwei motivierende Wurzeln nicht getrennt werden: der Einsatz für die Grundrechte der Person und der Einsatz für das Heil der Menschen, für die ganzheitliche Erfüllung in der Vollendung. Darin unterscheidet sich Kirche von Menschenrechtsorganisationen. Selbst wenn beide zugunsten der Menschen an einem Strang ziehen, so ist kirchlicher Einsatz immer auch pastoral motiviert und eschatologisch bestimmt.

Selbstverständlich helfen wir nicht nur christlichen Migrant*innen, sondern genauso muslimischen und anderen. Die Religionszugehörigkeit von Hilfesuchenden darf nicht entscheiden, ob und welche Hilfe gewährt wird.

Die Motivkombination Menschenrechtseinsatz und Pastorateinsatz darf auch nicht zu einem Missionsverständnis im Sinne von Proselytenmacherei missverstanden werden. Kirchliche und caritative Einrichtungen dürfen diesen Anschein nicht erwecken. Wichtig ist, dass hier nichts in unzulässiger Weise vermischt wird.

Kirche muss auf aktuelle Fragen zeitgemäß reagieren

Das tut sie auch, in Wort und Tat. Freilich nie genug, weil sich hier nie genug tun lässt.

Ich greife hier nur einige Gelegenheiten heraus, bei denen sich die Kirche zu Wort gemeldet hat:

- Wie oft haben die Kirchen gemeinsam und als einzelne zu verschiedenen Entwürfen des geplanten Zuwanderungsgesetzes Stellungnahmen erarbeitet und sich dazu öffentlich und nichtöffentlich geäußert!
- Die Kommission für Migrationsfragen der Deutschen Bischofskonferenz hat ein Papier zu illegalem Aufenthalt in Deutschland erarbeitet.
- Papst Johannes Paul II. hat immer wieder mit Botschaften zur bewussten Gestaltung des Welttages der Migrant*innen aufgerufen.
- Konfessionsübergreifend haben die Kirchen zur Woche der ausländischen Mitbürger im vergangenen Jahr ein Gemeinsames Wort unter dem Titel »Rassismus ist Sünde« veröffentlicht.



Foto: Francisco Conde

Rassismus erkennen – Farbe bekennen

Und würdigen möchte ich an dieser Stelle auch eine Schrift mit dem Titel »Die Kirche und der Rassismus. Für eine brüderliche Gesellschaft«, die von der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* im Jahr 1988 veröffentlicht worden ist.⁹

Diese Publikation halte ich nach wie vor für lesenswert; und ich möchte daraus im Folgenden einige grundlegende Gedanken vorstellen.

Rassismus erkennen

Rassismus in der Geschichte

Mit Rassenvorurteilen sind heute Vorstellungen von einer biologisch bestimmten Überlegenheit eines Volkes oder einer Volksgruppe gegenüber einer anderen gemeint. Historisch betrachtet haben sich derartige Vorurteile vor allem aus der Praxis der Kolonialisierung und Sklaverei am Beginn der Neuzeit entwickelt. Die Päpste verurteilten schon im 16. Jahrhundert Auffassungen, die den Angehörigen der entdeckten Völker menschliche Minderwertigkeit vorwarfen. So geißelte Paul III. im Jahre 1537 in der Bulle *Sublimis Deus* alle, »die Einwohner Westindiens und der südlichen Erdteile ... müssten wie unvernünftige Tiere behandelt und ausschließlich zu unserem Gewinn und Dienst benutzt werden«¹⁰.

Aber die Anwendung päpstlicher Direktiven stieß auf Schwierigkeiten.

Umso mehr ist das entschiedene Eintreten einzelner, etwa von Bartolomé de Las Casas, für die Rechte und Würde der Indios hervorzuheben. Sein Werk ist ein bedeutsames Zeugnis gegen Rassismus und für die Entwicklung der Auffassung von universell geltenden Menschenrechten.¹¹

Auch an den Sklavenhandel mit Schwarzen aus Afrika, die als billige Arbeitskräfte nach Amerika verkauft wurden, muss hier erinnert werden. Die von den UN veranstaltete »Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz«, die im September 2001 im südafrikanischen Durban zu Ende ging, wurde bestimmt von der Beurteilung der Sklaverei.

In der Geschichte der Kirche akzeptierten zunächst die meisten Theologen die gesellschaftliche Institution der Sklaverei. Durch den Gedanken, dass die Erlösungstat Christi die theologisch entscheidende Versklavung unter die Sünde aufgehoben habe, wurde die gesellschaftliche Institution der Sklaverei re-

lativiert. So verurteilte auch die Kirche Sklaverei zunächst nicht grundsätzlich. Erst im 19. Jahrhundert wird die Verurteilung thematisiert. Das II. Vatikanische Konzil spricht sie nachdrücklich aus und beschwört geradezu die wesentliche Gleichheit aller Menschen.¹²

Erst im 18. Jahrhundert wurde eine wirkliche Rassenideologie erdacht, die glaubte, ihre Vorurteile mit den Naturwissenschaften untermauern zu können. Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Begriff »Rasse« erstmals zur biologischen Klassifizierung von Menschen angewandt.

Die Nationalsozialisten standen ihrerseits in dieser unsäglichen Tradition.

Papst Pius XI. verurteilte unmissverständlich die nationalsozialistische Rassenideologie. Beispielsweise tat er das eindrucklich in der Enzyklika »Mit brennender Sorge«. Hier muss aber auch auf verschiedene andere christliche Zeugen dieser Zeit verwiesen werden, die die Rassenideologie ablehnten.

Uns in Deutschland bewegt das Thema »Rassismus« in besonderer Weise, weil sich Rassismus hierzulande auf teuflische Art als Antisemitismus gezeigt hat und bei einigen bis heute zeigt. Die persönliche Schuld der Verantwortlichen der NS-Diktatur ist nicht die Schuld von uns heute. Aber die Spuren des NS-Rassismus, der in die Vernichtung von Millionen Juden, Sinti, Roma und anderen führte, diese Spuren müssen wir heute im Aufflammen rassistisch motivierter Gewalt wiedererkennen.

Rassismus in der Gegenwart

Die offenkundigste Form des Rassismus im Sinne eines institutionellen Rassismus zeigte sich bis Ende des vergangenen Jahrhunderts im Regime der Apartheid in Südafrika.

Auch manche kriegerischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre trugen rassistische Züge: die Verbrechen in Kambodscha, in Ruanda, auf dem Balkan, in Osttimor, letztlich auch in Palästina. Selbst diese Konflikte, die Millionen von Toten gekostet haben, werden bei uns schnell vergessen, obwohl auch manche dieser Konfrontationen rassistisches Denken in Deutschland nährt bzw. zum Ausbruch bringt. Ich denke an gewalttätige Auseinandersetzungen unter Ausländern in Deutschland bis hin zu – tatsächlichen oder vermeintlichen – Anschlägen von Palästinensern auf Synagogen.

DAS MEER TRÄGT FISCHER

Die Erde umarmt alles,
Rotes, Gelbes, Schwarzes, Weißes.
Das Meer trägt Fische,
silberne, grüne, gelbe, rote, weiße.
Der Wald beschützt Tiere,
schwarze, rote, gelbe, grüne.
Das Land umarmt die Menschen –
nur weiße?

Nezif Telek

aus: Programm zur Interkulturellen Woche,
Magdeburg 2001

Rassendiskriminierungen gibt es heute gegenüber Ureinwohnern in verschiedenen Ländern der Erde. Sie spielen in unserer Öffentlichkeit eine geringe Rolle. Gleichwohl unterhält Deutschland mit davon betroffenen Ländern, etwa in Lateinamerika, Afrika oder Südostasien, zum Teil gute Kontakte.

Sehr verbreitet ist auch die Ethnozentrik, die darin besteht, dass ein Volk dadurch seine Identität zu wahren versucht, dass es andere herabwürdigt. Hier kommt zweifellos ein instinktiver Drang zum Ausdruck, Werte, Glaubensvorstellungen und Gewohnheiten der eigenen Gemeinschaft wahren zu wollen. Dagegen ist nichts einzuwenden; wohl aber, wenn damit eine Herabstufung anderer Völker einhergeht.

Genannt werden müssen auch Formen eines gewissen Sozialrassismus. Der entsteht, wenn etwa arme Bauern von ihrem Grund und Boden vertrieben und von Großgrundbesitzern in wirtschaftlicher und sozialer Unterlegenheit gehalten werden, wobei Behörden gleichgültig oder gar als Mittäter auftreten.

Die Schrift von *Justitia et Pax* weist auch auf ein Phänomen hin, das »spontaner Rassismus« genannt wird. Er »ist noch verbreiteter, zumal in Ländern mit hoher Einwanderungsrate. Er ist bei den Einwohnern dieser Länder gegenüber Ausländern zu beobachten, vor allem, wenn letztere anderen ethnischen Ursprungs oder anderer Religion sind ... Diese tadelnswerte Einstellung entstammt der irrationalen Furcht, wie die Anwesenheit anderer und das Konfrontiertsein mit Andersartigkeit sie oft hervorruft. Bewusst oder unbewusst zielt eine solche Einstellung darauf ab, dem anderen das Recht auf sein So-Sein und jedenfalls auf das ›Bei-uns-Sein‹ abzusprechen.«¹³

Ob es glücklich ist, dies spontanen Rassismus zu nennen, will ich dahingestellt sein lassen. Jedenfalls dürfen wir uns vor der Tatsache nicht verschließen, dass die schon zu uns gekommenen Einwanderer unter den »alteingesessenen« Deutschen auch zu verschiedenen Formen von Verunsicherung führen. Diese Verunsicherungen müssen thematisiert und aktiv aufgegriffen werden, damit daraus keine unbegründeten (Rassen-) Vorurteile werden.

Als weitere Form von Rassismus der Gegenwart muss leider auch der Antisemitismus genannt werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass sich zu den aus der Vergangenheit überkommenen Vorurteilen gegenüber Juden aktuelle Erlebnisse, etwa aus dem Nahost-Konflikt, gesellen können.

Wenigstens nennen möchte ich hier auch die Befürchtung, dass gentechnische Möglichkeiten künftig auch die Gefahr eines eugenischen Rassismus heraufbeschwören können.

Farbe bekennen – Beiträge der Christen zur Überwindung von Rassismus

Schuldbekennnis und Vergebungsbite

Als Vertreter der Kirche muss ich mich zunächst damit auseinandersetzen, dass auch Vertreter des Christentums in nicht geringem Maße zum Antisemitismus (durch antijüdische Affekte) oder zu Rassenvorurteilen (durch die Verquickung mit dem Kolonialismus) weltweit beigetragen haben.

Hinsichtlich der heutigen Situation ist zu fragen: Sind die Grenzen der Inkulturation des Glaubens weit genug gezogen?

Papst Johannes Paul II. hat mit Blick auf die lange Geschichte der Kirche immer wieder und im Jahr 2000 auf bisher einmalige Weise öffentlich bekannt, dass auch die Kirche gesündigt und gefehlt hat, und er hat um Vergebung gebeten. Schuldbekennnis und Vergebungsbite sollen der »Reinigung des Gedächtnisses« dienen und damit einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der von Sünde entstellten Vergangenheit der Kirche.¹⁴

Dadurch wird eindrücklich vor Augen geführt: Rassenvorurteile und Rassismus entstehen im Menschen selbst. Sie können nur überwunden werden, wenn es zu einem Wandel im menschlichen Herzen kommt.



Ökumenischer Eröffnungsgottesdienst 2001, Nikolaikirche, Leipzig
Foto: Mahmoud Dabdoub

Öffentliches Eintreten für Geschwisterlichkeit und Solidarität

Immer wieder werden Kirchenvertreter eingeladen, sich an unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen gegen Rassismus zu beteiligen. Wir dürfen und wollen uns solchen Einladungen nicht verweigern.

Aber wir laden auch unsererseits andere zu derartigen Aktionen ein, wie etwa die »Woche der ausländischen Mitbürger« zeigt. Damit wollen wir bewusst – gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen – öffentlich ein Zeichen setzen für eine geschwisterliche und solidarische Gesellschaft.

Farbe bekennen die Kirchen auch durch ihre Einrichtungen und Dienste, die sich Flüchtlingen, Asylbewerbern, illegal in Deutschland Lebenden usw. zuwenden.

Der Einsatz schließt auch die Politik ein. Die Kirchen haben nie einen Hehl aus ihrer Forderung gemacht, Wahlkampf nicht auf Kosten von Ausländern zu führen.

Sie haben sich mehrfach zu den verschiedenen Entwürfen eines Zuwanderungsgesetzes geäußert und versucht, für die Situation der betroffenen Menschen zu werben. Ich will hier nur an einen Punkt erinnern: Ich bin enttäuscht, dass im Gesetzentwurf der Problemkomplex der aufenthaltsrechtlichen »Illegalität« nicht bearbeitet wurde. Dabei geht es mir insbesondere um die Abschaffung des Strafbarkeitsrisikos für humanitäre Helfer und darum, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht gewis-

se Rechte tatsächlich in Anspruch nehmen können, zum Beispiel das Recht der Kinder auf Beschulung.

Damit können übrigens auch die, die Hoheit über die Schulen haben und die Schulen selbst auf glaubwürdige Weise für Werteverziehung in den Schulen eintreten.

Speziell im Religionsunterricht kann diese Erziehung konkretisiert und es kann verdeutlicht werden, dass sich wahrhaftig gelebter christlicher Glaube und Rassismus ausschließen.

Für einen besonders wichtigen Beitrag der Kirchen halte ich es, wenn sie internationalen Austausch und Begegnung organisieren, insbesondere für Jugendliche, damit diese positive Erfahrungen mit Menschen aus anderen Völkern machen können. Ich denke an die Weltjugendtreffen der katholischen Kirche, an jährlich stattfindende internationale Taizétreffen, daran, dass katholische Ordensgemeinschaften Jugendliche einladen, als »Missionare auf Zeit« in anderen Ländern zu leben und zu arbeiten...

Migration und interreligiöser Dialog

Eine Konsequenz aus dem 11. September ist: Religion ist auch in der deutschen Öffentlichkeit wieder ein Thema geworden. Die unmittelbare Stimmung nach den Anschlägen machte Warnungen vor Feindseligkeiten gegen Angehörige anderer Religion oder Rasse oder gegen deren Einrichtungen nötig.

Diese Warnungen sind dann wiederum missdeutet worden in dem Sinn: der Westen habe dem militanten Islam nichts entgegenzusetzen.¹⁵

Von Kirchenvertretern ist vor neuen Konflikten gewarnt und zu Gerechtigkeit, Friedfertigkeit und Versöhnung aufgerufen worden, auch zu klugem, mutigem und zugleich maßvollem Handeln gegenüber den Terroristen.

Christen und Gemeinden sind eingeladen worden, die Begegnung mit muslimischen Nachbarn zu suchen, sich mit den Opfern solidarisch zu zeigen und um Frieden zu beten.

Inspiziert durch das Treffen, das am gleichen Tag in Assisi stattfand, haben wir am 24. Januar 2002 im Berliner Rathaus ein Friedensgebet mit 14 Vertretern von in Berlin vorhandenen Konfessionen und Religionen gehalten. Die Vertreterinnen und Vertreter beteten nacheinander um den Frieden – jeweils nach ihrer Art und in ihrer Sprache, mit ihren Worten und Gesten. Unter ihnen waren neben Vertretern christlicher Konfessionen Menschen jüdischen, muslimischen, buddhistischen und hinduistischen Glaubens.

Das Friedensgebet führte vor Augen, welch große religiöse und spirituelle Vielfalt es in dieser Stadt gibt. Es wurde deutlich: Religionen und Konfessionen können gemeinsam – freilich jeder auf seine Weise, aber gemeinsam – einen Dienst für die heutige säkularisierte Gesellschaft leisten, nämlich zeigen, dass es gut ist, die spirituelle Dimension des Menschen wahrzunehmen und zu entfalten.

Es ist aber auch die Notwendigkeit deutlich geworden, vor der religiösen Überzeugung des anderen Ehrfurcht zu haben und ihm mit Wohlwollen zu begegnen. Bei vielen blieb der Eindruck: solche Treffen sollte es öfter geben.

Was hier bei einer Begegnung von Menschen unterschiedlicher Religion deutlich wurde, dürfte auch für Begegnungen von Menschen verschiedener Kulturen oder Ethnien gelten. Wir müssen versuchen, den anderen, der mit uns lebt, wahrzunehmen, erste Kontakte aufzubauen, dann häufigen Austausch suchen und pflegen. Unter Menschen, die sich kennen und schätzen, hat Rassismus wenig Chancen. (Diese Vorstellung steht doch auch hinter »Interkultureller Woche«.)

Auf den Zusammenhang von Migration und interreligiösem Dialog hat auch Papst Johannes Paul II. mit seiner Botschaft zum diesjährigen Welttag der Migranten hingewiesen. Darin nennt er den interreligiösen Dialog eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. »Das Phänomen der Migration könnte seine Entwicklung fördern.«

Schluss

Rassismus zeigt sich in unterschiedlichen Formen und Graden. Die Wege, ihm entgegenzutreten, sind ebenfalls zahlreich und verschieden. Ich danke Ihnen allen für die Wege, die Sie in diesem Sinne bereits engagiert gegangen sind.

Ich möchte uns alle ermutigen, bei uns selbst zu beginnen und dann mutig alte und neue Wege zu beschreiten. Das Ziel unseres Engagements – Rassismus überwinden – möchte ich positiv so formulieren: Lasst uns eine geschwisterliche und solidarische Welt aufbauen.

- 1 Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der ACK in Deutschland (Hrsg.), »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist.« Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht, Bonn / Frankfurt a. M. / Hannover 1997, Ziffer 93 ff.
- 2 Erich Zenger, Einleitung in das Alte Testament, Stuttgart / Berlin / Köln 1995, 148.
- 3 Ebd. 150-151.
- 4 »...und der Fremdling, der in deinen Toren ist.« A. a. O. Ziffer 128.
- 5 Wenigstens erwähnt sei hier auch Jesu Hochschätzung des Samariters in Lk 10, 25-37.
- 6 Vgl. Joachim Gnilka, Johannesevangelium, Würzburg 1993, 33. Und: Rudolf Schnackenburg, Das Johannesevangelium, Bd. 1, Leipzig 1966, 461.

- 7 Paul-Gerhard Müller, Artikel: Fremde/r. In: Johannes Bauer u. a. (Hrsg.), Bibeltheologisches Wörterbuch, Graz / Wien / Köln 1994, 187.
- 8 Vgl. LG 13. Dazu auch: Mariano Delgado, Volk Gottes unter den Völkern. Katholiken deutscher und ausländischer Herkunft in Deutschland – Herausforderungen für die Pastoral. In: Seelsorgeamt im Erzbischöflichen Ordinariat Berlin (Hrsg.), Informationen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Nr. 48 (2/1996), 40-51.
- 9 Päpstliche Kommission *Justitia et Pax*, Die Kirche und der Rassismus. Für eine brüderliche Gesellschaft, Rom 1988 (dt. Übersetzung hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Arbeitshilfe 67, Bonn 1988).

- 10 Zitiert nach: Ebd. 6.
- 11 Vgl. dazu: Konrad Hilpert, Die Entstehung der Menschenrechte im Zeitalter der »Entdeckungen«. In: Ders., Menschenrechte und Theologie, Freiburg i. Ue. / Freiburg i. Br., 2001, 59-87.
- 12 Vgl. Heike Grieser / Hans-Joachim Lauth, Artikel: Sklave, Sklaverei, IV. Theologisch-ethisch. In: LThK, Bd. 9, 2000, 657-658.
- 13 Päpstliche Kommission *Justitia et Pax*, Die Kirche und der Rassismus, a. a. O. 13-14.
- 14 Vgl. Gerhard Ludwig Müller, Vorwort. In: Internationale Theologische Kommission, *Erinnern und Versöhnen* (hrsg. von Gerhard Ludwig Müller), Einsiedeln / Freiburg 2000, 10.
- 15 Vgl. Die unverschleierte Würde des Westens. In: *Der Spiegel*, 52 / 2001, 50-66.

Die Zuwanderungsdebatte und die Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche

Günter Burkhardt

»Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer.« Mit diesem Satz beginnt der Bericht der vom Bundesinnenminister einberufenen »Unabhängigen Kommission Zuwanderung«. Die Kommission bezeichnet Deutschland als Einwanderungsland. Politik und Gesellschaft schienen nachzuvollziehen, was die Kirchen bereits 1978 in ihrem Gemeinsamen Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger in Bezug auf damals so genannte Gastarbeiter formulierten: »Für viele von ihnen ist die Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland geworden.« Zwar galt in Deutschland seit 1973 der Anwerbestopp, allerdings wurde er in den letzten Jahren vielfach durchbrochen. Spätestens mit der »Greencard-Initiative« des Bundeskanzlers, die auf massiven Druck der Industrie zustande kam, wurde deutlich: Deutschland braucht auch in Zukunft Einwanderinnen und Einwanderer. Ein gesellschaftlicher Konsens schien erreichbar. Der Bericht der so genannten »Süssmuth-Kommission« wurde in der Öffentlichkeit mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen. Die Ernüchterung folgte, als der Entwurf aus dem Bundesinnenministerium für ein Zuwanderungsgesetz im August 2001 auf dem Tisch lag.

Zwar wurde dieser Referentenentwurf verbessert. Gleichwohl stieß auch der Entwurf der Bundesregierung, der im November 2001 in den Bundestag eingebracht wurde, bei Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Menschenrechtsorganisationen auf Kritik:

- Statt einer langfristigen, dauerhaft konzipierten Einwanderung soll in den nächsten Jahren vorrangig eine befristete Anwerbung von hochqualifizierten Arbeitskräften erfolgen. Die Fehler der früheren »Gastarbeiterpolitik« drohen sich zu wiederholen.
- Eine »nachholende Integrationspolitik« für die bisher Eingewanderten war nicht vorgesehen.
- Im humanitären Bereich wies der Entwurf große Defizite auf: Nicht einmal die wenigen Vorschläge der »Süssmuth-Kommission« zur sozialen Besserstellung von so genannten Illegalen (Schulbesuch der Kinder,



© Plafmann

Zugang zu medizinischen Versorgungseinrichtungen, Straffreiheit bei humanitärer Unterstützung Illegaler) sollten realisiert werden.

- Im Bereich des Flüchtlingsrechts schließt die Anerkennung der nicht-staatlichen Verfolgung eine Schutzlücke und führt an dieser Stelle endlich zu einer völkerrechtskonformen Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention. Ungelöst blieb jedoch das Schicksal von 250.000 Geduldeten, die seit Jahren in Deutschland leben, jedoch gleichwohl nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können.
- Die bundesweite Einführung von Ausreisezentren und vor allem die im Zuge der Terrorismusbekämpfung vorgenommenen Verschärfungen der Ausweisungstatbestände stieß ebenso auf Kritik wie die unzulänglichen Regelungen des Familiennachzugs. Der Kindernachzug sollte nicht wie von den Kirchen gefordert und von den meisten anderen EU-Ländern praktiziert bis zum 18. Lebensjahr möglich sein.

Trotzdem forderten CDU/CSU noch weitere Verschärfungen. Im Zuge des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes schien es nicht opportun zu sein, ein Zuwanderungsgesetz gemeinsam mit den Regierungsparteien zu verabschieden. Nach der Benennung von Edmund

Stoiber als Kanzlerkandidat wurde deutlich, dass wahltaktische Überlegungen dominierten.

In der Vergangenheit haben Kirchen und diverse gesellschaftliche Gruppen immer wieder appelliert, nicht auf dem Rücken von Ausländern und Flüchtlingen Stimmenfang zu betreiben. Zu leicht können Emotionen geschürt werden, die Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verstärken. Ein in die Europäische Union eingebettetes Deutschland, das – wie es Politik und Wirtschaft wollen, im »weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe« bestehen will – kann sich schlichtweg auch aus ökonomischen Gründen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht leisten.

So wünschenswert er wäre, wenn die verantwortlichen Parteien zu einer sachbezogenen Lösung gekommen wären: Die Versuchung schien zu groß zu sein. Schließlich hat die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen im Frühjahr 1999 gezeigt, dass mit fremdenfeindlichen Kampagnen erfolgreich Wahlkämpfe bestritten werden können. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und Initiativen müssen sich darauf einstellen, dass die Ausländerthematik zu einem Wahlkampfthema wird. Die Frage ist, ob es gelingt, so darauf einzuwirken, dass die Debatte hierüber sachbe-

zogen geführt wird oder ob in einer emotionalisierten Form ein Wahlkampf auf dem Rücken von Ausländern und Flüchtlingen ausgetragen wird.

Trotz der hohen Arbeitslosigkeit von über vier Millionen Menschen weisen Unternehmen darauf hin, dass sie Schwierigkeiten haben, die über eine Million offenen Stellen zu besetzen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Unabhängige Kommission »Zuwanderung« hat herausgearbeitet, dass Deutschland auch in Zukunft Einwanderinnen und Einwanderer braucht. Demografische, ökonomische und nicht zuletzt humanitäre Gründe sprechen für einen Paradigmenwechsel in der Ausländerpolitik.

Viele Organisationen verhalten sich im Wahlkampf parteipolitisch neutral. Gesellschaftliche Organisationen engagieren sich im Wahlkampf nicht für oder gegen eine bestimmte Partei. Wahlkämpfe sind per se nicht etwas Negatives, sondern bilden das Fundament einer Demokratie. Es ist die Zeit, in der die Wählerinnen und Wähler politische Themen mit höherer Aufmerksamkeit als sonst verfolgen. Eine politische Meinungsbildung geschieht auch während der Zeit des Wahlkampfes. Diese politische Meinungsbildung ist nicht allein Aufgabe der Parteien. Es liegt auch an

uns, für eine qualifizierte Diskussion dieser Thematik zu sorgen.

Die diesjährige Bundestagswahl findet in der Woche vor dem offiziellen Start der Interkulturellen Woche 2002 statt. Die Bundestagswahl ist am Sonntag, dem 22. September. Die Woche der ausländischen Mitbürger beginnt am 29. September. In vielen Regionen und Städten Deutschlands finden Veranstaltungen zur Woche der ausländischen

Mitbürger / Interkulturellen Woche vor dem offiziellen Termin statt.

Das Motto der diesjährigen Woche lautet »Rassismus erkennen – Farbe bekennen«. Es ist unser aller Aufgabe, dafür einzutreten, dass dieses zukunftsweisende Motto gerade im Jahr 2002 in der Öffentlichkeit und der praktischen Politik wahr genommen wird.



Zuwanderung gestalten – Integration fördern

Bericht der Unabhängigen Kommission »Zuwanderung« (Auszug)

Die Arbeitsmarktentwicklung

Gegenwärtig mehren sich Forderungen, ausländische Arbeitskräfte für jene Berufe und Wirtschaftszweige anzuwerben, in denen offene Stellen nicht besetzt werden können. Gleichzeitig aber kämpft Deutschland mit hoher Arbeitslosigkeit. Um bewerten zu können, ob und wo stärkere arbeitsmarktbezogene Zuwanderung sinnvoll ist, müssen die Situation am Arbeitsmarkt und ihre voraussichtliche Entwicklung differenziert betrachtet werden.

Noch immer sind in Deutschland fast vier Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, darunter viele nicht formal Qualifizierte, Ältere und Ausländer.

Trotz erheblicher Bemühungen sind viele Arbeitslose aufgrund fehlender Qualifikationen oder wegen bestehen-

der Mobilitätshemmnisse nicht am Arbeitsmarkt vermittelbar. Einer hohen Arbeitslosigkeit steht andererseits aber auch eine zunehmende Zahl an offenen Stellen in den gleichen Beschäftigungssparten gegenüber. Es ist unsicher, inwieweit bestehender Arbeitskräftebedarf durch eine Aktivierung und Qualifizierung einheimischer Erwerbspersonen gedeckt werden kann. Ungeachtet dessen ist damit zu rechnen, dass durch den deutlichen Rückgang der inländischen Erwerbsbevölkerung wachstumshemmende Engpässe am Arbeitsmarkt entstehen. Spätestens im nächsten Jahrzehnt wird ein Nachwuchsmangel in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen auftreten. Auch eine (in ihrem Ausmaß schwer vorhersehbare) Zuwanderung aus den EU-Beitrittsländern wird langfristig den Arbeitskräfterrückgang in Deutschland nicht aufhalten können. Eine Prognose der künftigen Nachfrage nach Arbeitskräften ist

unsicher und vor allem in Bezug auf einzelne Berufsgruppen nicht möglich. Ganz allgemein jedoch wird die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften und im Dienstleistungssektor steigen, der Bedarf an Hochschulabsolventen zunehmen. (S.37)

Hohe Arbeitslosigkeit und viele offene Stellen

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist im Jahr 2000 nur eine leichte Entspannung eingetreten. Noch immer sind fast vier Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Hinzu kommen die Personen, die sich entweder in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden oder wegen der schlechten Arbeitsmarktlage vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben (»stille Reserve«). Insgesamt sind unter Berücksichtigung der »stillen Reserve« vom derzeitigen Erwerbspersonenpotenzial (44 Millio-

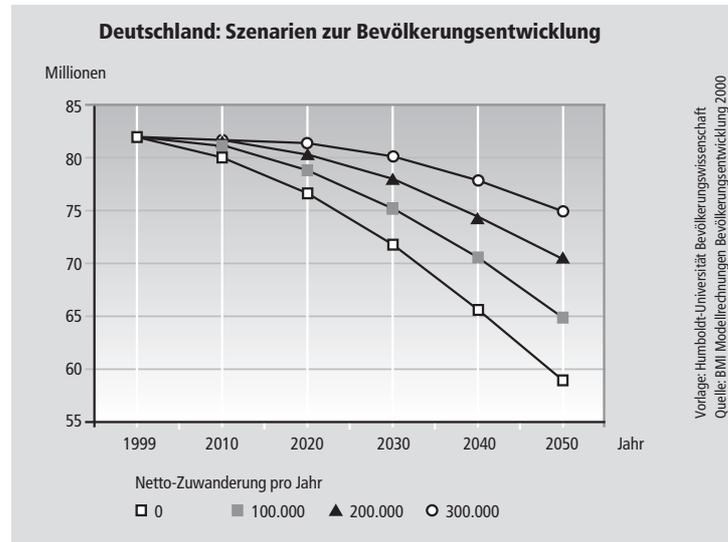
nen) nur 38,5 Millionen tatsächlich erwerbstätig.

Der Mangel an Arbeitsplätzen ist insbesondere in den neuen Bundesländern gravierend. Die Arbeitsmarktsituation ist regional und nach Berufsgruppen stark unterschiedlich. Von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind ältere Arbeitnehmer und solche ohne Berufsausbildung. Unter den Höherqualifizierten ist sie hingegen deutlich geringer.

Gleichzeitig gab es 2000 insgesamt knapp 1,5 Millionen offene Stellen, von denen ein Teil nicht besetzt werden konnte. Die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung sind in den einzelnen Wirtschaftssektoren und Regionen unterschiedlich. Dieser Arbeitskräftemangel bringt einen Produktions- und Wertschöpfungsverlust mit sich; in der Informations- und Kommunikationstechnologie hat er bereits zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte geführt. (S.37)

Alterung: Belastung für soziale Sicherungssysteme

Die Folgen des Alterungsprozesses sind insbesondere für die umlagefinanzierte Sozialversicherung tiefgreifend (...): Auf einen Menschen im erwerbsfähigen Alter (Altersgruppe 20 bis 60 Jahre) kommen heute rechnerisch 0,4 Personen im Alter über 60, bei moderater Zuwanderung (netto 100.000 Personen pro Jahr) werden dies innerhalb von 50 Jahren bereits 0,8 Personen sein. Die rechnerische Alterslast wird sich verdoppeln. Dies kann nicht ohne Auswirkungen auf die Alterssicherungssysteme bleiben: Immer weniger jüngere Menschen müssen immer mehr alte Menschen in den sozialen Sicherungssystemen versorgen, der Generationenvertrag würde erheblich belastet werden. Unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen etwa im Hinblick auf Produktivität, Lebenserwartung, Rentenzugangsalter und Finanzierungsmodus der sozialen Sicherung sind eine steigende Transferlast für die Sicherungssysteme und höhere Abgaben für die Produktionsfaktoren wahrscheinlich. (S.33)



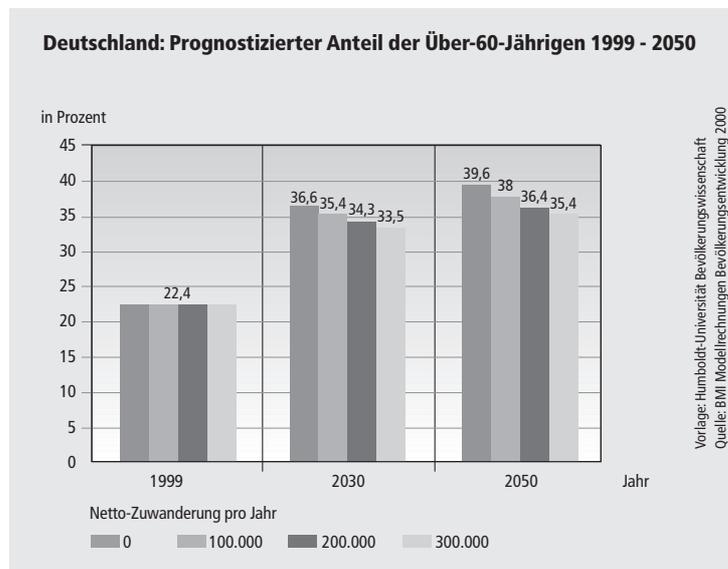
Innovationsfähigkeit und Unternehmergeist

Insgesamt wird das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte deutlich steigen. Die Alterung könnte längerfristig Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft haben, wenn wesentlich weniger neu ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Fähigkeit des Menschen, sich neues Wissen anzueignen, nimmt mit zunehmendem Alter ab. Routine und Erfahrungswissen älterer Menschen können diesen Verlust nur teilweise ausgleichen (Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation, 2000, S.131). Angesichts der schnellen Zunahme und Erneuerung des Wissens insbesondere in den wachstumsrelevanten Schlüsseltechnologien kann den Unternehmen ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Wettbewerbskraft entstehen. Das Wissen in den Unternehmen kann bei einem

sinkenden Angebot an jungen Arbeitskräften nicht mehr überwiegend durch Neueinstellungen erneuert werden.

Unternehmen werden überwiegend von Personen in den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren gegründet. In den letzten Jahren hat sich der Altersdurchschnitt durch viele Gründungen von jungen Unternehmern in der Informations- und Kommunikationstechnologie verringert. Es ist denkbar, dass die Alterung der Bevölkerung unternehmerische Risikobereitschaft und Anpassungsflexibilität an neue technologisch-wirtschaftliche Erfordernisse reduziert. (S.33)

Auszüge aus dem Bericht der Unabhängigen Kommission »Zuwanderung«: Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Juli 2001, zu beziehen über das Bundesministerium des Innern, Öffentlichkeitsarbeit, 11014 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de



Gewalt gegen Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus

Jörg Alt SJ

Stellen Sie sich vor: Sie werden in der Straßenbahn laut angepöbelt. Was tun Sie? Nun, eine Möglichkeit ist sicherlich, dass Sie eine Anzeige wegen Belästigung oder Beleidigung bei der Polizei stellen. Oder stellen Sie sich vor: Sie werden tätlich angegriffen. Hier gibt es eine ganze Palette von Handlungsmöglichkeiten: Sie können um Hilfe rufen, Sie können sich selbst wehren und zurückschlagen und Sie können später Anzeige erstatten. Dasselbe gilt, wenn jemand Sie erpressen will, Sie bestiehlt oder Sie um den vereinbarten Lohn betrügt.

Probleme

Keine von diesen genannten Möglichkeiten steht einem so genannten »Illegalen«, einem Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, zur Verfügung. »Illegale« sind, genauso wie alle anderen Migranten, Bedrohungen und Gewalt verschiedenster Art ausgesetzt. Übereinstimmung herrscht bei den

meisten Gesprächspartnern jedoch, dass verbale oder tätliche Attacken nicht das einzige Problem sind. Daneben existiert die Sorge, dass irgendetwas die Polizei zu Hilfe rufen könnte. Dies mag zunächst unglaublich klingen. Aber genau dies waren Punkte, die »illegale« Migranten mir gegenüber anlässlich der Erhebungen äußerten, die ich im Rahmen des Forschungsprojektes »Illegal in Deutschland« durchführte. Die nachfolgenden Beispiele schildern Erfahrungen, die ein Algerier, ein Schwarzafrikaner und ein Ukrainer in Leipzig machten.

Person 1: Er wurde rassistisch bedroht, aber das hielt sich in Grenzen. Einmal wurde er zusammengeschlagen. Das Deprimierende und Demütigende ist, dass man sich im Konfliktfall nicht wehren kann, sondern nachgeben muss, um einem Kampf und einer damit verbundenen Polizeikontrolle aus dem Weg zu gehen.

Person 2: Sicher gab es Bedrohung durch Rassisten und die Polizei. Aber er wusste, wie er diesen Bedrohungen aus dem Weg gehen kann. Wenn es ihn erwischte, leistete er keinerlei Widerstand, um nicht noch härtere Reaktionen zu provozieren. Selbst wenn er im Recht war, galt: »Don't provoke, don't argue.«

Person 3: Kürzlich wurde er von einigen Rechtsradikalen angegangen, als er an der Straßenbahnhaltestelle saß und Bier trank. Sie fuhren in einem schwarzen Golf vorbei und stiegen aus. Sie konnten gar nicht erkennen, dass er Nichtdeutscher war, und auf die ersten Anpöbelversuche schwieg er auch. Später, als sie dann doch herausbekamen, dass er Ausländer ist, schlugen sie auf ihn ein. Seine größte Sorge in dem Moment war, dass die Nachbarn die Polizei rufen. »Die haben Ausweise – ich aber nicht. Deshalb war ich froh, als ich davonlaufen konnte.«

Migration in normalen Bahnen

Zu dem am 7.11.2001 veröffentlichten Migrationsbericht erklärte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck: »Zu einer aufgeregten Diskussion um Zu- und Einwanderung besteht nach einem Blick auf die Migrationsdaten kein Anlass. Gerade angesichts der aktuellen Debatte um das Zuwanderungsgesetz sind alle Beteiligten gut beraten, diese nüchtern und sachlich auf der Grundlage von Tatsachen zu führen.«

Verglichen mit dem Beginn der 90er Jahre ist es laut Beck in den letzten Jahren zu einer »Beruhigung« des Migrationsgeschehens gekommen. Noch 1997 und 1998 war der Wanderungssaldo der Ausländer sogar negativ. In den Jahren 1999 und 2000 sind wieder mehr Ausländer zu- als fortgezogen, allerdings sind die Salden erheblich geringer als Anfang der 90er Jahre. Insgesamt sind in 2000 rund 841.000 Personen, darunter 649.000 Ausländer, zugezogen und 673.000 Personen, darunter 562.000 Ausländer, fortgezogen.

schen Deutschland und den meisten Herkunftsländern keine Einbahnstraßen sind, sondern dass die Wanderungsströme in beide Richtungen fließen. Die EU-Binnenmigration (Wanderungen zwischen Deutschland und der Europäischen Union) hat an der Gesamtwanderung nur einen relativ geringen Anteil und blieb mit 15-20 % in den vergangenen Jahren konstant.

Dies gilt auch für den Ehegatten- und Familiennachzug von Drittstaatsangehörigen. Die Gesamtzahl ist von 71.000 im Jahr 1999 auf 76.000 im Jahre 2000 leicht angestiegen. Die Bedeutung am Gesamtwanderungsgeschehen (unter 10 %) ist entgegen einer weit verbreiteten Auffassung gering.

Der Migrationsbericht 2001 ist zu beziehen bei: Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Fax 0228/5272760; Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de (Rubrik Publikationen).

aus: AiD – Ausländer in Deutschland 4/2001

Wanderungen von Ausländern über die Grenzen der BR Deutschland

Jahr	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1991	925.345	497.540	+ 427.805
1992	1.211.348	614.956	+ 596.392
1993	989.847	710.659	+ 279.188
1994	773.929	621.417	+ 152.512
1995	792.701	567.441	+ 225.260
1996	707.954	559.064	+ 148.890
1997	615.298	637.066	- 21.768
1998	605.500	638.955	- 33.455
1999	673.873	555.638	+ 118.235
2000 ¹	648.846	562.380	+ 86.466

¹ Vorläufige Daten

Quelle: Statistisches Bundesamt, Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, November 2001

Im Vergleich zur Situation vor 10 Jahren (1990: 397.000) sank die Zahl der Spätaussiedler im letzten Jahr auf knapp 96.000. Dies gilt auch für Asyl-antragsteller. Seit dem Höhepunkt von 1992 (438.000) ist diese kontinuierlich gefallen und liegt seit 1998 unter 100.000. Im Jahr 2000 ist sie noch einmal deutlich auf unter 79.000 zurückgegangen.

Die wichtigsten Herkunftsländer der Migranten waren zuletzt Jugoslawien, Polen und die Türkei; diese sind gleichzeitig aber auch die Hauptzielländer der Rückkehr. Die Daten aus 1999 zeigen, dass die Migrationsbahnen zwi-

Auch Gruppen sind vor rassistisch motivierten Angriffen nicht sicher. Ein Gesprächspartner berichtet:

»Der größte Nachteil (unseres Lebens) ist Rassismus. Einst haben wir in Dresden auf der Straße gespielt. In Dresden sind die Möglichkeiten sehr günstig. Dabei haben uns 40 Skinheads überfallen und alle unsere Instrumente zerstört. Nach diesem Ereignis habe ich mir eine Schreckschusspistole gekauft. Jetzt ist es nicht mehr so gefährlich. Aber die Skinheads bleiben latent gefährlich.«

Allerdings beschränken sich die Erfahrungen von Gewalt und Leid nicht auf Begegnungen mit Deutschen: Es wird oft unterschätzt, wie gewalttätig das »Illegalemilieu« in sich ist und wie leicht dort Menschen aneinander geraten, wenn es um ein wenig Geld, um den Besitz von gut gefälschten Papieren, um einen Schlaf- oder Arbeitsplatz, um Rückzahlungen von Raten für geliehenes Geld oder um Rache für einen tatsächlichen oder vermeintlichen Verrat gegenüber einem tatsächlichen oder eingebildeten Gegner geht. Man darf nicht vergessen, wie sehr aus der allgegenwärtigen Angst vor der Enttarnung des Aufenthaltsstatus Misstrauen gegenüber allen und jedem erwächst und wie sehr die Rechtlosigkeit und das Ausgeliefertsein dieser Menschen kriminelle Elemente ermutigt, mit harten Bandagen ihre Vorteile zu suchen und durchzusetzen. Zum Beispiel: Arbeitgeber zahlen erst gar nicht den vereinbarten Lohn, sondern verschwinden mit der Kasse nach Abschluss des Auftrages. Oder es klopft kurz nach der Lohnauszahlung an der Tür und eine kriminelle Gang, die auf undurchsichtigen Kanälen von der Auszahlung des Lohns erfahren hat, will ihren »Anteil« an demselben einfordern – gewissermaßen als Schutzgeld. Es kann natürlich auch sein, dass die Gang den kompletten Lohn einstreicht.

Behelfslösungen

Wie gehen diese Menschen mit dieser Situation um? Zunächst ist festzustellen, dass die Bedrohungslage durch Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf der Straße von den Gesprächspartnern unterschiedlich eingeschätzt wird: Weißhäutige »Illegale« fühlen sich, sofern sie sich nicht durch lautes Sprechen in der Öffentlichkeit als Ausländer zu erkennen geben, grundsätzlich sicherer als farbige, außereuropäische »Illegale«. Generell gilt für alle »Illegale«, sich möglichst unauffällig zu verhalten: An-

passungsstrategien werden zu Überlebensstrategien. Gepflegte Kleidung, gute, akzentfreie Sprachkenntnisse sind ebenso ein Schutz vor Übergriffen wie das Vermeiden von Plätzen, an denen man mit Angriffen rechnen muss. Der Preis für Letzteres kann sein, dass man lange Umwege einplanen muss oder die Bewegungsfreiheit auf die Nachtstunden eingeschränkt ist.

Eine gewisse Funktion haben Mafiagruppen. Diese sind daran interessiert, dass es innerhalb des »Illegalemilieus« ruhig bleibt, sodass die Öffentlichkeit oder gar die Polizei so wenig wie möglich von der Existenz dieser Schattenwelt und den dort vorhandenen Konflikten und Spannungen erfährt. Diese Funktion üben sie beispielsweise wie folgt aus: Wenn einem Migranten der Lohn für geleistete Arbeit von einem Arbeitgeber vorenthalten wird, ist es »Illegale« hier und da möglich, dass Migranten ihre ausstehenden Forderungen bei einschlägig bekannten Gruppen melden. Diese sorgen dann dafür, dass der Arbeitgeber zahlt, indem nach einer kostenlosen Vorwarnung entweder Hab und Gut von ihm verschwinden oder in Flammen aufgehen oder dass sein Leib und Leben unmittelbar bedroht werden. Nach erfolgtem »Inkasso« erhält der Migrant zwischen 30 und 50% des eingetragenen Geldes. Allerdings übernehmen Mafiagruppen solche »Aufträge« nur dann, wenn es sich für sie angesichts der Höhe der ausstehenden Beträge lohnt.

Insgesamt jedoch dürfen solche Schilderungen nicht den Eindruck erwecken, die Welt der »Illegale« sei fest in der Hand der organisierten Kriminellen.

Deren Einfluss wird oft unnötig dramatisiert. Wohl die meisten Gewalttaten entpuppen sich bei sorgfältigem Hinsehen schlussendlich als Ausfluss der Spannungen, die ein Leben unter den harten Bedingungen der Illegalität notwendigerweise mit sich bringen, oft verstärkt durch die Wirkung von Alkohol. Ein Beispiel: In der BILD-Zeitung Leipzig stand am 12.11.1997 unter der reißerischen Überschrift »3.000 Mark Belohnung: Wer kennt den unbekanntenen Toten?« zu lesen:

»Der mysteriöse Mord vor dem Kino in Eutritzsch. Vor einer Woche wurde ein Unbekannter dort erstochen. Polizei-Vermutung: Es war eine Abrechnung von Mitgliedern der Russen-Mafia. Bis heute steht die Polizei vor einem Rätsel. Trotz intensiver Befragung der Anwohner konnte niemand den Toten identifizieren. Bislang steht nur fest: Das Opfer war Schwarzarbeiter auf mehreren Baustellen in und um Leipzig.«

Zu diesem Vorfall erklärte ein »illegaler« Gesprächspartner:

»Der Täter war ein Pole, der dem Ukrainer Geld geliehen hatte. Dieser wollte es aber nicht zurückzahlen. Eines Abends kam der Ukrainer betrunken nach Hause. Später am Abend gab es Streit, in dessen Verlauf der Ukrainer auf den Polen losging. Dieser griff in Notwehr zu einem Messer und tötete den Ukrainer – danach musste er natürlich verschwinden.«

Verbesserungsvorschläge

Was sollte seitens der deutschen Gesellschaft in diesem Zusammenhang getan wer-



den? Legalisierungen alleine werde die hier vorliegenden Probleme nicht lösen. Illegalität in der heutigen Welt ist eine strukturelle Begleiterscheinung von ökonomischer Deregularisierung und Globalisierung, das heißt für legalisierte Menschen würden relativ schnell neue »Illegale« nachkommen.

Wichtig erscheint aber, dass diese Menschen in Rechten unterhalb eines Aufenthaltsrechtes bestärkt werden. Zum Beispiel:

Einforderung von geschuldetem Lohn auf dem Gerichtsweg

Ein Rechtsgutachten, welches im Auftrag des Erzbischöflichen Ordinariats Berlin erstellt wurde, hat ergeben, dass nach der derzeit gültigen Rechtslage auch »Illegale« in Deutschland ein Recht auf den Lohn haben, der ihnen aufgrund eines faktischen Arbeitsverhältnisses (egal, ob mündlich oder schriftlich vereinbart) zusteht. Die Sicht ist vertretbar, dass ein Richter in diesem Fall nur das Bestehen von berechtigten

Ansprüche untersuchen muss und dass zur Untersuchung der berechtigten Ansprüche nicht gehört, ob der Kläger einen oder keinen Aufenthaltsstatus hat.

Schutz vor Verbrechen durch die Polizei

Andere Staaten, zum Beispiel die USA, haben gute Erfahrungen damit, dass es Dienststellen der Polizei gibt, bei denen auch »Illegale« um Schutz vor Verbrechen nachsuchen können. Aufgabe dieser Einheiten ist es, Schutz zu verschaffen und nicht Papiere zu kontrollieren. Diese Aufgabe blieb wiederum anderen, genau dafür zuständigen Polizeieinheiten vorbehalten.

Nicht übersehen werden darf, dass beide Vorgehensweisen auch positive Folgen für die Aufnahmegesellschaft haben: Durch die Möglichkeit, Ausbeutung anzuzeigen, kommen beispielsweise illegale Beschäftigungsverhältnisse zur Kenntnis der Behörden, die ihnen sonst aufgrund begrenzter Kontrollkapazitäten verborgen blieben. Ähnlich

ist es bei der generellen Verbrechensbekämpfung: Amerikanische Experten sind der Meinung, dass »Illegale« unter den oben geschilderten Bedingungen öfter bereit sind, Verbrechen zur Anzeige zu bringen und als Zeugen in Prozessen zur Verfügung zu stehen. So werden auf einmal auch solche Milieus durchlässiger für die Strafverfolgungsbehörden, zu denen diese aufgrund der dort vorhandenen ethnischen Homogenität in der Regel keinen Zugang haben (um dort etwa V-Leute platzieren zu können). All diese Maßnahmen müssten ergänzt werden durch Zugangsmöglichkeiten zu attraktiven Zeugenschutzprogrammen oder Schutzwohnungen. Vielfältige Schutzmöglichkeiten wären auch schon durch eine verbesserte, vertrauensvolle und abgestimmte Kooperation zwischen Fachberatungsstellen und der Polizei zu erreichen.

Jörg Alt SJ, München
aus: nah & fern Nr. 25, November 2001

Wer ist der Andere? Wer ist der Fremde? Taxi-Geplauder

Dr. Nadeem Elyas

Ich sitze im Taxi auf einer langen Fahrt in Berlin zur Gethsemane-Kirche, um an einer Benefiz-Veranstaltung für den Frieden teilzunehmen.

Mein ausländisches Aussehen und die Ereignisse in den USA und in Afghanistan geben ausreichenden Gesprächsstoff. Ich gab mich als Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland zu erkennen, was meinem Taxifahrer durch die vielen Berichte in den Medien überflüssig zu sein schien.

»Schrecklich das, was in New York passiert ist!«, sagt er.

Ja, sage ich. Die ersten Gedanken, die ich bei den Bildern dieser Terroranschläge in den USA hatte, waren: Wie kann ein Mensch soviel Brutalität ausüben? Wie kann ein Mensch soviel Unheil anrichten? Der zweite Gedanke, der mir als Muslim einfiel, war: Wird der Islam jetzt dafür verantwortlich gemacht? Werden wir Muslime jetzt einer ähnlichen Hetze ausgesetzt wie damals während des Golfkrieges?

Diese Gedanken führten dazu, dass wir uns im Zentralrat verpflichtet fühlten, uns mit klaren eindeutigen Worten an die Öffentlichkeit zu wenden. Bereits zwei Stunden nach Anfang der Terrorserie bekundeten wir unser Entsetzen und Mitgefühl und erklärten, wie fast alle Muslime in Deutschland und in der gesamten Welt, dass eine solche Tat mit der islamischen Lehre nicht vereinbar und durch sie nicht zu rechtfertigen ist.

Dies trug dazu bei, dass die Öffentlichkeit sich an Hand von islamischen Informationen aus erster Hand orientieren und ihr eigenes Urteil aufgrund dessen bilden konnte. Bei vielen islamischen Organisationen, Vereinen und Moscheen diente diese Position als Rückhalt und Rechtleitung für die eigene Stellungnahme. Fast alle Muslime in Deutschland distanzieren sich von dieser brutalen Tat.

»Und was kann man gegen den Terrorismus unternehmen? Werden nun diese Terroristen durch die Militärschläge der USA tatsächlich ausgerottet werden?«, fragt er.

Das glaube ich kaum. Wir sehen die Bekämpfung von Terrorismus als eine Notwendigkeit und allgemeine Pflicht; wir lehnen allerdings einen militärischen Schlag als Mittel dieser Bekämpfung ab. Dieser Kampf muss bei der Beseitigung der Ursachen für die Entstehung und Verbreitung des Terrorismus anfangen. Diese sind in dem herrschenden, tolerierten Totalitarismus und in den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten in vielen Ländern der Welt zu suchen, die den Nährboden für Hass und Fanatismus bereiten.

Es gehört zwar dazu, die Attentäter dieser blutigen Tat in den USA zur Verantwortung zu ziehen. Ermittlung, Verurteilung und Vollstreckung des Urteils in diesem Prozess liegen allerdings sämtlich in einer Hand. Nicht mal den NATO-Verbündeten wird ausreichende Einsicht in diese Akten gewährt. Mehr Verständnis für die Maßnahmen der USA können sie durch mehr Transparenz gewinnen.

Nein, wir sind gegen jeden Krieg und sind der Überzeugung, dass durch die-

sen militärischen Schlag nicht die Terroristen, sondern die unschuldige Bevölkerung in erster Linie getroffen wird. Der Tod unschuldiger Zivilisten in den USA darf doch nicht mit dem Tod weiterer unschuldiger Zivilisten in Afghanistan oder anderswo gesühnt werden!

Wir befürchten die Steigerung der jetzigen Krise, wenn auch noch während des Fastenmonats Ramadan bombardiert wird. Die Proteste werden sich in der gesamten islamischen Welt steigern, die Emotionen werden in Deutschland schwer zu beherrschen sein. Wir können nur hoffen, dass daraus keine neue Hetze gegen die Muslime und keine Spaltung der Gesellschaft resultiert.

»Rücksicht auf die Muslime nehmen, wo diese Attentäter das Gastrecht in Deutschland missbraucht haben? Man soll den Islamisten in Deutschland das Handwerk legen!«, kontert er.

Nun, wir dürfen nicht zulassen, dass wenige Extremisten 3,2 Millionen gesetzestreue Muslime diskreditieren. Wir unterstützen die Bekämpfung des Terrorismus im eigenen Haus. Die Streichung des Religionsprivilegs wurde vom Zentralrat der Muslime in Deutschland grundsätzlich begrüßt, litten alle Muslime bisher darunter, dass die wenigen gesetzesuntreuen Vereine den Ruf aller islamischen Organisationen ruinierten und so ein normales Verhältnis der Gesellschaft mit den Muslimen erschweren. Die Streichung des Religionsprivilegs darf allerdings nicht dazu führen, dass die grundgesetzliche Religionsfreiheit in Bezug auf die Muslime ausgehöhlt wird oder dass die – in der Regel gesetzestreu – Vereine in der freien Ausübung ihrer Gemeindeförderung behindert werden. Die Moscheen sind Gotteshäuser und Orte des Gebetes und der Besinnung. Ihre Würde zu bewahren und die Gefühle der muslimischen Bevölkerung nicht zu verletzen, muss die Maxime für jede staatliche Handlung sein. Die Moscheen in Deutschland sind genau so wenig Herbergen für Terrorismus, wie jedes andere Gotteshaus in unserem Land. Muslime sind genau so wenig Sympathisanten für die Terroristen, wie jede Bürgerin und Bürger Deutschlands. Ausnahmen davon sollen mit Recht verfolgt werden. Bei dieser Verfolgung können die Schutzorgane mit der Unterstützung aller Muslime rechnen, die sich ihrer islamischen und Bürgerpflicht bewusst sind.

Die Rasterfahndung wird für viele Muslime Unannehmlichkeiten mit sich bringen. Auch wenn wir dies im Interesse des allgemeinen Schutzes unserer Ge-

sellschaft und trotz vieler Datenschutz- und anderer Bedenken in Kauf nehmen müssen, so befürchten wir eine besondere Benachteiligung und Diskriminierung der Muslime. Allein durch die Suchkriterien ist deutlich zu sehen, dass die Muslime an erster Stelle dadurch behelligt werden. Erste Beschwerden von arabischen Studenten erreichen uns in der Tat schon jetzt.

»Wir werfen nicht alle Muslime in einen Topf. Jeder spricht doch davon, dass Islam und Terrorismus zwei verschiedene Paar Schuhe sind, auch die Bundesregierung.«

Ja, die differenzierte Haltung der Bundesregierung und aller maßgebenden Stellen in unserem Staat, die sachliche Berichterstattung der Medien und die eindeutigen Stellungnahmen, couragierten Auftritte und raschen Solidaritätsbekundungen der Kirchen, des Zentralrats der Juden, des Gewerkschaftsbundes, des Interkulturellen Rates, des ZdK, der IAF und vieler vieler anderer Stellen halfen, uns Muslimen viel Leid zu ersparen.

Die große Welle der Vertrauensbekundungen seitens der Repräsentanten unseres Staates, bei der uns die Ehre zuteil wurde, vom Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Präsidenten des Bundesrates, dem Bundesinnenminister und von Ministerpräsidenten mehrerer Bundesländer sowie von allen Parteien eingeladen und zu Konsultationen gebeten zu werden, wurde sowohl von allen Muslimen in Deutschland als auch von vielen islamischen Ländern wahrgenommen und als längst erhoffte richtige Schritte zur Lösung der Probleme der Muslime in Deutschland gewürdigt.

»Und was machen Sie, um die Angst der Leute vor dem Islam und ihre Sorge um die eigene Sicherheit zu nehmen?«

»Tag der offenen Moschee« ist ein solcher Versuch, den wir seit fünf Jahren am Tag der Deutschen Einheit veranstalten und an dem mehr als 1.000 Moscheen teilnehmen. In diesem Jahr haben diese Moscheen etwa 200.000 nichtmuslimische Besucher empfangen, sie kennengelernt, mit ihnen diskutiert und gehofft, dass aus dieser Begegnung Vertrauen und Sicherheit hervorgehen.

Gerade am Tag der Deutschen Einheit wollten wir signalisieren, dass die muslimische Bevölkerung Deutschlands sich zu dieser Einheit zählt. Aus Liebe zu dieser Einheit schotteten sich die Muslime von dem Rest ihrer Gesellschaft weder ab noch lassen sie sich ausgren-



Dr. Nadeem Elyas

zen. Nicht nur an diesem Tag suchen wir den Dialog mit der gesamten Bevölkerung, mit den Kirchen, den Gläubigen, den Repräsentanten unseres Staates.

Das Motto des diesjährigen »Tages der offenen Moschee« lautete übrigens »Muslime – Partner gegen Rassismus«. Dieses Motto wurde lange Wochen vor den aktuellen Ereignissen festgelegt. Der Kampf gegen Rassismus ist für uns Muslime ein Gebot unserer Religion. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung aufgrund der Abstammung, der Religion, des Geschlechts und des sozialen Status ist Inhalt unseres islamischen Glaubens.

Bei dieser Anstrengung stehen wir im Zentralrat seit Jahren als Partner in vielen Räten und Bündnissen.

Diese Botschaft sollte jetzt gezielt von den Moscheen, von jeder Muslima und von jedem Muslim ausgehen. Denn gerade wir Muslime erfahren oft, wie bitter es ist, wegen der eigenen religiösen Gesinnung und der ethnischen Abstammung diskriminiert zu werden. Die Bilanz der im letzten Jahr mit Ziegelsteinen und Brandsätzen angegriffenen und mit Hakenkreuzen beschmierten Moscheen ist dafür Beweis genug.

Die eigenen Probleme und Benachteiligungen bei Moscheebau, Religionsunterricht, Bekleidungsfreiheit und Schächten hindern uns nicht, auch anderen Benachteiligten zur Seite zu stehen, sie verpflichten uns gerade dazu.

Der Taxifahrer berichtet von seinen Erfahrungen, das Gespräch wird lockerer, es mangelt nicht an Berliner Witzen und Anekdoten. Wir lachen und unterhalten uns freundlich.

Die lange Fahrt führt uns durch Kreuzberg und stockt plötzlich an einer Kreuzung. Streifenwagen, Menschenansammlung, türkische Bürger in Tumult! Ich frage: »Was ist hier los?« Der Taxifahrer antwortet spontan und verärgert: »Das ist halt Kreuzberg. Scheißausländer!«

Ich traue meinen Ohren nicht und frage: »Was sagen Sie da?!«

Er sieht mich fast erschrocken an, als hätte er vorher nicht gemerkt, dass ich Ausländer bin. In diesem Augenblick

klingelt mein Handy und erspart dem Taxifahrer die Antwort.

Nach meinem Telefonat merke ich, wie der Taxifahrer in tiefen Gedanken versunken ist. In den nächsten zehn Minuten spricht er kein Wort mehr. Mir scheint es, als würde er sich Vorwürfe machen, schlechtes Gewissen haben.

Ich mache mir auch Gedanken. Ich, der fremde Ausländer neben ihm galt für ihn nach unserer netten Unterhaltung nicht mehr als fremd; die da auf der Straße jedoch schon. Ich war für ihn nicht mehr »der Fremde«, sondern nur »der Andere«. Die Fremdheit wurde durch die Bekanntschaft beseitigt. Mit dieser Änderung fielen die Barrieren der Befremdung, der Angst und der Vorurteile. Aus den Fremden auf der Straße

können für ihn leicht die netten Anderen werden, wenn er ihre Bekanntschaft machen könnte. Auch ihnen gegenüber können die Barrieren der Befremdung, der Angst und der Vorurteile fallen, wenn man sie näher kennenlernt. Liegt nicht darin die Chance unserer Gesellschaft, sich aus der Spirale der Fremdenfeindlichkeit, des Hasses und des Rassismus zu befreien?

Dr. Nadeem Elyas
ist Vorsitzender des Zentralrats der Muslime
in Deutschland

Auszug aus:
M. Langer/A. Laschet (Hg.)
»Unterwegs mit Visionen –
Festschrift für Rita Süßmuth«,
Verlag Herder, Freiburg i. Br. 2002

Wer Frieden zwischen den Religionen will, muss Unterschiede aushalten Zum Beispiel die zwischen einem Imam und einem Bischof

CHRISMON: Imam Razvi, warum sind Sie eigentlich Muslim?

MEHDI RAZVI: Ich bin als Muslim geboren. Meine Familie stammt vom Propheten Mohammed ab. Wir sind Nachkommen seiner Tochter Fatima. Deshalb werden wir Fatimiden genannt, eine Art Stammesbezeichnung. Aber wichtig ist nicht die Abstammung, sondern der Glaube. Islam bedeutet: Hingabe zu Gott.

CHRISMON: Haben Sie jemals daran gedacht, einen anderen Glauben anzunehmen?

RAZVI: Alle Religionen haben für mich eine große Anziehungskraft. Das bedeutet nicht, dass ich je in die Versuchung gekommen bin, meine Religion zu wechseln. Aber für mich sind die Religionen wie verschiedene Blumen, jede mit ihrer eigenen Schönheit.

CHRISMON: Wie ist das bei Ihnen, Bischof Knuth?

HANS-CHRISTIAN KNUTH: Mit dem Glauben ist es wie mit dem Heiraten: Sicher, es gibt viele Frauen. Aber irgendwann stellt sich die Frage: Heiratest du diese oder nicht? Es ist eine Entscheidung gefordert, die mich in ein neues Verhältnis bringt. Persönlich komme ich zwar aus einer uralten Pastorenfamilie, kurz vor dem Abitur stellte ich diese Tradition aber in Frage. Damals beschäftigte

ich mich mit einem der schärfsten Kritiker unserer Kirche, mit Sören Kierkegaard. Später bekam ich die Gewissheit, dass ich mich für oder gegen diesen Glauben entscheiden muss.

CHRISMON: Glauben Sie beide an denselben Gott?

RAZVI: Aus meiner Sicht: ja.

KNUTH: Letzten Endes glaube ich auch, dass es derselbe Gott ist. Aber es gibt große Unterschiede im Gottesverständnis. Ich glaube, dass Gott der Vater Jesu Christi ist und Jesus Christus der einzigartige Sohn Gottes. Ich weiß, dass Angehörige anderer Religionen dies als Ärgernis, teilweise als Gotteslästerung empfinden.

RAZVI: Für uns ist Jesus ein Gesandter Gottes, und nicht nur er, sondern auch Maria ist ein Zeichen Gottes. Aber Jesus ist für uns nicht Gott.

KNUTH: Das Bekenntnis, dass Gott in Christus zu sich selbst kommt, ist für mich einzigartig, und zwar aus einem ganz schlichten Grund: Ich wüsste gar nicht, wie ich mit Gott dran wäre, wenn ich nicht sagen könnte: Er ist in Christus. Ich muss wissen, wie ich dran bin. Diese Gewissheit verschafft mir das Bekenntnis, dass Gott kein anderes Gesicht als das Gesicht des Jesus von Nazareth für mich hat.

RAZVI: Für uns Muslime ist es sehr fremd, wie die Christen Gott in drei Personen teilen, in Vater, Sohn und Heiligen Geist. Gott wirkt doch in uns, in unserer Welt, in der Schöpfung. Im Islam haben wir 99 Namen für Gott. Dadurch wird klar, dass Gott anders ist, als wir es uns vorstellen.

MEHDI RAZVI, 71, wurde in Indien geboren. 1958 übersiedelte er nach Hamburg und studierte Orientalwissenschaften, später war er selbst Dozent am Hamburger Institut für Orientalistik. Bis zu seiner Pensionierung 1995 predigte Mehdi Razvi regelmäßig als Imam an der Moschee des Islamischen Kulturvereines in Hamburg. Seine Einführung in das islamische Denken ist soeben erschienen. (»Entdeckungsreisen im Koran – Zwölf Lehrgespräche«, EB-Verlag, Hamburg)

DR. HANS-CHRISTIAN KNUTH, 61, wurde in Greiz/Thüringen geboren und studierte Theologie in Tübingen und Zürich bei Gerhard Ebeling. Nach seiner Pastorenzeit in Kiel war er Leiter des Predigerseminars in Preetz und Propst des Kirchenkreises Eckernförde. Seit 1999 ist Hans-Christian Knuth Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD) und Vorsitzender des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (LWB)

CHRISMON: Herr Knuth, hat sich Gott denn nicht auch den Muslimen offenbart?

KNUTH: Ganz ohne Vorbehalt kann ich das nicht sagen. Sie bekennen ja nicht, dass er sich selbst in Christus offenbart hat! Natürlich ist die Suche nach Gott, die unterschiedlichen Antworten auf die Gottesfrage im Islam für uns Christen unmittelbar relevant und bedeutsam. Wir hören darauf und es wäre töricht, wenn wir Christen uns nicht bereichern lassen würden durch die Gotteserfahrungen der Muslime. Aber man kann durch solche Erfahrungen auch in den Zweifel geführt werden. Man kann an den hohen ethischen Forderungen im Islam zerbrechen oder sich in der Weite der Gotteserfahrung verlieren. Religion ist wie Arznei. Unkontrolliert verabreicht, kann sie tödlich wirken.

CHRISMON: Was ist dann für Sie der Hauptunterschied?

KNUTH: Sehen Sie, schon wenn ich schlicht versuche, mich an die Zehn Gebote zu halten, führt mich das ins Scheitern. Ich wüsste nicht, wie ich ohne Jesus Christus aus diesem Widerspruch herauskommen würde. Er erlöst mich von der Sünde.

RAZVI: Auch im Islam kennen wir die Spannung zwischen dem eigenen Bekenntnis und dem der anderen. Der erste Teil unseres Glaubensbekenntnisses lautet: Es gibt nur einen Gott. Der zweite Teil verpflichtet uns, alle seine Propheten und Gesandten anzuerkennen. Daraus ergeben sich zwei Definitionen von Islam: einmal die durch Mohammed vermittelte Lehre und einmal die ewige Religion, die in verschiedener Weise zu uns gekommen ist.

CHRISMON: Und welche erleben wir zurzeit?

RAZVI: Menschen können ein Glaubensbekenntnis haben, das es ihnen ermöglicht, sich selbst und andere zu verstehen, aber auch eines, das andere ausschließt. Daraus kann Arroganz entstehen. Und die mussten wir Muslime oft auch von Christen erleiden.

CHRISMON: Der Terrorist Osama bin Laden hat Juden und Christen den heiligen Krieg erklärt. Wie beurteilen Sie seine Berufung auf den Islam?

RAZVI: Eine sehr kleine Minderheit der Muslime teilt Osama bin Ladens Ansichten.

Wenn die überwiegende Mehrheit der Muslime sie teilen würde, würden wir

alle seinem Aufruf folgen. Das tun weder die Afghanen in ihrer Mehrheit noch die Muslime in den benachbarten Ländern, in Pakistan oder in Usbekistan.

CHRISMON: Trotzdem scheint die islamische Welt in Aufruhr. Und Osama bin Laden genießt viele Sympathien ...

RAZVI: Das kommt, weil legitime islamische Sorgen im Westen ignoriert werden. Wenn Osama bin Laden sagt, dass die Araber leiden, meint er in erster Linie die Palästinenser. Für uns Muslime ist es sehr wichtig, dass der islamische Charakter der heiligen Stätten in Gesamt-Palästina nicht geändert werden darf. Denn die religiösen und historischen Bindungen dorthin sind für uns genauso wichtig wie für die Juden. Das Heilige Land ist nicht nur das Heilige Land der Juden, sondern auch der Christen und der Muslime.

KNUTH: Sicher, aber im Grunde ist es ja dem Wesen des Religiösen nicht angemessen, dass es sich politisch Geltung verschafft. Wenn ich mit derselben Entschlossenheit, mit der ich meinen Glauben bekenne, versuche, meine politischen Ziele durchzusetzen, muss es zu lebensbedrohlichen Konflikten führen.

CHRISMON: Sie sehen das anders, Imam Razvi?

RAZVI: Wenn es den jüdischen Extremisten gelingt, den Charakter des Landes und der heiligen Stätten – Jerusalem, Hebron, Nazareth – so zu verändern, dass sie nicht mehr islamisch sind, geschweige denn christlich, entstünde ein rein jüdischer Staat. Könnten die Christen das akzeptieren?

KNUTH: Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass Gewalt kein Mittel ist, um die Religion zu verbreiten oder zu vertiefen. Wir Christen müssen selbstkritisch auf die Kreuzzüge verweisen, wie überhaupt das Problem von Religion und Gewalt die Kirchengeschichte ungewöhnlich belastet.

RAZVI: Die Kreuzzüge gehören der Vergangenheit an. Wenn vom islamischen Dschihad die Rede ist, denken viele auch



Imam Razvi und Bischof Knuth

Foto: Stefan Bungert

an Kreuzzug, an heiligen Krieg. Dabei ist damit eigentlich der Einsatz für eine gute Sache gemeint, das innere Streben. Der Krieg ist in der islamischen Vorstellung nicht heilig.

CHRISMON: Wenn Osama bin Laden von Dschihad spricht, was meint er dann?

RAZVI: Er meint, man sollte sein Land, Saudi-Arabien, von der amerikanischen Präsenz befreien. Und er meint, man sollte für die Palästinenser Gerechtigkeit schaffen.

CHRISMON: Wenn Sie mit bin Laden reden könnten, würden Sie ihm dann als muslimischer Geistlicher auch sagen: Unschuldige Menschen zu töten ist grundfalsch?

RAZVI: Osama bin Laden hat nie gesagt, wir sollten den Islam durch den Krieg verbreiten. Er sagte, er werde die arabischen Länder und insbesondere Palästina durch seine Aktionen befreien. Das ist eine politische Idee, und die Politiker in Afghanistan und in den benachbarten Ländern haben ihm widersprochen. Ich selbst sehe keinen Grund, darauf einzugehen.

CHRISMON: Es gibt im Westen viele Menschen, die sich vor dem politischen Islam fürchten. Nicht erst seit dem Anschlag in New York, sondern auch nach Attentaten in Israel. Wann kommt ein klares Wort von islamischen Geistlichen?

RAZVI: Eigentlich sollte jedem, der sich mit dem Islam beschäftigt hat, ganz klar sein, dass Selbstmord eine Todsünde im Islam ist, genau wie im Christentum. Man darf sich nicht selbst vernichten. Leben ist ein Geschenk Gottes. Es sollte auch ganz klar sein, dass der Koran genau wie die jüdische Lehre sagt: Wenn man ein Leben zerstört, zerstört man eine Menschheit. Wenn man ein Leben rettet, rettet man eine Menschheit.

CHRISMON: Auch wenn man für religiöse Ziele tötet?

RAZVI: Auch dann. Es ist eine Verblendung. Und dies lehren wir ganz klar und deutlich, in jeder Moschee, wo ein kompetenter Theologe anwesend ist. Was Osama bin Laden getan hat – wenn er es denn getan hat, denn bislang habe ich die Beweise noch nicht gesehen –, das lässt sich mit dem Islam nicht rechtfertigen.

CHRISMON: Im Westen hält man die Trennung von Staat und Religion für eine Errungenschaft. Ist es denn eine?

RAZVI: Das ist ein Missverständnis in der Wahrnehmung durch die christlich geprägte Welt. Politik und Religion lassen sich nicht so sauber voneinander trennen. Es gibt emotionale Bindungen, die eine wichtige Rolle spielen. Der Islam ist wie übrigens auch das Christentum immer eine politische Religion.

KNUTH: Ich bin mit Ihnen einer Meinung, dass die Religion immer ein politischer Faktor ist. Trotzdem begrüße ich die Trennung von Staat und Kirche. Nach dem Dreißigjährigen Krieg haben wir in Deutschland eine Lösung zu finden versucht. Im Westfälischen Frieden ist der Begriff Säkularisierung entstanden nach 30 Jahren Religionskrieg! Wenn es uns nicht gelingt, Staat und Religion voneinander zu trennen, steuern wir auf unserem Erdball durch die Dynamik des Religiösen auf große Katastrophen zu. Es ist ein Missverständnis des Reiches Gottes, wenn wir meinen, wir müssten dafür sorgen, auf dieser Erde himmlische Zustände zu schaffen. Dann entsteht genau das Gegenteil.

RAZVI: Im jüdisch-christlich-islamischen Verständnis ging es aber auch immer wieder darum, dass die Gläubigen

das Reich Gottes auf der Erde zu verwirklichen suchen. In gewissem Sinne sind Sie und ich ja Religionspolitiker. Wir sind verantwortlich für unsere Gemeinschaft. Wir beide fühlen uns doch verpflichtet, die Mächtigen der Welt zu kritisieren. Zum Beispiel, dass ihre Politik oft den Prinzipien der geoffenbarten Religionen widerspricht.

CHRISMON: Wie kommt es, dass sich Christentum und Islam oft so fremd gegenüberzustehen scheinen?

RAZVI: Es gibt Missverständnisse, weil die Christen immer noch von einem sehr eingeschränkten Vorverständnis her argumentieren. Die Christen haben vergessen, dass das Christentum keine abendländische Religion ist. Das Christentum ist teilweise die Religion unserer Vorfäter gewesen. Wir haben einen Teil davon im Islam übernommen. Unsere Leute sahen darin keinen Abfall vom Glauben, für sie ist der Islam eine Weiterentwicklung.

CHRISMON: Im Christentum gab es eine Reformation – steht das dem Islam auch bevor?

RAZVI: Es ist ein großes Missverständnis, wenn Sie meinen, dass ich in den Kategorien der frühislamischen Zeit denke. Die moderne Zeit des Islam hat früher angefangen als die des Christentums. Der Islam hat sich immer wieder reformiert.

KNUTH: Würden Sie begrüßen, dass an den öffentlichen Schulen in Deutschland Islamunterricht erteilt wird?

RAZVI: In Hamburg planen wir ja einen Religionsunterricht für Kinder aller Religionen, das so genannte Hamburger Modell. Er soll das Verständnis für die eigene Religion und für die der anderen fördern. Wir hoffen außerdem, dass bald ein Lehrstuhl für islamische Theologie eingerichtet wird. Sie sehen: Wir deutschen Muslime wollen mit Ihnen diese Gesellschaft gestalten.

CHRISMON: Nun hat Ihr Anliegen, gegenseitig Vertrauen zu schaffen, einen schweren Rückschlag erlitten. Wo sehen Sie beide den Weg, die Vertrauensbasis wieder zu stärken?

KNUTH: Wir müssen der Gefahr, dass sich Klischees verbreiten, entgegenreten und sollten nicht zulassen, dass sich Misstrauen einschleicht. Das Schwierige ist, dass die Sleeper, die später zu Attentätern wurden, so normale Menschen waren, ähnlich wie manche Stasi-Leute. Da wächst das Gefühl: Einer kann noch so ein freundlicher Nachbar sein ... Dieses Grundgefühl von Misstrauen müssen wir bekämpfen. Es wäre fatal, wenn wir die Welt wieder in zwei Lager einteilen.

RAZVI: In meinem Umfeld kennen sich die christliche und die muslimische Gemeinde seit Jahrzehnten. Durch die tragischen Ereignisse sind wir noch näher zusammengerückt. Wir Vertreter der Religionen sind durch die Säkularisierung und die Naturwissenschaften herausgefordert, unsere Lehre vom Reich Gottes neu zu interpretieren. Gerade das hat uns islamischen Theologen bewusst gemacht, dass wir von den neuerzeitlichen Erfahrungen anderer Geschwisterreligionen profitieren können.

KNUTH: Und wir sind dankbar für alle Muslime, die in ihren Heimatländern dafür sorgen, dass Toleranz praktiziert wird. Es gibt leider islamische Länder, in denen Christen sich nicht so entfalten können wie die Muslime bei uns. Ich erinnere zum Beispiel an die Shelter-Now-Gruppe, die in Afghanistan angeblich missionierte und dafür verhaftet wurde.

RAZVI: Ja, wir Muslime sollten unser Verständnis von Mission ändern – ebenso wie die Christen. Manche Gesetze in islamischen Ländern stammen tatsächlich noch aus der Zeit der Kreuzzüge. Dass sie heute nicht mehr angewendet werden sollten, ist uns bewusst. Übrigens war ich kürzlich zu einem interreligiösen Gespräch in Assisi eingeladen: Christen, Juden, Hindus, Buddhisten und Muslime. Der katholische Leiter dort verlangte von uns, dass wir nicht missionieren sollten. Ich habe ihm gesagt, es liege absolut nicht in unserem Interesse, aus Assisi eine heilige Stadt des Islam zu machen.

Moderation: Hedwig Gafga und Reinhard Mawick.
aus: chrismon, 11/2002

Zum Plakat

»Rassismus erkennen – Farbe bekennen«

Dr. Rolf Wischnath

Bunte Stifte. Sie hinterlassen Spuren. Eine gelbe, eine rote, eine grüne, eine blaue.

Und der braune? Er hinterlässt eine Spur aus Ruß. Wie soll ich das verstehen? Dass Braune – also Nazis oder Rechtsextreme – Brandspuren hinterlassen? Braun = Brandstiftung?

Eine Geschichte aus einer brandenburgischen Stadt, zugetragen hat sie sich gestern:

Ein junger Mann, achtzehn, Afrikaner, steigt in eine Straßenbahn. Er nimmt seinen Rucksack ab und berührt dabei den Fuß eines jugendlichen Mitfahrers. Der springt auf und schimpft: »Du stinkst, du Affe, du gehörst in den Busch, was willst du hier in Deutschland, du lebst nur von unseren Steuern.« Zusammen mit zwei anderen fängt er an, den Achtzehnjährigen zu stoßen, zu schlagen, an den Haaren zu ziehen. Und dann? Andere Mitfahrer gehen dazwischen. So konnte dem afrikanischen Jugendlichen noch Schlimmeres erspart bleiben. Und der Straßenbahnfahrer hielt die Türen so lange zu, bis die Polizei eintraf.

Eine traurige Geschichte, eine hoffnungsvolle Geschichte? Ist das Rassismus? Ja, natürlich.

Ein Mensch hat eine andere Hautfarbe als die Mehrheit und schon ist er in Gefahr. Immer wieder ist es schier unglaublich, dass das in unserer angeblich zivilisierten Gesellschaft passiert. Aber in der Straßenbahn sitzen Menschen, die sich den Tätern in den Weg stellen.

Ist das Farbe bekennen? Ja.

Aber das ist nicht selbstverständlich. Es gibt genug Situationen, in denen niemand aufsteht. Nicht nur in Brandenburg. Überall in Deutschland.

Ich stelle mir vor, ich bin in Afrika. Mit meiner hellen Hautfarbe deutlich

zu erkennen. Steige in den Bus, der ist voll, viele drängeln und plötzlich schreit mich einer an: »Du weißes Schwein.« Und fängt an mich zu schlagen. Haben wir uns eine solche Situation jemals vorgestellt? Nein, weil wir gar nicht glauben, dass uns so etwas geschehen kann. Vielleicht gibt es so etwas sogar, Simbabwe zeigt es ja. Aber vorstellen, in eine solche Situation zu geraten, können wir uns eigentlich nicht. Und das ist ein Stück Farbenblindheit.

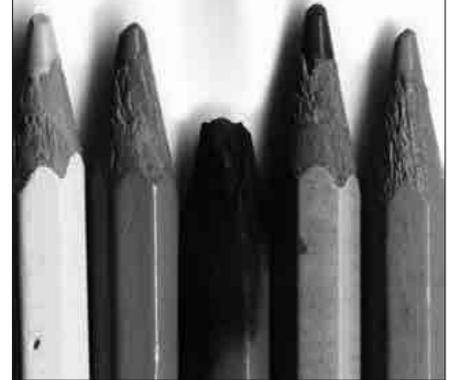
Eine andere Begebenheit: Seit Sommer 2001 wohnt eine deutsch-türkische Familie in einem Vorort Berlins. Seitdem sind sie rassistischen Attacken ausgesetzt. Nun steht die Familie gar unter Polizeischutz. Es ist unglaublich, wie tief der Rassismus in unserer Gesellschaft steckt. Und das Thema ist in den Medien weit in den Hintergrund gerückt. Es ist wie mit den drei Affen, die sich Augen, Ohren und Mund zuhalten. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Sie haben viel mit uns zu tun.

Farbe bekennen ist nicht leicht. Andererseits haben Menschen unter ganz anderen Bedingungen genau das getan. Erst jetzt habe ich gehört, dass zum Beispiel 1943 einige hundert nichtjüdische Berliner Ehefrauen und Mädchen zwei Wochen lang täglich vor einem Berliner Gefängnis für die Freilassung ihrer jüdischen Männer und Lebensgefährten protestiert haben. Einige wurden daraufhin wieder freigelassen. 1943 riskierte man sein Leben bei einer solchen Aktion. Das ist der Unterschied. Und das lehrt uns: Es gibt keine Ausrede, in allen Epochen haben Menschen bewiesen, dass man etwas tun kann, auch wenn es noch so unmöglich scheint.

Dabei müssen wir heute keine Helden sein. Wir brauchen nicht unser Leben aufs Spiel zu setzen, wenn wir andere, die angepöbelt werden, weil sie eine andere Hautfarbe haben, schützen wollen. Warum fällt es dennoch so schwer?

Rassismus erkennen

Farbe bekennen



Rassismus erkennen – Farbe bekennen.

Erkennen wir Rassismus immer? Das Plakat mit den Buntstiften erweckt den Eindruck, dass das Problem nur bei den Braunen ist. Aber der Rassismus bedient sich auch anderer Farben und Schattierungen. Es sind nicht nur die anderen, auf die wir mit Fingern zeigen. Obwohl das manchmal bequem ist. Denken wir etwa an den geläufigen Nationenbegriff in unserem Land, der immer noch an der Abstammungsgemeinschaft anknüpft. Damit grenzen wir jeden Menschen nichtdeutscher Herkunft aus. Und demokratische Politiker sagen das auch offen, indem sie unsere deutsche Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee gewinnen, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk. Das heißt: Wer nicht dazu gehört hat Pech. Nur unter komplizierten Umständen sind wir sogar so großzügig, anderen Menschen anderer Herkunft unsere deutsche Staatsbürgerschaft zu gewähren. Zum Glück ist es mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht etwas besser geworden, auch wenn sich die doppelte Staatsbürgerschaft nicht durchsetzen konnte. Aber die braunen Einstellungen ergeben sich oft auch aus Farbmischungen; sie sind nicht selten vom Machtzentrum der Gesellschaft aus geprägt und von den Eliten vorgegeben. Farbe bekennen heißt auch die Mischmöglichkeiten wahrnehmen, an denen wir beteiligt sind.

Dr. Rolf Wischnath ist Generalsuperintendent der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Sprengele Cottbus) und Vorsitzender des Brandenburger Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Carnival der Kulturen

Gottesdienst im Zelt des Glaubens in Gelsenkirchen

Im Bistum Essen feierten am 22. September 2001 mehrere katholische fremdsprachige Gemeinden unter dem Motto »Carnival der Kulturen« einen Gottesdienst. Die nachstehende Textfassung umfasst Beiträge, die als Lieder und Gebete in unterschiedlichen Sprachen vorgetragen wurden.

Begrüßung

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Schwestern und Brüder,

gerne begrüße ich Sie alle und heiße Sie im »Zelt des Glaubens« beim Carnival der Kulturen herzlich willkommen. Drei Tage hindurch versammeln sich hier verschiedene Religionsgemeinschaften, laden zu Gebetszeiten ein und feiern Gottesdienste. Heute Abend tun wir dies als katholische Christen aus verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen Sprachen.

In aller Verschiedenheit wissen wir uns aber doch einander verbunden im Glauben an den uns und alle Menschen liebenden Gott. Darum lade ich nun zunächst die Seelsorger der beteiligten Gemeinden ein, dass wir dazu einander begrüßen und willkommen heißen.

(Die Priester sprechen eine kurze Begrüßung in der jeweiligen Landessprache)

Unter einem Zelt wissen wir uns vereint. Das ist bereits ein starkes, ein inhaltsreiches Zeichen. Ein Zelt, das heute hier und morgen dort aufgebaut wird, erinnert uns an unser »Unterwegs-sein«. Als Christen sind wir unterwegs. Gottes Volk sind wir, unterwegs durch die Zeit, auch durch diese unsere Zeit. Das heißt auch unterwegs als Weggemeinschaft aller Menschen aus verschiedenen Ländern und Sprachen, Kulturen und Religionen.

Dass diese Weggemeinschaft uns gelingt, das ist uns allen gleichermaßen wichtig. Dass das Zusammenleben aller Menschen gelingt, hier in unserer Stadt und überall auf der Welt, das hat uns heute hier zusammengeführt, und darum beten wir zu Gott, dem Vater aller.

Als dieser Gottesdienst vor zwei Wochen geplant und vorbereitet wurde, konnte noch niemand ahnen, welche neue Dimension, welche geradezu er-

schreckende Aktualität er heute haben würde.

Umso mehr spüren wir, wie sehr wir es nötig haben, wie sehr es uns auch gut tut, uns des Erbarmens Gottes zu vergewissern.

Zu Beginn lassen Sie uns dies tun in unseren verschiedenen Sprachen – die deutsche Übersetzung aller Texte finden Sie in ihrem Gottesdienst-Heft.

Kyrie

(nach den Texten Antwortruf)

Die heute beginnende Woche wird in Deutschland als Interkulturelle Woche, als Woche der ausländischen Mitbürger begangen, und sie steht in diesem Jahr unter dem Thema »Rassismus schadet uns allen«. Mit dem Textheft haben Sie alle eine Postkarte erhalten, auf der versucht wurde, dieses Thema auch bildlich darzustellen. Ein Turm, aus unterschiedlich farbigen Holzbausteinen zusammengefügt. Ein einziger Stein nur wurde weggenommen, einer im unteren Bereich, einer von vielen – und das Ganze beginnt zusammenzubrechen.

Die uns diese Symbolkarte geschenkt haben, konnten es nicht einmal geahnt haben; aber als ich dieses Bild vor einigen Tagen zum ersten Mal in der Hand hielt, durchfuhr es mich, und meine Gedanken, wie Ihre vermutlich jetzt auch, waren gleich bei den schrecklichen Bildern, die wir alle mehrfach im Fernsehen ansehen mussten:

Die einstürzenden Türme des World Trade Centers in New York.

Und wir alle werden uns auch die gleichen Fragen gestellt haben und immer wieder und immer noch stellen:

Wie können Menschen einander so etwas antun?

Wie kann es dazu kommen, dass Menschen so irregeleitet werden, so krank, so verblendet, das sie dazu in der Lage sind?

Wo war Gott? – Warum lässt Gott das zu?

Fragen, auf die wir keine schnellen und schlüssigen Antworten bekommen, die wir wahrscheinlich noch lange Zeit aushalten müssen.

Eher sprachlos begeben wir uns mit den Trauernden, mit den Verzweifelten betend unter das Kreuz; eins in der Über-



zeugung, dass es für solche Taten der Gewalt und Vernichtung keine Rechtfertigung gibt; eins aber auch in der Überzeugung, dass Gewalt als Antwort Recht und Gerechtigkeit nicht wiederherstellen kann.

Dass es nicht nur den politisch Mächtigen unter der Last ihrer schweren Verantwortung, sondern uns allen gelingen möge, die Spirale der Vergeltung und des Krieges zu verhindern; dass wir bereit sind – und seien unsere Möglichkeiten auch scheinbar noch so gering – den Weg der Verständigung und Versöhnung zwischen Völkern, Kulturen und Religionen zu suchen und ihn zu gehen, darum lassen Sie uns hier und heute im gemeinsamen fürbittenden Gebet ein Zeichen setzen.

Predigt

Liebe Schwestern und Brüder,

»Was sind das für Reden, die ihr da miteinander führt?«, fragt Jesus die Jünger, die mit ihm auf dem Weg sind.

Ich denke, es ist nicht beruhigend und schon gar nicht tröstlich, eher beschämend – für sie damals wie für uns heute – dass sogar die Menschen in seiner engsten und vertrauten Umgebung sich von ihm ertappt sehen müssen bei dem, was offenbar schon damals und wohl zu allen Zeiten immer wieder ihnen so wichtig erscheint.

Betretenes Schweigen, weil sie freilich spüren, unsere Gedanken können nicht im Sinne Gottes sein:

Wer ist der Größte? – Wer ist der Wichtigste? – Wer ist der Mächtigste?

Sollte es tatsächlich so sein, dass Fragen nach Überlegenheit und Macht, nach Größe und Ansehen sozusagen im Wesen des Menschen grundgelegt sind?

Natürlich weiß Jesus, dass Gott den Menschen anders geschaffen und mit anderen Gaben ausgestattet hat. Natürlich weiß Jesus auch um die Gefährdung und Versuchung, denen der Mensch so leicht erliegt.

Dennoch aber stellt Jesus sie nicht bloß. Vielmehr gibt er ihnen eine ebenso schlichte wie einsichtige Lebensregel mit: »Wer der Erste sein will, der soll der Letzte von allen und der Diener aller sein.«

Die wahre Größe eines Menschen zeigt sich darin, dass er nicht sich selbst, sondern den Mitmenschen zum Maßstab seines Handelns macht. Und er macht es ihnen liebevoll und auf buchstäblich kindliche Weise anschaulich: Er stellt ein Kind in die Mitte und nimmt es in seine Arme!

Spüren Sie, was das heißt und was jene sicher längst begriffen hatten: Wer das Vertrauen eines Kindes gewinnen will, wer ihm Wohlwollen und Zuneigung schenken will, der muss sich buchstäblich klein machen, der muss in die Knie gehen. Darum geht es Jesus: Nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe sich begegnen, das schafft Vertrauen, das stiftet Gemeinschaft zwischen Menschen.

Ja mehr noch: In solcher Art von Begegnung ereignet sich Gottbegegnung: »Wer ein solches Kind um meinetwegen aufnimmt«, sagt Jesus, »der nimmt mich auf; wer aber mich aufnimmt, der nimmt den auf, der mich gesandt hat.«

Liebe Schwestern und Brüder, wenn wir heute für das friedliche Zusammenleben der Menschen beten, erst recht, wenn wir dies unter dem Eindruck jüngster Ereignisse sicher auch mit besonderer Eindringlichkeit tun, wird es doch gerade darum darauf ankommen, dass auch wir uns wieder neu von Jesus die Maßstäbe zeigen lassen für ein wirklich gelingendes Miteinander.

Vermutlich geht das nicht einmal, ohne dass wir alle, jeder einzelne von uns und auch wir alle gemeinsam bekennen, dass auch wir oft durch unser Denken und Verhalten Menschen klein machen: nicht ohne dass wir eingestehen, dass

auch wir dazu neigen überheblich zu sein und auf andere herabzublicken, vor allem wenn sie uns fremd und anders erscheinen.

Wer ist der bessere Christ? – Wer ist der frommere Mensch? – Wer zeigt die sozialere Gesinnung?

Liebe Schwestern und Brüder, darf ich uns statt dessen alle fragen:

Entstehen nicht viele Konflikte bis in unser Gemeinden hinein dadurch, dass wir uns selbst zum Maßstab machen, an dem wir andere messen?

Entstehen nicht viele Konflikte zwischen Konfessionen und Religionen dadurch, dass Begegnungen eben nicht auf Augenhöhe gesucht werden, sondern eher von oben herab geschehen?

Gewiss, es wäre weltfremd und träumerisch zu meinen, menschliches Zusammenleben sei ohne Konflikte möglich. Es gibt Konflikte im Großen und im Kleinen und es wird sie immer wieder geben. Aber es gilt, sie auszutragen, damit sie nicht unkontrolliert eskalieren.

Darum möchte ich Sie alle und mich selbst einladen, es bei diesem abendlichen Gebet nicht zu belassen.

Ich möchte uns ermutigen, aus dieser gemeinsamen Stunde, die ganz gewiss vom Segen des friedentiftenden Gottes erfüllt ist, diese Aufgabe, diese Herausforderung mitzunehmen in den Lebensbereich, auf den jeder von uns gestaltend einwirken kann.

Suchen wir den Kontakt, die Begegnung mit den Menschen anderer Nationalität und auch anderer Religion – nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe!

Als Christen dürfen wir uns nie und nimmer damit abfinden, wenn Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache, ihrer Religion diskriminiert werden. Leisten wir so unseren Beitrag für ein friedliches, das heißt auch gerechtes Zusammenleben aller Menschen.

Wir können von hier aus nicht die ganze Welt verändern, aber ein ganzes Stück von ihr, wenn wir in dieser unserer Stadt damit beginnen.

Fürbitten

P: Schwestern und Brüder. Jesus hat als Zeichen der Versöhnung mit Gott unter uns gelebt. Auf diese Versöhnung hat er seine Jünger verpflichtet. Diese Versöhnung muss sich in allen Gegensätzen bewähren. Darum wollen wir Gott, unserem Vater, dem Vater aller Menschen, voll Vertrauen unsere Bitten vortragen: *(Nach den einzelnen Fürbitten: Lasset zum Herrn uns beten!)*

Verabschiedung

Ganz herzlich danke ich Ihnen allen dafür, dass Sie sich heute Zeit zum gemeinsamen Gebet genommen haben. Zu Beginn haben sie alle eine Postkarte zum Thema der diesjährigen Woche der ausländischen Mitbürger erhalten. Vielleicht kann es ein gutes Zeichen sein, diese Karte einem anderen Menschen zu schicken, dem man das Anliegen unseres gemeinsamen Gebetes mitteilen möchte; einem Menschen, den man für den Frieden gewinnen möchte; oder einfach einem Menschen, an den Sie in dieser Stunde besonders gedacht haben.

Für sie und für uns alle, für die Opfer und alle Trauernden nach den Terroranschlägen in Amerika, für alle, die Angst haben und für alle Menschen auf der ganzen Welt erbitte ich Gottes Segen:

Es segne uns und unsere ganze Welt der Gott der Liebe und des Friedens, der Vater und der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

Predigt von Prälat Stadtdechant Edmund Ernst

Segen

Und so sollen im Namen des Friedens, der aus Gott ist, gesegnet sein die Völker aller Rassen, die Menschen aller Länder.

Es sollen gesegnet sein Himmel und Erde, Wolf und Lamm, Falke und Taube.

Es sollen gesegnet sein Freund und Feind, damit sie Brüder werden und Schwestern.

Es sollen gesegnet sein Schwarze und Weiße,

Menschen aus Ost und West, damit sie Frieden schließen und Freundschaft, ein für allemal.

Es sollen gesegnet sein Christen und Atheisten,

Moslems und Hindus, Heiden und Sektierer, damit sie eins werden in Gott.

Es sollen gesegnet sein die Unwissenden und die Weisen und die Weisheit Gottes rühmen.

Gott segne euch, und ihr sollt ein Segen sein für die bedrohte Welt und die Menschen dieser Erde.

Der Friede Gottes sei mit euch und mit allen Menschen. Amen

Jörg Zink

Predigt

Gottesdienst in der Woche der ausländischen Mitbürger in Fürth

Dr. Hans-Gerhard Koch

Liebe Schwestern und Brüder, liebe ökumenische Gemeinde!

Eigentlich hatte ich die Predigt für heute Abend vorigen Montag im Konzept schon fertig. Es ging nur noch darum, sie in den PC zu tippen.

Dann verbrachte ich, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, den Dienstagabend vor dem Fernseher und sah die schrecklichen Bilder aus New York und Washington.

Ich hatte das Gefühl, das viele von Ihnen wohl auch hatten: Die Welt ist aus dem Gleichgewicht geraten und bebt. Tut sich ein Abgrund auf?

Am Mittwoch, beim Bittgottesdienst für den Frieden hier in dieser Kirche, da fragte ich mich: Kannst du nach diesem Ereignis nächste Woche hier predigen, ohne darauf Bezug zu nehmen? Oder solltest du es gerade nicht tun – ist es nicht ganz falsch, zwischen den Terrorakten von Amerika und der Woche der

ausländischen Mitbürger auch nur den leisesten Zusammenhang herzustellen?

Inzwischen ist mir die Verantwortung dafür von einer Reihe von Politikern abgenommen worden. Ich halte es immer noch für unverantwortlich, aber der Zusammenhang zwischen Manhattan und dem geplanten Einwanderungsgesetz in Deutschland ist längst öffentlich hergestellt. Und er ist auch im Alltag hergestellt: Bekennende Moslems wurden auf der Straße beschimpft, islamische Gemeinden bedroht. Die Angst und Wut der Menschen sucht ein Ziel und hat es gefunden: Mitbürgerinnen und Mitbürger islamischen Glaubens.

Es ist also nur noch über richtige und falsche Zusammenhänge zu reden.

Zuerst die falschen: Mag es auch einige von Hass und Erniedrigung verblendete Menschen gegeben haben, die nach der Schreckensnachricht von New York Allah akbar – Gott ist groß! riefen und

Freudenschüsse abfeuerten – es ist ein falscher Zusammenhang. Kein Gott, auch nicht Allah, will, dass Tausende in brennenden Bürotürmen elend ersticken, verbrennen und begraben werden. Keine Religion, auch keiner der ernst zu nehmenden Vertreter des Islam, rechtfertigt, dass junge Männer sich jahrelang ausbilden lassen, nur um dann sich und tausend andere in den Tod zu reißen.

Ich halte es auch für falsch, Zusammenhänge zum Einwanderungsgesetz herzustellen und seine Verschiebung oder Verschärfung zu fordern. Keiner von den Menschen, die in unser Land kommen und auf Dauer bei uns leben und arbeiten wollen, plant Terrorakte. Und diejenigen, die vorgeben, sie wollten einwandern, und doch Schlimmes im Sinn haben, sind von schärferen Gesetzen wohl kaum aufzuhalten. Eher ist es so, dass ein Klima des Misstrauens und der Ausgrenzung ihnen in die Hände arbeitet, klammheimliche Sympathie und verstohlene Unterstützung erst ermöglicht.

Nein, das Feuer von Manhattan ist zu heiß, um sich daran irgendwie politisch die Hände zu wärmen. Und die Trauer und die Achtung vor den Opfern und ihren Familien sollten es auch verbieten.

Dennoch, die Frage nach den Zusammenhängen ist gestellt.

Ich hoffe, dass sie in die richtige Richtung geht.

Die Frage etwa könnte gestellt werden, was eigentlich geschehen sein muss, dass junge Menschen so viel Hass in sich aufspeichern konnten, dass ihr eigenes Leben und das Tausender anderer ihnen vollkommen gleichgültig wurde. Am Donnerstag letzter Woche erhielt ich den Rundbrief der evangelischen Schulen im Westjordanland. Ein deutscher Schulleiter schilderte – ohne zu wissen, was uns heute bewegt – was einige seiner zwölfjährigen Schüler schon mit ansehen mussten: wie ihr Elternhaus in die Luft gesprengt wurde, wie der Vater seine Arbeit verlor, wie der Onkel von israelischen Soldaten erschossen wurde. Solange Kinder mit solchen Erlebnissen aufwachsen, wird der Hass nicht auszurotten sein.

Die Einsicht etwa könnte keimen, dass die Türme des Welthandelszen-

Es hilft, dann und wann zurückzutreten
und die Dinge aus der Entfernung zu betrachten.
Das Reich Gottes ist nicht nur jenseits unserer Bemühungen.
Es ist auch jenseits unseres Sehvermögens.
Wir vollbringen in unserer Lebenszeit lediglich einen winzigen Bruchteil
jenes großartigen Unternehmens, das Gottes Werk ist.
Nichts, was wir tun, ist vollkommen.
Dies ist eine andere Weise zu sagen, dass das Reich Gottes je über uns hinausgeht.
Kein Vortrag sagt alles, was gesagt werden könnte.
Kein Gebet drückt vollständig unseren Glauben aus.
Kein Pastoralbesuch bringt die Ganzheit.
Kein Programm führt die Sendung der Kirche zu Ende.
Keine Zielsetzung beinhaltet alles und jedes.
Dies ist unsere Situation.
Wir bringen das Saatgut in die Erde, das eines Tages aufbrechen und wachsen wird.
Wir begießen die Keime, die schon gepflanzt sind in der Gewissheit,
dass sie eine weitere Verheißung in sich bergen.
Wir bauen Fundamente, die auf weiteren Ausbau angelegt sind.
Wir können nicht alles tun.
Es ist ein befreiendes Gefühl, wenn uns dies zu Bewusstsein kommt.
Es macht uns fähig, etwas zu tun und es sehr gut zu tun.
Es mag unvollkommen sein, aber es ist ein Beginn, ein Schritt auf dem Weg,
eine Gelegenheit für Gottes Gnade, ins Spiel zu kommen und den Rest zu tun.
Wir mögen nie das Endergebnis zu sehen bekommen,
doch das ist der Unterschied zwischen Baumeister und Arbeiter.
Wir sind Arbeiter, keine Baumeister.
Wir sind Diener, keine Erlöser.
Wir sind Propheten einer Zukunft, die uns nicht allein gehört.

Bischof Oscar Arnulfo Romero / El Salvador

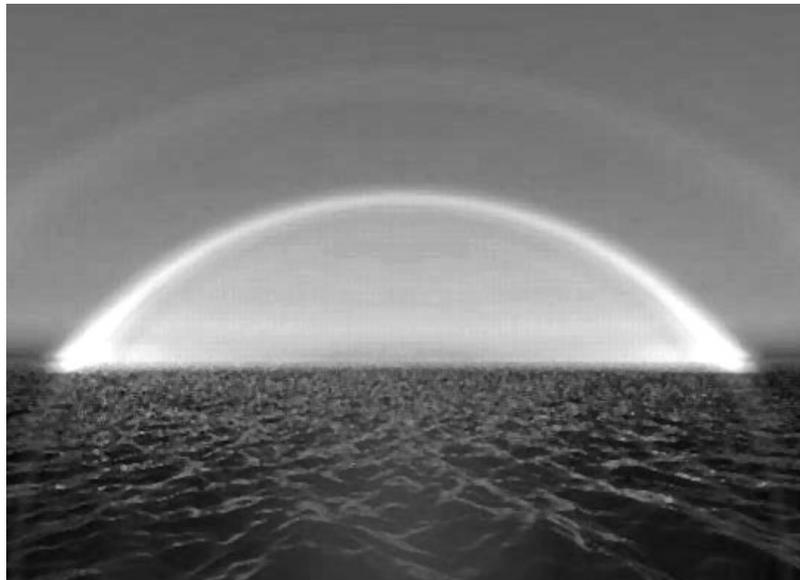
trums, die Symbole des freien Welthandels, nicht für alle Zeichen des Wohlstands und des Fortschritts sind. Für die Verlierer der weltweiten Finanzmärkte, und das sind die meisten Menschen dieser Welt, waren die Türme unerreichbar, Zeichen ihrer Not und Ausgrenzung.

Und die Frage wäre zu stellen, wie das in einer gerechteren Weltwirtschaft zu ändern wäre, damit kein irreführender Geist sie zu Symbolen des Teufels umdeuten kann, die vernichtet werden mussten.

Solche Fragen werden zum Glück nun auch in Amerika von besonnenen Leuten wie der Schriftstellerin Susan Sontag gestellt, die gefragt hat, ob es nicht ein falscher Weg ist, immer nur auf Stärke zu setzen und allein bestimmen zu wollen, was auf der Welt geschieht. Und dass Sicherheit durch Raketen im Weltall trügerisch sei, und eine Umkehr nötig sei zu Sicherheit durch Gerechtigkeit und Menschenwürde, durch Völkerverständigung und Religionsfrieden. Wenn überhaupt, sind das die Zusammenhänge, die an diesem heutigen Tage herzustellen sind. Und ich wünsche mir, dass der 11. September 2001 nicht der Anfang einer neuen Welle von Terror, Gewalt und Krieg ist, wie wir wohl alle bei den Bildern aus den USA in tiefem Erschrecken befürchten, sondern der Anfang des Nachdenkens, wie Gewalt und Hass entstehen, wie wir den Anfängen wehren können. Mitten unter uns.

Und ich denke, da sind wir dann hier und heute in Fürth angelangt, bei der Woche der ausländischen Mitbürger und ihrem Motto »Rassismus erkennen – Farbe bekennen«. In einer Stadt, die ihre ganz eigene Geschichte mit Mitbürgern unterschiedlicher Religionen hat, zu sehen im jüdischen Museum. Und die heute wieder eine multireligiöse und vielsprachige Stadt ist. Ich habe mich selbst am 13. September beim Einkaufen dabei ertappt, wie ich eine Frau mit Kopftuch, die mit ihren Kindern scherzte, ganz böse angeschaut habe und gedacht habe: die könnte jetzt ruhig etwas betroffener sein. Dabei ist sie an den Ereignissen von Amerika nicht schuldig, jedenfalls nicht mehr als Sie und ich. Ich denke, gerade wir in Fürth haben die Aufgabe, den bösen Geistern der Kreuzzüge und Heiligen Kriege, des Vorurteils und der Sippenhaft etwas entgegenzusetzen: klaren Verstand, entschlossene Schritte aufeinander zu und ein Bündnis der Menschen guten Willens.

Ich möchte heute, am 21. September, in dieser Stadt eine andere Geschichte



gegen die schreckliche Geschichte des 11. September 2001 setzen.

Viele von Ihnen kennen sie aus den ersten Kapiteln der Bibel. Sie beginnt auch mit Schrecken und Gewalt. Da ist eines Tages davon die Rede, dass Gott eingesehen hat, dass der Mensch böse ist und von Jugend an nur Böses im Sinn hat und dass er deshalb beschließt, dieses Kapitel seiner Schöpfung wieder zu schließen, in einer großen Flut, die all das ersäuft, was böse ist. Damit die Welt wieder gut wird.

Ein Gott, wie er denen vorschweben mag, die im Namen ihrer Religion Morden begehen.

Aber schon damals, am Anfang der Bibel, denkt Gott nicht so schwarzweiß wie fanatische Menschen. Er sieht einen Menschen, Noah, der nicht ganz böse ist. Und beschließt, eine Ausnahme zu machen, eine Grauzone zuzulassen zwischen Schwarz und Weiß. Noah erhält eine Warnung und baut ein Rettungsboot, für sich, seine Familie und je zwei von allen Tieren. Es soll nicht ganz aus sein mit dem Leben, und es ist nicht ganz aus. Die Wasser sinken, irgendwann einmal, und Noahs Überlebensarche findet Grund. Noah dankt Gott mit einem Brandopfer für die Rettung. Und Gott lässt einen Regenbogen über das Wasser, die Wolken und den Rauch des Opferaltars steigen und sagt: Nein, nie wieder will ich alles Leben auf der Erde auslöschen. Es soll nicht mehr aufhören Frost und Hitze, Saat und Ernte, Sommer und Winter, solange die Erde steht. So seltsam, ja so gotteslästerlich das für manchen klingt: Gott hat etwas gelernt. Er hat auf Gewalt verzichtet, er hat einen neuen Anfang gemacht, einen Anfang in vielen bunten Farben. Und er hat, in vollem Bewusstsein, dass die Kinder Noahs nicht so viel anders sein

werden als die Menschen vor der Sintflut, einseitig auf Gewalt verzichtet. So einseitig, dass er viel später sogar Mensch geworden ist in Jesus, der die Liebe zu den Feinden predigte und lieber am Kreuz starb, als das Böse mit Gewalt auszurotten.

Ich wünsche mir, dass der 11. September 2001 nicht in die Geschichtsbücher eingeht als der Tag, an dem der erste Krieg des 21. Jahrhunderts begann, als der Beginn einer neuen Sintflut von Terror, Hass und Gewalt. Ich wünsche und bete, dass es der Anfang einer Umkehr ist, der Anfang der Suche nach den Ursachen von Hass, Gewalt und Verzweiflung, der Anfang eines neuen Bündnisses aller Menschen guten Willens.

So wie damals der Regenbogen das Zeichen eines neuen Bündnisses zwischen Gott und den Menschen war. Und ich wünsche mir, dass wir hier in Fürth unseren Teil dazu tun, den Regenbogen auf die Erde zu holen. Dass wir Farbe bekennen in den Gesprächen im Büro und am Wirtshaus, in der Zusammenarbeit der Religionen dieser Stadt, nicht nur in Gottesdiensten, sondern auch in der Fußgängerzone und in der Aldi-Filiale.

Lassen Sie uns im Zeichen des Regenbogens, im Zeichen des Gottes, der selbst umgekehrt ist von der Sintflut zum Frieden, auch umkehren und uns zu der Vielfarbigkeit des Lebens und der Menschen bekennen.

Bekennen wir rot – die Farbe der Gerechtigkeit und Solidarität, und lassen wir nicht zu, dass die einen nicht das Allernötigste haben und die anderen im Kaufrausch schwelgen.

Bekennen wir lila – die Farbe der Umkehr, des Friedens und der Frauenbewegung. Und lassen wir nicht zu, dass

Fürbitten-Gebet

Lebendiger Gott, höre auf unser Gebet. Und sei du all den Menschen nahe, die in Sorgen leben. Wir bitten dich gemeinsam.

– Für die in unser Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten Zugewanderten, dass sie in unserer Mitte Wurzeln schlagen und eine neue Heimat finden, dass sie sich durch Ablehnung und Vorurteile nicht abhalten lassen, Begegnung und Kontakte zu suchen, dass sie in Frieden hier leben können und nicht Angst haben müssen vor Rassismus und Gewalt. Wir bitten dich: Erhöre uns.

– Für all die Menschen, die nicht mehr in ihrer Heimat leben können, die auf der Flucht sind vor Krieg und Gewalt, dass sie in unserem Land ein neues Zuhause finden, dass sie hier Menschen begegnen, die ihnen ihre Tür und ihr Herz öffnen und die ihr Schicksal nicht gleichgültig lässt. Wir bitten dich: Erhöre uns.

– Für die Regierenden in unserem Land, die mit ihrem Reden und Handeln Einfluss darauf nehmen, ob Zuwanderer willkommen sind oder als Bedrohung empfunden werden, dass sie die Rechte des Fremden achten, denen in Not den Zugang in unser Land nicht verwehren und dass sie die Würde aller Menschen schützen. Wir bitten dich: Erhöre uns.

– Für unsere Kirchengemeinden, dass sie zu Orten der Begegnung und der Solidarität mit Fremden werden, dass sie Verfolgte schützen und Menschen mit Sorgen beistehen und dass sie eintreten für die Schwachen in unserem Land. Wir bitten dich: Erhöre uns.

– Für all die Menschen in unserer Gemeinde, die allein, die krank und voller Sorgen sind. Gib du ihnen Menschen, die ihnen in ihrer Not zum Nächsten werden. Lass sie spüren, dass sie nicht allein sind. Wir bitten dich: Erhöre uns.

Bausteine für einen Gottesdienst am 23. September 2001 für die Gemeinden im Kirchenkreis An Nahe und Glan von Pfarrer Siegfried Pick

vor allem die Frauen die Lasten tragen müssen und Angst haben müssen um das Leben ihrer Kinder.

Bekennen wir blau – die Farbe, die den Blicken und bösen Wünschen wehrt, die Farbe der Wahrheit und Klarheit. Und lassen wir nicht zu, dass bössartige Theorien von wertvollen und weniger wertvollen Menschen unsere Köpfe vergiften. Und auch nicht gekonnte Medieninszenierungen so genannter gerechter Kriege.

Bekennen wir grün – die Farbe unserer islamischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, und zugleich die der Erde, die uns alle trägt. Lassen wir nicht zu, dass Männer, Frauen und Kinder unter uns wegen ihrer Zugehörigkeit zum Islam unter pauschalen Terrorismusverdacht geraten und ausgegrenzt werden.

Bekennen wir gelb, die Farbe der Sonne, die Gott über alle scheinen lässt, über Gute und Böse, und bedenken wir, dass auch in uns selbst das Gute und das Böse ist und wir auf Vergebung angewiesen sind – von Gott und den anderen.

Bekennen wir Farbe – damit der Regenbogen am Ende steht und nicht immer neue Wellen von Hass und Gewalt, Rache und Vergeltung.

Bekennen wir Farbe – so wie Gott Farbe bekannt hat und auf Gewalt verzichtete und sich aufs Neue eingelassen hat mit uns schwierigen Menschen.

Bekennen wir Farbe – nicht, weil wir es besser wüssten als andere oder weil wir naiv und gutgläubig wären, sondern weil sich Gott längst zu uns bekannt hat – zu allen von uns.

Ich lade Sie ein, wenn jetzt nach dem Amen die Musik spielt, eines der Fadenbündel zur Hand zu nehmen, die auf Ihren Plätzen liegen. Betrachten Sie die Farben und suchen Sie die heraus, die Sie in die Welt tragen können. Wenn Sie wollen, flechten Sie sich ein Band, flechten Sie sich ein ins Gewebe des Lebens, das weitergeht. Und tragen Sie es zum Zeichen, dass Gott nicht die große Flut will, sondern das Leben. In allen seinen Farben. Ohne Rassismus und Gewalt.

Amen.

Ökumenischer Gottesdienst in Gotha

Auszug aus einem ökumenischen Gottesdienst zur »Woche der ausländischen Mitbürger« am 23. September 2001 in der Augustinerkirche in Gotha.

Tagesgebet

Gott, unser Vater, du schenkst deine Liebe ohne Unterschied allen Menschen. Weil du unser Vater bist, sind wir alle Brüder und Schwestern. Dein Sohn Jesus Christus hat uns durch sein Leben deine Liebe erfahrbar gemacht. Er hat als Kind in Ägypten das Los politischer Flüchtlinge geteilt. Die Samariterin hat er zur Besinnung und zur Umkehr geführt. Den Sohn des römischen Hauptmanns hat er geheilt. Von dem Afrikaner Simon von Cyrene hat er Hilfe beim Tragen des Kreuzes angenommen.

Darum bitten wir dich: Segne alle Bemühungen um Verständigung und Frieden. Schenke allen Menschen – Ausländern und Deutschen – Verständnis füreinander und die Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen, so wie dein Sohn sich auf unterschiedliche Menschen eingelassen hat. Darum bitten wir dich durch Christus, unseren Herrn. Amen.

Lesung und Evangelium

Lesung: Kol 3, 8-12.15.16
Evangelium: Mt 8, 5-11

Gestaltung des Kyrie und der Fürbitten

In der Kirche vor dem Altar liegt ein aus zwei flachen Brettern zusammengenageltes Kreuz. Beim Kyrie werden, begleitet durch jeweils einen deutenden Satz, fünf symbolische Gegenstände auf das Kreuz gelegt – genau an die Stellen der fünf Wunden Jesu – durch Unrecht gegenüber anderen Menschen wird Jesus auch heute noch verwundet: Bei den Fürbitten werden fünf farblich unterschiedlich blühende Blumentöpfe jeweils zu den Symbolen der Schuld gestellt als Symbole der Hoffnung.

Kyrie

Lektor

(beim Ablegen der Soldatenstiefel)

In unserer Welt werden Jesus auch heute noch Wunden zugefügt, indem Menschen Macht und Überlegenheit ausspielen und so den Brüdern und Schwestern Jesu Unrecht zufügen. Dafür bitten wir um Vergebung.

Lektor

(beim Ablegen des Stacheldrahtes)

In unserer Welt werden Jesus auch heute noch Wunden zugefügt, indem Menschen durch egoistisches Denken und Handeln ihrer Liebe zu ihrem Nächsten Grenzen setzen. Dafür bitten wir um Vergebung.

Lektor

(beim Ablegen der Handschellen)

In unserer Welt werden Jesus auch heute noch Wunden zugefügt, indem Menschen durch Vorurteile gegenüber anderen sich selbst Grenzen setzen und geistige Fesseln anlegen. Dafür bitten wir um Vergebung.

Lektor

(beim Ablegen der Scherben)

In unserer Welt werden Jesus auch heute noch Wunden zugefügt, wenn die Lebensräume von Menschen zerbrechen, weil sie unverschuldet in Not geraten oder wehrlos der Willkür der Mächtigen ausgeliefert sind. Dafür bitten wir um Vergebung.

Lektor

(beim Ablegen des Koffers)

In unserer Welt werden Jesus auch heute noch Wunden zugefügt, wenn Menschen unschuldig aus ihrer Heimat vertrieben werden und einer ungewissen Zukunft entgegen sehen müssen. Dafür bitten wir um Vergebung.

Fürbitten

Pfarrer: Herr Jesus Christus, du hast das Leben der Menschen geteilt und am Kreuz alles Leid der Welt auf dich genommen. Höre unsere Bitten:

Lektor

(beim Ablegen der Blume)

Schenke neue Hoffnung und Zuversicht allen Opfern ungerechter Gewalt. Schenke aber auch den Menschen, die anderen Gewalt zufügen, Einsicht in ihre Schuld und die Erfahrung des Geschenks der Vergebung. Christus, höre uns.

Lektor

(beim Ablegen der Blume)

Lass alle Menschen die frohe Botschaft tiefer erfassen, dass dein Vater im Himmel auch unser Vater ist und deshalb alle Menschen unsere Brüder und Schwestern sind. Christus, höre uns.

Postkarten zur Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche



Diese vier Motive aus dem Jahr 2001 sind weiterhin als Postkarten (vierfarbig) erhältlich. Bestelladresse: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main, Fax: 069/23 06 50. Unkostenbeitrag: 1 bis 49 Exemplare EUR 0,25, ab 50 Exemplaren EUR 0,20 jeweils zuzüglich Versandkosten.

Lektor

(beim Ablegen der Blume)

Hilf allen Menschen, dass sie ihr Leben, ihre Arbeit oder ihre Besuche in einem fremden Land als ihren persönlichen Beitrag zu einem engeren geistigen Zusammenwachsen aller Völker verstehen. Christus, höre uns.

Lektor

(beim Ablegen der Blume)

Schenke allen Menschen, die sich in ihrem Beruf oder in ihrer Freizeit für Menschen aus anderen Völkern einsetzen, Ausdauer und frohmachende Erfahrungen, damit sie nicht durch Undank und Unzufriedenheit entmutigt werden. Christus, höre uns.

Lektor

(beim Ablegen der Blume)

Stehe allen bei, die fern von ihrer alten Heimat leben müssen und lass sie auf Menschen treffen, die ihnen helfen, eine neue Heimat zu finden. Christus, höre uns.

Pfarrer: Weil Jesus der Bruder aller Menschen ist und alle Menschen Kinder des einen Vaters sind, dürfen wir nun miteinander beten.

Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen und die Katholische Kirche in Deutschland: Handlungsimpulse

Dr. Barbara Huber-Rudolf

Die Aufforderung des Konzils, die Katholiken mögen sich um gegenseitiges Verstehen bemühen und mit den Muslimen gemeinsam für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und des Friedens und der Freiheit eintreten, hat einen Dialog zwischen Christen und Muslimen bewirkt, der vielschichtig geführt wird.

Von 1. den Optionen der Vielschichtigkeit des Dialogs ausgehend, werde ich mein Referat in folgenden Schritten entwickeln:

2. Beobachtungen aus dem Mainzer Kindergartenprojekt,
3. Konsequenzen für die Praxis,
4. Handlungsimpulse.

Die Vielschichtigkeit des interreligiösen Dialogs

Die in der Geschichte erlebten Auseinandersetzungen sind nicht überwunden, sondern führten neben der Option zum Dialog zu einer Vielfalt von Begegnungsmöglichkeiten mit dem Islam und den Muslimen.

Die »Kreuzzüge« und die »Türken vor Wien«, die missionarischen Bemühungen des Franz von Assisi bei Sultan al-Malik und die Inquisition in Spanien, die die Morisken hervorgebracht hat, sind Eindrücke, die auf beiden Seiten bremsend auf die dialogische Begegnung wirken. Sie fließen in die Sorge um die Wahrung des eigenen Glaubens und der eigenen Kultur sowohl bei Christen als auch bei Muslimen ein. Dabei gerät der interreligiöse Dialog in den Verdacht des Synkretismus und des Verlustes religiöser Identität.

Der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog beschreibt die Begegnung der Katholiken mit Menschen anderer Religionszugehörigkeit als einen authentischen

Ausdruck christlicher Heilsgewissheit. Diese Haltung wird oft von nachrangigen Motiven überlagert. Die caritative Hinwendung zum benachteiligten Mitmenschen empfinden Muslime nicht selten als Paternalismus und Bevormundung. Auch die Instrumentalisierung des interreligiösen Dialogs für die innere und ebenso für die äußere Mission verfehlt das Anliegen der gemeinsamen und offensiven Suche nach Gottes Wirklichkeit in einem sich gegenseitig bekenneenden Dialog.

Ebenfalls Texte des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog unterscheiden drei Ebenen des Dialogs: »Eine erste Form wird heute als Dialog des Lebens bezeichnet. Diese Form des Dialogs kann jeder praktizieren, der mit Gläubigen einer anderen Religion zusammenlebt oder zu tun hat.« ... »Eine zweite Ebene ist der Dialog des Handelns, die praktische Zusammenarbeit. Christen und Muslime setzen sich gemeinsam für Fortschritt und Freiheit in all ihren Formen ein.« ... »Eine dritte Ebene ist der Dialog des theologischen Austausches, der Dialog über Fragen des Glaubens und der Lehre.«

Neben den Umgangsformen im Miteinander ist die Aufmerksamkeit auf die Koordinaten zu lenken, in die die Vielschichtigkeit des christlich-islamischen Dialogs eingespannt ist. Es handelt sich im allgemeinen um die Koordinaten Nation, Ökonomie, Ethik und Politik und darin insbesondere die staatskirchenrechtliche Position.

Es ist nicht zu übersehen, dass die öffentliche Meinung Muslime und ihre Fragestellungen in die Ausländerproblematik einordnet und dass ausländerfeindliche Aktivitäten auch Muslime, selbst wenn sie deutscher Herkunft und Nationalität sind, treffen. Christen dürfen Rassismus, der im Gegensatz zur

Würde aller Menschen steht, nicht dulden. Noch mehr aber müssen sie sich einmischen, wenn die Religionszugehörigkeit zum Islam innerhalb der Ausländerproblematik thematisiert wird. Viele Muslime sind in der Tat zugewandert, juristisch vielleicht Ausländer, aber keine Fremden mehr. Christen und der interreligiöse Dialog schulden ihnen Raum und Verständnis. Umgekehrt werden sich Muslime »mit unserem Land und unserem Staat in dem Maße identifizieren können, wie sie erfahren, dass ihnen unsere Verfassung und rechtsstaatliche Ordnung die Gewähr dafür bietet, ihrem Glauben gemäß leben zu können« (Gerechter Friede).

Der zurückliegende Lernprozess im interreligiösen Dialog mit Muslimen stellt Bedingungen, zu denen ich Authentizität auf beiden Seiten zähle. Sie beinhaltet die schon lange genannte Aufforderung, nicht das Ideal der einen Religion mit der Realität der anderen zu vergleichen. Sie beinhaltet aber vor allem, dass sich Muslime und Christen im Dialog nicht verstellen, nichts weglegen und nichts vorspielen. Erklärungen müssen richtig und Loyalitäten echt sein. Deshalb können nur Gläubige mit Kompetenz in der eigenen Religion den Dialog in Wertschätzung für andere führen.

Beobachtungen: Das Mainzer Kindergartenprojekt

Unter den genannten Vorbedingungen, dass die interreligiöse Begegnung authentischer Ausdruck von Katholizität sei, die Begegnung mit Muslimen Gottes universalen Heilswillens bekenne und dialogisches Handeln verkündigenden Charakter habe, entstand in der Diözese Mainz ein Projekt zur Förderung der Dialogbereitschaft in den katholischen Gemeinden, wo sich die eben genannten Ebenen

des Dialogs, Alltag, Zusammenarbeit und Austausch in Glaubensfragen überschneiden. Epizentrum der Dialogbewegung sollte der katholische Kindergarten als Ort der Begegnung von Angehörigen verschiedener christlicher Denominationen und anderer Religionen und als Ort der Erstverkündigung sein.

Warum dort? Wo liegt das Problem im Kindergarten?

Viele konfessionelle Kindergärten liegen im Einzugsbereich muslimischer Familien oder werden gerade wegen ihrer religiösen Orientierung von Muslimen ausdrücklich gesucht. So sind 40 Prozent Ausländeranteil und davon wieder 80 oder 90 Prozent Muslime zwar nicht die Regel, aber auch keineswegs die Ausnahme. Die Diskussion, ob muslimische Kinder in den katholischen Kindergarten aufgenommen werden können, wurde grundsätzlich vor knapp zwei Jahrzehnten mit dem positiven Ergebnis angesichts des umfassenden caritativen Auftrags beendet. Mittlerweile macht die Praxis der staatlichen Zuschüsse die Aufnahme von Muslimen aus finanziellen Gründen vielerorts notwendig. Die Träger reagieren unterschiedlich auf die Präsenz der muslimischen Kinder und Eltern. Manche vollziehen die traditionelle katholische Erziehung bewusst ohne Berücksichtigung der Andersgläubigen. Andere wollen die Präsenz unter den Kindern auch im Team der Erzieherinnen spiegeln und lassen über die Zusatzkräfte für die Ausländerbetreuung oder über Praktikumsverträge durch muslimische Angestellte eine Verstärkung des Personals zu. Natürlich wird die Zulassung muslimischer Erzieherinnen diskutiert. Sie, sehr geehrte Herren Bischöfe, werden einer Entscheidung darüber nicht mehr lange ausweichen können.

Schließlich gehen manche Träger und Leiterinnen einen dritten Weg, indem sie sich und die Erzieherinnen in ihrer religionspädagogischen Ausbildung für die Arbeit mit multireligiösen Gruppen qualifizieren. Das heißt: Schöpfen aus dem Vorrat der monotheistischen Traditionen mit Hinweis auf diesen Bestand und Feingefühl für die gegenseitigen Empfindlichkeiten unter Wahrung der Identität von Katholizität im griechischen Wortsinn. Dieser Idee folgte das Kindergartenprojekt.

Die ersten Kontakte der späteren Projektleitung, Bischöfliches Ordinariat, Caritasverband und CIBEDO zu den Erzieherinnen, kamen auf dem Katholikentag 1998 zustande. Ein Themenka-



Moschee in Bad Kreuznach

Foto: Günther Bauer

talog der Erzieherinnen wurde schließlich in fünf Weiterbildungstagen systematisiert. Das Weiterbildungsangebot richtete sich an die Erzieherinnen von Einrichtungen mit auffällig hohem Ausländer- und daher vermuteten Anteil von Muslimen. Knapp hundert Teilnehmerinnen aus 34 Einrichtungen in den fünf Bezirken des Caritasverbandes der Diözese nahmen teil. Bei den Fortbildungsveranstaltungen erwies es sich als sinnvoll, in folgenden Phasen vorzugehen:

- Sensibilisierung für die Aufgabe des Dialogs und Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten;
- Informationen über den Islam mit christlicher Reflexion;
- Selbstvergewisserung der Katholikinnen im Spiegel des Islam;
- Planung gemeinsamer Aktivitäten von Katholiken und Muslimen;
- Stärkung der Persönlichkeit der katholischen Erzieherin als »Mitarbeiterin in der Pastoral«.

Nach Abschluss der Fortbildung wagten einige Kindergärten Aktivitäten interreligiöser Begegnung mit Muslimen:

- Ein Kindergarten, der personelle Überschneidungen mit dem Kindergottesdienstkreis aufwies, gestaltete eine multireligiöse »Andacht« zum Thema »Arche Noah«, eine Bibel und Koran gemeinsame Überlieferung mit je spezifischer Akzentsetzung. Pfarrer und Imam der beiden Gemeinden unterstützten die Frauen. Diese Gebetsstunde stieß auf Empörung bei freikirchlichen Gruppen. Darauf entschloss sich das Bildungswerk der Gemeinde, das Pro-

und Contra des interreligiösen Dialogs zum Thema einer Veranstaltungsreihe zu machen.

- Eine Leiterin hatte die muslimischen Frauen beobachtet, die sich freitags im Garten der Einrichtung trafen. Daraus entstand die Idee eines Freitagscafés – während der Gebetszeit der Männer –, aus dem sich ein Gesprächskreis religionsverschiedener Paare herauschälte.
- Schon die Ankündigung eines anderen Teams, mit den Kindern die Moschee in der Nachbarschaft besuchen zu wollen, löste unter den Eltern – unter denen sich auch zugewanderte Chaldäer fanden – so viel Verwirrung aus, dass schließlich ein Jahresthema »Heilige Räume« mit Besuch der evangelischen und natürlich auch der katholischen Kirche ausgearbeitet wurde.

Die Beispiele zeigen als wichtigste Konsequenz für die weitere Entwicklung des Projektes, dass die Erzieherinnen ohne Unterstützung durch das Pastoralteam mit der Aufgabe des interreligiösen Dialogs überfordert sind. Weil auch die Mitglieder der Dekanatskonferenzen, die Gemeindeferenten, die Religionslehrer und Ehrenamtliche in den Verbänden subsidiär wirken können, wurde das Projekt auf deren Gremien und Ausbildungsstätten ausgeweitet. Schließlich, um die Genese des Projektes abzuschließen, werden die Erfahrungen in den neuen Studiengang der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen »Islam und christlich-muslimische Begegnung«, der im kommenden Wintersemester beginnt, einfließen.

Konsequenzen für die Praxis

Die Beispiele beweisen: Die Ängste vor Islam und Muslimen sind in unseren Gemeinden größer als der Mut zur Begegnung. Die Eskalationen bei geplanten Moscheebauten machen deutlich, dass mit dem Stichwort Islam auch Drogenkriminalität, politischer Extremismus, Überfremdung und Phonstärken verbunden sind. Die kommunalpolitischen Kontroversen verlaufen in ganz verschiedenen politischen Koalitionen. Während der Moscheebaukonflikte müssen unterschiedliche Interessen ausgehandelt werden. Unsere Gemeinden gehören zu den Akteuren der demokratischen Prozesse. Sie sollten kompetent und informiert für die positive und die negative Religionsfreiheit – sowohl der Muslime als auch ihrer eigenen Gemeinschaft – eintreten können und dabei mitwirken, die Komponenten des Konflikts zu erkennen und auseinander zu halten.

Muslime tun das ihre und bereiten sich längst darauf vor, ihre Moscheen zu öffnen und Besucher zu empfangen, um diese Ängste abzubauen. Da mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass auch Muslime Berührungssängste gegenüber Katholiken empfinden, sollten gegenseitige Besuche unserer Gemeinden von der Ernsthaftigkeit des Anliegens Zeugnis geben. Anlässe für Besuche sollten benannt werden und Kirchenführungen für Muslime, wie in Freiburg, Frankfurt und Mainz, angeboten werden. Dazu brauchen wir eine Literaturgattung von Kirchenführern, die Glaubenswissen unter dem Perspektivenwechsel des muslimischen Besuchers vermittelt und Besucher und Begleiter gleichermaßen einlädt, die Architektur der Religion zu meditieren.

Gegenargumente des Islams gegen den Wahrheitsanspruch des katholischen Christentums können von vielen Diskussionspartnern in unseren Gemeinden nicht pariert werden, auch das zeigt die Praxis. Es verharren viele so genannte Dialoggruppen in der informierenden Phase, um dem Konflikt auszuweichen. Es fällt ihnen schwer zu antworten, wenn Muslime auf die Verfälschung des Evangeliums des Propheten Jesu hinweisen und als Beweis die vier Evangelien des Neuen Testaments anführen. Sie können die Notwendigkeit der Taufe eines »unschuldigen« Neugeborenen und die Erbschuld nicht erklären. Sie halten der Eindeutigkeit des zwei Sätze umfassenden islamischen Glaubensbekenntnisses komplizierte Dogmen entgegen und geraten in Ge-



Grußbotschaft des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, zum Fest des Fastenbrechens 2001

Sehr geehrte muslimische Schwestern und Brüder!

Auch Monate nach dem 11. September stehen wir noch unter dem Schock der terroristischen Anschläge von New York und Washington. In neuer Weise spüren viele die Zerbrechlichkeit unserer Gesellschaften. Nicht wenige haben Sorge, dass das Zusammenleben von Menschen christlichen und muslimischen Glaubens durch Angst, Verdächtigungen und Vorurteile belastet werden könnte.

Unter diesem Eindruck hat Papst Johannes Paul II. nach 15 Jahren erneut zu einem Friedensgebet der Religionen nach Assisi eingeladen. Insbesondere Christen und Muslime fordert er auf, gemeinsam vor der Welt zu bekennen, dass Religion nie zu einem Motiv des Konflikts, des Hasses und der Gewalt werden darf. »Wer wirklich in sich das Wort des guten und barmherzigen Gottes aufnimmt«, so mahnt der Papst in seiner Botschaft an die Religionen, »muss unbedingt aus seinem Herzen jede Form von Hass und Feindschaft ausschließen.«

Wer könnte der Welt diesen für ihr Überleben notwendigen Dienst am Frieden erweisen, wenn es nicht Christen und Muslime tun, die an den einen, guten und barmherzigen Gott glauben? Dies gilt auch für uns hier in Deutschland, wo Christen und Muslime gelernt haben, sich mehr und mehr in gegenseitigem Respekt zu begegnen. Wir haben gute Voraussetzungen, den notwendigen Dienst am Frieden in Gerechtigkeit zu leisten. Indem wir diesen Dienst leisten, begegnen wir wirksam der Gefahr, dass Misstrauen und Furcht um sich greifen. So dienen wir auch der Gesellschaft, in der wir in Verantwortung vor unserem Schöpfer und Richter gemeinsam leben.

Diesem Anliegen besonders günstig ist, dass der Fastenmonat Ramadan und der Advent, in dem wir Christen die Ankunft unseres Herrn Jesus Christus erwarten, sich in diesem Jahr erneut zeitlich zum Teil überschneiden. Mehr denn je sollten wir – Christen wie Muslime – die Vorbereitungen auf unsere religiösen Feste dem Gebet für den Frieden und der Begegnung widmen.

In diesem Geiste wünsche ich zum Fest des Fastenbrechens Ihnen und Ihren Familien Gottes reichen Segen

Ihr Karl Kardinal Lehmann

wissenskonflikte ob des anspruchsvollen Doppelgebotes der Liebe angesichts des verbindlichen Pflichtenkanons des Islam. Mit dieser präventiven Selbstbeschränkung nehmen sich die Gläubigen die Chance, über die Samen der Weisheit und des Geistes in der Ansicht des Dialogpartners zu einer vertieften Erkenntnis des einen Gottes und des eigenen Glaubens zu gelangen. Für die katholischen Partner im Dialog und für interessierte Muslime sollte eine apologetische Darstellung des Christentums, theologisch fundiert, islamwissenschaftlich richtig und in zeitgemäßer Form dargeboten, bereitgehalten werden.

Im Kindergartenprojekt war deutlich geworden, dass es Beratungs- und Gesprächsbedarf für und unter religionsverschiedenen Ehepaaren gibt. Warum da? Wo sind die Probleme? Der Ratsschlag, der den deutschen Frauen in der Anfangsphase der Migration in eine Freundschaft mit einem ausländischen Muslim mitgegeben wurde, sie sollten sich das Heimatland und die Herkunftsfamilie ansehen und überlegen, ob sie mit dem künftigen Ehemann »zurück« gehen wollten, ist überholt. Muslime sind heute in Deutschland etabliert. Die Konstellation der Ehe einer

Muslimin mit einem katholischen Partner nimmt zu. Im Blick auf diese Verbindungen besteht Gesprächsbedarf auf offizieller Ebene, da von den katholischen Männern der Übertritt zum Islam, wenn nicht von der Familie dann vom Vertragsprotokoll und dem die Ehe segnenden Imam, gefordert wird.

Beratungsbedarf besteht aber auch heute noch, weil den Katholiken oft nicht klar ist, was es bedeutet, wenn die Kirche das Hindernis der Religionsverschiedenheit benennen muss. Viele betroffene Katholiken bewegen einfache Fragen: Weshalb ist meine Ehe kein Sakrament und was heißt das für uns? Was passiert nach dem Tod mit meinem Kind, wenn ich es nicht taufen lassen kann?

Durch Jugendarbeit und Familienkreise müsste eine breite interreligiöse Allgemeinbildung erworben werden, die aufklärt und vorbereitet. Beratung und Ehevorbereitung, auch offizielle Stellungnahmen, müssen den Fragen und Anliegen der religionsverschiedenen Ehepaare Rechnung tragen.

Ebenfalls deutlich wurde im Kindergartenprojekt die Gewichtung, die unsere Gemeinden den multireligiösen Gebetsveranstaltungen beimessen. Das

Grußwort des Vorsitzenden des Rates der EKD, Präses Manfred Kock, zum Ende des Fastenmonats Ramadan

Sehr geehrte Muslime und Musliminnen in Deutschland!

Ich möchte Ihnen im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland zum bevorstehenden Fest des Fastenbrechens, mit dem der Fastenmonat Ramadan einen feierlichen Abschluss finden wird, meine herzlichen Grüße und Glückwünsche übersenden.

Der Fastenmonat ist für Sie ein Monat der Geduld, der Versöhnung, der Vergebung und der Befreiung. Das Fasten dient der Ehre Gottes und lässt den Einzelnen in besonderer Weise die Gemeinschaft aller Gläubigen erleben. Das Fest zum Abschluss Ihres heiligen Monats ist ein Fest der Freude, der Gemeinschaft und der Zuwendung zu anderen.

Unsere guten Wünschen zu diesen Festtagen möchte ich mit einem sehr herzlichen Dank für die Einladungen verbinden, die viele von Ihnen in diesen Wochen auch an christliche Partner und Freunde ausgesprochen haben.

In diesem Jahr fällt ein Teil Ihres Fastenmonats in die Adventszeit. In diesen Wochen bereiten sich Christen auf das Weihnachtsfest vor, das an die Geburt Jesu erinnert. Weihnachten ist für uns Christen in ganz besonderer Weise mit der Botschaft des Friedens verbunden. Der biblischen Weihnachtsgeschichte zufolge sang der Chor der Engel in der Heiligen Nacht: »Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.« Wahrer Friede ist – so lehrt uns die Bibel – nur möglich, wenn er in Gerechtigkeit wurzelt.

Diese Botschaft hören wir gegenwärtig mit besonderer Aufmerksamkeit. Die furchtbaren Anschläge in den zurückliegenden Monaten, die zahllosen Menschen das Leben gekostet haben, haben Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen verschärft, Ressentiments verstärkt und viele Menschen mit großer Angst erfüllt.

Gewalt und Terror sind von maßgeblichen muslimischen Stellen wie auch den Kirchen verurteilt worden. Auch der Koran erinnert daran, dass wir uns nicht vom Hass anderer verleiten lassen dürfen, Unrecht zu tun und vom Pfad der Gerechtigkeit abzuweichen. Gewalt lässt sich aber nur überwinden, wenn allen Menschen grundlegende Rechte und Lebensmöglichkeiten zugestanden werden und sie ihr Leben in Frieden und Sicherheit gestalten können.

Die Bitte um den Frieden Gottes verbindet muslimische und christliche Frömmigkeit. In dieser spannungsvollen Zeit ist es besonders wichtig, dass wir den Kontakt miteinander suchen und uns wechselseitig einladen, wo sich Gelegenheiten bieten, dass wir im Gespräch bleiben, Gemeinsamkeiten festhalten oder neu entdecken und bewährte Zusammenarbeit weiter pflegen. Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsame Schritte tun, um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religion und Herkunft gerecht und friedvoll zu gestalten – hier in Deutschland und überall auf dieser Erde.

Mit den besten Grüßen und Wünschen

Ihr Manfred Kock

15. Dezember 2001

Gebet wird als ein die Gläubigen verbindendes Element im Lob des Einen Gottes erfahren. Es wird als gemeinsames Bittgebet für Frieden und eine gerechte Welt vor Gott getragen. Die gemeinsame Aktion verbreitet die Hoffnung, die Zukunft gemeinsam im Angesicht des Schöpfers gestalten zu können. Als Vorbild nehmen sich die Veranstaltungen das Friedensgebet des Papstes in Assisi.

Dabei verkennen die meisten Veranstalter die Struktur und das Genus des Assisi-Ereignisses. Dort haben die Angehörigen der verschiedenen religiösen Traditionen in ihrer je eigenen Form mit ihren je eigenen Texten an verschiedenen Orten gebetet und sind ausschließlich zur Schlusszeremonie zusammen vor Gott getreten. Diese Mühe der Differenzierung und des Respekts vor der

eigenen und der fremden Gebetstradition sollten sich auch unsere Gemeinden unterziehen – unter der Voraussetzung, dass sie es überhaupt schon eingeübt haben, dem Einen Gott ihr Anliegen gemeinsam vorzulegen. Die Nachahmung der großen Geste des Papstes in einer Pfarr- und Moscheegemeinde ist m. A. n. eine unangemessene Demokratisierung liturgischer Vollzüge. Bewegungen mit besonderer geistlicher Begabung sollten in ihrer Entwicklung zu einer neuen Gebetsprache nicht gehemmt werden, für die Basisarbeit und angesichts der Beliebtheit von interreligiösen Gebeten bei Großveranstaltungen allerdings sind Hinweise zur Praxis des interreligiösen Gebetes unerlässlich.

Die eben erwähnten Beispiele des Kindergartenprojektes, die die ökumeni-

schen Aspekte des interreligiösen Dialogs berührten, verweisen auf die Notwendigkeit, das Anliegen des Dialogs unter den christlichen Denominationen zu klären. Freikirchen und arabische Christen – um nur zwei Gruppen zu nennen – bringen andere Vorgaben und andere Erfahrungen in das Dialoggeschehen ein und haben das Recht gehört zu werden. Sie verweisen auf die weltkirchliche Perspektive des interreligiösen Dialogs, auf die häufig eingeforderte Gegenseitigkeit, was die Rechte der Muslime in Deutschland und jener der Christen in so genannten islamischen Ländern anbelangt und stellen eindringlich die Komplexität der Thematik vor Augen.

Die Genese des Mainzer Kindergartenprojektes zeigt die Bedeutung der Vernetzung von Entscheidungsträgern (BO), Repräsentanten der Infrastruktur (Caritasverband) und einer Fachstelle wie CIBEDO. Auf der Ebene des katholischen Deutschlands in Form der Bischofskonferenz ist an eine etablierte Struktur des Austausches und der Weiterbildung der zuständigen Referenten in den Diözesen zu denken. Aus synergetischen Überlegungen heraus bietet sich an, das Studienprogramm in St. Georgen, an dem auch die Fachstelle der Bischofskonferenz für die Begegnung mit Muslimen, CIBEDO, beteiligt ist, auf die Weiterbildung auszuweiten. Ich bitte Sie um die Erteilung des Auftrags.

Handlungsimpulse

Abschließend nenne ich Handlungsimpulse für die verschiedensten Arbeitsbereiche der Kirche(n). Bislang wurde die christlich reflektierte Islamwissenschaft vernachlässigt, in der Theologie und ihren praktischen Disziplinen sind die Begriffe Ökumene und Dialog, Mission und Dialog, Wahrheitsansprüche und Wertschätzung des Anderen nicht ausdiskutiert und ihr Verhältnis zueinander nicht geklärt. Die kritische Auseinandersetzung mit den Gegenentwürfen zum interreligiösen Dialog geschieht nur vereinzelt. In Fortführung der großen Geste des Papstes für den Willen der Kirche zur Begegnung mit Muslimen brauchen wir konkrete, in den Pfarreien nachvollziehbare Dialogmodelle.

Dr. Barbara Huber-Rudolf ist Leiterin der Christlich-islamische-Begegnungsdokumentationsstelle e.V. (CIBEDO), Balduinstr. 62, 60599 Frankfurt
Tel.: 069/72 64 91, Fax 069/72 30 52
Im Internet: www.cibedo.de

Referat, gehalten im Rahmen des Studientages Islam während der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe im September 2001

F(f)este feiern in der Gemeinde

Alexander Rudolf

F(f)este miteinander zu feiern ist eine gute Gelegenheit, einander in einem ungezwungenen Rahmen kennen zu lernen. Viele Organisatoren des interreligiösen Dialogs verbinden damit die Hoffnung, es könne sich »mehr« daraus entwickeln. Obwohl seit vielen Jahren christlich-islamische Gesellschaften, Gesprächs- und Arbeitskreise und wie sie sich nennen, die vielen regionalen und überregionalen Gruppierungen, einen Dialog zwischen Christen und Muslimen, einen mehr oder weniger intensiven Austausch zwischen Angehörigen der beiden Religionsgemeinschaften führen, erfüllt sich die Hoffnung nur mäßig. Denn auch heute noch, nahezu 40 Jahre nach dem II. Vatikanischen Konzil, das in seinen Texten von Hochachtung und Wertschätzung gegenüber den Muslimen spricht, nachdem sich die Kirchen in Deutschland fast 30 Jahre um einen Dialog mit den Muslimen bemühen, stehen die Gemeinden und vor allem ihre haupt- und nebenamtlichen Leiterinnen und Leiter sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter recht hilflos da, wenn es darum geht, diesen Austausch in den Glaubens- und Lebensvollzug der religiösen Gemeinden präsent zu machen und zu halten.

Es wäre übertrieben zu behaupten, dass sich jede Gemeinde mit diesen Fragen auseinander setzen muss. Wenn keine oder nur wenig Muslime im Einzugsbereich der christlichen Gemeinde leben, wird man wohl über eine theoretische Thematisierung im Rahmen der Erwachsenenbildung nicht hinauskommen. Auch ist die Begegnung von Vertretern unterschiedlicher Religionen stark von persönlichen Qualifikationen abhängig. Die von viel gutem Willen getragenen Bemühungen einzelner Dialogpartner finden nicht immer einen kompetenten Moderator, der als Mitglied der Gemeinde mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut ist und die Aktivitäten koordiniert.

Der Dialog – hat er ein Ziel?

Wenn der Dialog aus dem geschützten Rahmen der meist festgefügteten Dialoggruppen heraus quasi in die Öffentlichkeit der Gemeinden tritt, müssen sich sowohl die Gruppe selbst als auch die Gemein-

den über die Ziele des Austausches zwischen Christen und Muslimen klar werden, dialoggefährdende Motive benennen und, wenn möglich, ausschließen. Die eigenen religiösen Gefühle mögen hier als Maßstab dienen. Wer will schon seine Frömmigkeit, seinen religiösen Deutungshorizont als Dekoration für Wahlkampfveranstaltungen politischer Parteien, gleich welcher Couleur, in den Medien wiederentdecken. Die Instrumentalisierung für politische Zwecke ist je nach Gesprächspartnern, muslimischer, christlicher, türkischer und deutscher Seite nicht auszuschließen. Auch theologische Disputationen finden besser an anderer Stelle statt als zwischen den Angehörigen der Gemeinden. Sie drehen sich um sich selbst und führen daher schnell in die Enttäuschung und den Abbruch der Bemühungen. Die einfacher zu erreichenden Ziele sind die caritative Hinwendung, die zur Selbsthilfe wachsen will, um nicht als Paternalisierung verstanden zu werden. Auch die Verbesserung des Zusammenlebens auf der Basis der Glaubenden entspricht einem Ziel des interreligiösen Dialogs, das sogar auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt.

Feste als Gelegenheiten der religiösen Begegnung

In den Gemeinden ergeben sich in der heutigen Situation, die durch Migration und religiöse Suchbewegungen vielfältigen Veränderungen unterworfen ist, genügend Anlässe Feste interreligiös zu begehen. Familien- bzw. persönliche Feste wie Eheschließungen, Initiationsriten und schließlich Bestattungen dürften dabei eine größere Rolle spielen als die allgemeinen Feste der Religionsgemeinschaften. Die Gestaltung des gesellschaftlichen Rahmens ist eine Frage der interkulturellen Arrangements, auf die sich die beteiligten Familien einigen können. Die religiöse Zeremonie erfolgt aber in den meisten Fällen nach den Regeln einer der beiden Religionsgemeinschaften, die in der Familie vertreten sind. Allerdings ist eine Beteiligung der Gäste nicht verwehrt, sondern eine Frage der Absprache. Denn kein Partner der Zeremonie sollte verpflichtet oder vereinnahmt werden. Der muslimische Vater, der in der Erstkommunionfeier seines Kindes die Lesung vortragen darf, steht mit der Formel vom »Wort

des lebendigen Gottes« vor einem Wissenskonflikt! Ohne Aufklärung werden sich christliche Gäste einer islamischen Trauung an der Morgengabe stoßen. Gebete im Namen des dreieinigen Gottes nehmen Muslime nicht einmal als Fürbitte auf, sondern empfinden sie als blasphemische Zumutung. Feiern, das wird gerade im kleinen Kreis der Familie, wo die Personen sensibler mit den gegenseitigen Gefühlen umgehen, deutlich, kann man über die Grenzen der Religionsgemeinschaften nur in Ausnahmefällen miteinander. Im guten Fall ist die Gastfreundschaft geboten und der Schutz der religiösen Tabus zu gewährleisten.

Der genannten Empfehlung ist bei persönlichen Festgelegenheiten leichter zu folgen als bei allgemeinen. Die im Mittelpunkt stehende Person und ihr Glaube, auch die Formen ihrer Glaubensgemeinschaft bilden den Maßstab. Auf diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum das Ritual zur Feier der Eheschließung von 1992 innerhalb der Feier mit einem nicht getauften Gottgläubigen, darum handelt es sich unter anderem bei Muslimen, keinen Platz für Riten und Worte eines Vertreters der zweiten Religionsgemeinschaft vorsieht. Es sollen den anderen Religionsgemeinschaften keine Vorschriften auferlegt werden und ausschließlich die persönlichen Möglichkeiten und Grenzen der künftigen Ehepartner und ihrer Familien in die Gestaltung der Zeremonie einfließen können.

Erst denken, dann feiern

Allgemeine Feste der Religionsgemeinschaften mit andersgläubigen Gästen zu feiern, erfordert viel Feingefühl, eine gute Vorbereitung und sicher auch gewachsene Beziehungen. Die christlichen Feste unterstützen mit ihrer inhärenten Christologie eher noch die Vorurteile der muslimischen Gäste gegenüber dem vermeintlichen Dreigötterglauben der Christen, als dass sie zur Mitfeier einladen. Advent und Weihnachten scheinen inspirierend für gemeinsame Feiern anlässlich der Geburt Jesu, der schließlich im Islam als Prophet große Verehrung genießt. Christen feiern natürlich nicht die Geburt eines Propheten, sie feiern die Menschwerdung Gottes. Aus Respekt



Kindertagesstätte Bruckhausen: Miteinander feiern

Foto: Rolf Köppen

vor den Gästen und für den Wert der Gemeinsamkeit verzichten sie auf das Wesentliche. Diese Art Selbstverleugnung verlangen Muslime nicht, sie interpretieren sie als Glaubensschwäche. Ausführliche Textarbeit im Koran beweist, dass Muslime den Jesus, den Sohn der Maria, als Muslim schätzen. Deshalb taugt die Lesung des islamischen »Wortes Gottes« nicht für die katholische Liturgie. Aber sie kann für eine intellektuelle Vorbereitung und Erarbeitung der Eigenheiten von Islam und Christentum nützen.

Umwidmungen und Umdeutungen

Auch islamische Feste, wie das Fest des Fastenbrechens und das Opferfest, eignen sich nicht für eine gemeinsam verantwortete Feier. Christen fasten nicht mit Muslimen und nicht mit deren Intentionen, wie sollten sie den Sinn des Fastenbrechens mitvollziehen können? Sie können auch als Gemeinde ihre Aufmerksamkeit für die Muslime durchaus auf anderem Wege, durch den Schutz der religiösen Feiertage, durch Geschenke oder Grüße unter Beweis stellen. Eine gute Gelegenheit, die Wertschätzung für die Feste der muslimischen Nachbarn zu zeigen, ist das auf der Basis eines gesellschaftlichen Ereignisses veranstaltete Iftar, das Fastenbrechenessen. Es ist meist, abgesehen von einem Tischgebet und einer offiziellen Rede oder Grußworten, nur dazu da, die Teilnehmer miteinander ins Gespräch zu bringen. Natürlich wissen fromme Muslime, welche paradisiische Belohnung sie für die Speisung Bedürftiger erwartet.

Da das Opferfest an Abraham erinnert, dem Gott das Opfer befahl und das Opferlamm zeigte, das für die Christen nach Ostern weist, fällt es für eine gemeinsame Feier aus. Allerdings wird mit diesen Beispielen deutlich, wie nahe die religiösen Traditionen einander stehen und wie groß der gemeinsame Schatz des religiösen Erbes. Daraus können durch Umwidmungen und Umdeutungen neue Inhalte für Feste gefunden werden, die die Anliegen der beiden Religionsgemeinschaften fördern. Abraham zum Beispiel gibt das Vorbild der Gastfreundschaft bei den Eichen von Mamre, dazu berichtet Lukas, wie die beiden Frauen Maria und Martha Jesus freundlich aufnahmen. Warum nicht am 16. Sonntag im Lesejahr C (das ist der liturgische Ort der beiden Perikopen) einen Tag der Gastfreundschaft gegenüber Muslimen und mit Muslimen feiern? Warum nicht am Ostermontag einen Tag der Weggemeinschaft mit Muslimen begehen? Sie in den Emmausgang miteinbeziehen und mit ihnen »sprechen über all das, was sich ereignet hat«!

Friede und Bewahrung der Schöpfung

Seit der Gebetstreffen des Papstes in Assisi sind die Gebete vieler Religionsgemeinschaften um Erhalt des Weltfriedens populär geworden. Sie finden meist als interreligiöse Gebetsveranstaltungen statt. Das bedeutet, dass die Vertreter der Religionen versuchen, gemeinsam Verantwortung für den Ablauf zu tragen, einen weitgehend neutralen Ort zu finden oder wenigstens prozessionsartig mehrere Gebetsorte aufzusuchen, auch in der liturgischen

Gestaltung Formen gemeinsamer Gebetstradition zu wählen und allgemein akzeptierte Texte zu lesen. Auf diese Weise geraten die Veranstaltungen gerne zu Demonstrationen des Entgegenkommens und verlieren an Aussagekraft. Dagegen ist ihr Symbolcharakter gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie sind Zeichen des Zusammenwirkens gläubiger Menschen, die sich bewusst vor Gott in der Bitte um seine Unterstützung stellen. Sie zeigen, dass sich die Gläubigen gegenseitig im Gebet die Treue halten, die sie von Gott erhoffen. Für diese Feiern der großen Geste sollten so wenig Worte wie möglich notwendig sein. Sie leben von der gegenseitigen Akzeptanz des Andersseins und der Sicherheit des Glaubens an Gott. Sie werden verständlich in den gemeinsamen Haltungen des Stehens vor Gott, im bittenden Knien und im Schweigen der Hörenden.

Andere Anlässe tragen gesellschaftliche Konventionen in die Religionsgemeinschaften hinein, zum Beispiel die Sorge um die Bewahrung der Schöpfung im Erntedankfest oder die Bewältigung der Multikulturalität anlässlich des Aschure-Festes, das ist die Landung der Arche Noah, werden durch die Beteiligung der Religionsgemeinschaften an den Festen von Kindergarten und Schule thematisiert.

Orte, an denen sich Muslime und Christen treffen, ohne einander zugeführt werden zu müssen, sind die vornehmsten Orte für interreligiöse Feste. Kindergarten und Schule wurden schon genannt. Stadtteil- oder Straßenfeste haben traditionell Elemente religiöser Beteiligung, zum Beispiel die Kirchweihfeste, die in Gegenden mit heute katholischer Minderheit ein rein weltliches »Kerb-« Vergnügen darstellen. Diese religiösen Bezüge könnten jetzt multi-religiös reaktiviert werden. Bei allen Bemühungen ist die Regel, die das II. Vatikanische Konzil mit dem Wort von der Wertschätzung stenografierte, zu beachten. Es gilt dabei, niemanden zu etwas zu zwingen und niemanden zum Bittsteller zu degradieren.

Alexander Rudolf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Christlich-islamische-Begegnungsdokumentationsstelle e.V. (CIBEDO), Balduinstr. 62, 60599 Frankfurt
Tel.: 069/72 64 91, Fax 069/72 30 52

aus: Praxis in der Gemeinde 23(2001)4

Eine Moschee in unserer Stadt

Ein Erfahrungsbericht aus Gladbeck

Längst ist sie zur Normalität geworden: Die große Kuppel der Moschee im Gladbecker Stadtteil Butendorf, in dem viele muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnen. Auch ihr 25-m-Minarett, von dem kein Muezzin die Gläubigen zum Gebet einlädt, löst keine Angst mehr aus. Die Moschee gehört heute zum Alltag der Stadt an der Grenze von Ruhrgebiet und Münsterland mit ihren rund 80.000 Einwohnern.

Doch in Gladbeck ist nicht nur eine Moschee entstanden, sondern ein ganzes türkisch-islamisches Kulturzentrum. Man trifft sich in den Räumen zum Tee trinken, zum Fernsehen, zum Reden und Lesen (Bibliothek). Jugendliche spielen in den Jugendräumen Billard oder surfen im Internet, Kinder und Erwachsene erhalten hier Koranunterricht vom Imam. Der Frauenbeirat organisiert Sprachkurse und Nähkurse und andere Fortbildungen für die Frauen der Gemeinde und Begegnungen mit Nichtmuslimen.

Am Anfang der Normalität stand ein etwa achtjähriger, oft mühsamer Weg zur Anerkennung der Muslime als Muslime in der Stadt. 1997 erfolgte die Grundsteinlegung unter großer Beteiligung der städtischen und kirchlichen Öffentlichkeit. Kritische Reaktionen von Christen und anderen Bürgerinnen und Bürgern blieben in diesem Prozess

nicht aus. 1998 erfolgte die Einweihung – ohne Protest und Zwischenfall; statt dessen gelang ein großes Fest.

Heute ist ein Besuch im Kulturzentrum für christliche Geistliche und Gemeindeglieder ebenso selbstverständlich geworden wie für Schulklassen, Kindergärten, Polizeifortbildungen, Volkshochschulkurse, Parteien u.v.m. Genauso wie der Imam und der Vorsitzende des Vereins und insbesondere die Frauen des Beirates ohne Berührungsängste Kontakte zur Stadt und zu Kirchen, Parteien und Vereinen pflegen. Von alleine ist es jedoch nicht so geworden...

Vielleicht ist in Gladbeck auch manches ein Glücksfall:

- der Bürgermeister erkannte früh, wie wichtig die Anerkennung der Muslime für eine erfolgreiche Integration in die Stadt ist;
- es waren und sind christliche Vermittler vorhanden und Ansprechpartner auf Seiten der muslimischen Gemeinde;
- alle treffen sich immer wieder: bei offiziellen Empfängen, auf der Straße, beim Einkaufen und insbesondere bei der jährlich stattfindenden großen Einladung zum Iftar-Essen in der Moschee.



Fest zur Eröffnung der neu erbauten Moschee
Foto: Derk H. Kruppe

Daraus wuchs eine gute Zusammenarbeit bei sehr praktischen kommunalpolitischen Fragen: Jugendpolitik, Konflikte in Wohnquartieren u.a.m.

Mittlerweile haben Tausende Menschen die Moschee besucht und sich selbst ein Bild gemacht. Und immer wieder kommt es zu gemeinsamen Abenden zwischen Christen beider Konfessionen und Muslimen. Und die Orte wechseln bei den Treffen.

aus: Evangelische Kirche im Rheinland und Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.), »Erste Schritte wagen«, Herbst 2001



Familienfest in der Mevlana Moschee in Bruckhausen. Foto: Rolf Köppen

»Begegnungsknigge«

Guter Wille, viel Geduld, Gespür und Taktgefühl, Höflichkeit und Respekt ist von beiden Seiten nötig für eine gelingende Begegnung.

Was förderlich sein kann in der Begegnung

- sich erkundigen, wie der Einzelne es in seinem Glauben hält, ohne es zu werten
- auf ein »salam aleykum« mit »aleykum salam« zu antworten (Friede sei mit dir/euch – auch mit dir/euch sei Friede)

- wenn während des Opferfestes (kurban bayram) Fleisch vom Opfertier geschenkt wird
- wenn man zu den hohen religiösen Feiertagen einen Gruß schickt
- wenn man zu Familienfeiern einlädt oder Einladungen annimmt
- wenn man ein Kännchen mit Wasser auf der Toilette bereitstellt zur Reinigung
- beim gemeinsamen Essen einander einladen, ein Tischgebet zu sprechen
- beim Moscheebesuch muss man die Schuhe ausziehen, bevor ein Teppich betreten wird
- auf der Toilette die bereitstehenden

Badesandalen anzuziehen und beim Verlassen an der Schwelle wieder auszuziehen

- einen Koran oder Teile davon stets über Gürtelhöhe zu halten und nicht auf den Boden zu legen; einen Koran nur auf Einladung hin zu berühren
- zu warten, bis einem die Hand gereicht wird
- wenn keine Hand gereicht wird, die rechte Hand auf die Brust legen als Zeichen der Wertschätzung

Mögliche Stolpersteine in der Begegnung

Der Islam kennt religiöse Vorschriften über Speisen und kultische Reinheit. Solche religiösen Vorschriften kennt das Christentum nicht (mehr).

Begegnung von Männern und Frauen

In traditionsorientierten religiösen Kreisen gibt es kaum Kontakte zwischen Männern und Frauen, die nicht zur selben Familie gehören. Zurückhaltung ist geboten. Als männlicher Besucher sollte man eine Wohnung nur betreten, wenn ein Mann der Familie zu Hause ist. Ansonsten unterhält man sich an der Tür.

Darum kann es sein, dass

- eine muslimische Frau sich zurückzieht, wenn sie einem Mann begegnet
- ein Gruß nicht erwidert wird
- Blickkontakt vermieden wird
- keine Hand gereicht wird zwischen Männern und Frauen
- Männer und Frauen getrennt sitzen
- ein muslimisches Mädchen nicht am koedukativen Sport- und Schwimmunterricht teilnimmt
- ein muslimisches Mädchen nicht zu Feiern darf, auf denen fremde Jungen sind
- ein muslimisches Mädchen nicht auf Klassenfahrt zusammen mit Jungen darf

Bei Einladungen

- wird erst begrüßt und dann vorgestellt
- sollte man auf Alkohol verzichten, auch am Essen selber (Saucen, Desserts!)
- sollte man keine Produkte anbieten, in denen Schwein verarbeitet sein könnte
- ist es zu begrüßen, wenn man Fleisch besorgt, dass rituell geschlachtet wurde (halal)

Die Muslime – unsere Nachbarn

Karl Kardinal Lehmann Bischof von Mainz

In diesen Tagen wird notwendigerweise viel über den Islam gesprochen. Es ist in der Tat notwendig, vieles in dieser großen Religion besser kennen zu lernen. Die Aufklärung über die Wurzeln, Vollzüge und Verschiedenheiten können manche Vorurteile überwinden helfen. Hier droht aber auch manchmal eine Gefahr, dass wir nämlich im Islam ein unveränderliches und starres »Religionssystem« sehen.

Dabei muss man bedenken, dass die Pluralität im Islam fast selbstverständlich ist. 55 Länder auf unserer Erde sind islamisch geprägt. Unter den etwa 3 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bei uns gibt es viele Glaubensrichtungen, die auch oft in Spannung zueinander stehen. Es gibt den Islam nicht im Sinne eines monolithischen, also einförmigen Blocks.

Umso wichtiger ist es, den Islam nicht nur in den verschiedenen Erscheinungsformen und Traditionen zu kennen, sondern den lebendigen Menschen zu begegnen, die sich zum Islam bekennen. Sie wohnen unter uns. Einige, besonders Frauen in ihrer Bekleidung, sind in der Öffentlichkeit unseres Lebens leicht auszumachen. Einige mussten sich in den letzten 14 Tagen auf den Straßen beleidigende Zurufe gefallen lassen. Aber viele arbeiten mit uns und für uns, sie sind unsere Nachbarn. Die älteren Generationen unter ihnen tun sich etwas schwerer mit unserer Sprache. Ihre Kinder, die oft hier geboren, jedenfalls aufgewachsen sind, sprechen sehr oft ein sehr korrektes Deutsch und haben durch ihr Interesse und ihren Fleiß gute Positionen in unserem Arbeitsleben erworben. Fast ganz selbstverständlich gehören sie zu uns: die Müllmänner und die Leute auf dem Bau, aber auch die Friseurin und die Assistentin beim Zahnarzt. Mittlerweile haben auch viele an unseren Hochschulen studiert und nehmen in fast allen Bereichen unseres Lebens wichtige Aufgaben wahr. Sie gehören auch in diesem Sinne zu uns.

- sollte man im Ramadan vor Sonnenuntergang weder Essen noch Trinken anbieten
- wird das Essen mit der rechten Hand zum Mund geführt, weil die linke Hand der Reinigung auf der Toilette vorbehalten ist
- beim Betreten einer Wohnung sollte man die Schuhe ausziehen
- kann es sein, dass die muslimische Gastgeberin bei Tisch bedient und selber später in der Küche isst

Viele Muslime leben mit ihren Angehörigen und Verwandten bei uns. Sie bilden oft große Familien. So können sie auch in der vertrauten Gemeinschaft ihre Bräuche und ihre Religion leben. Umso mehr ist es notwendig, die Begegnung im Alltag zu suchen: in der Nachbarschaft Tür an Tür, im Kindergarten, im Zusammenhang der Schule, bei vielfältigen Festen, beim Sport oder beim Einkauf. Eine gute Gelegenheit des gegenseitigen Kennenlernens kann auch der Tag der offenen Moschee sein, der am 3. Oktober bundesweit durchgeführt wird. Es gibt viele Nahtstellen und Anlaufstellen für eine unkomplizierte Begegnung.

Natürlich gibt es hier auch Ängste und Hemmungen auf beiden Seiten zu überwinden. Man muss auch gelegentlich mit Zurückweisung rechnen. Es gibt einzelne Ausprägungen des Islam, die eine stärkere Isolierung der Muslime zum Ziel haben. Die Männer sollen am Arbeitsplatz mit niemandem sprechen, die Frauen sollen nicht alleine ausgehen, Mädchen gehören nicht in die Schule, Kinder dürfen nicht miteinander spielen. Es darf uns nicht erschrecken, dass es solche einzelnen Ghettos gibt. Sie sind in der Minderheit. Man braucht viel Geduld, schon um erste Kontakte zu bekommen.

Gott sei Dank, dass viele Deutsche in diesen Wochen den Muslimen bei uns, und zwar einzelnen wie auch im Blick auf Institutionen, in spontanen Anrufen zugesichert haben: Ihr gehört zu uns, ihr lebt schon lange mit uns, ihr arbeitet mit uns und für uns, ihr braucht keine Angst zu haben.

Der Islam hat konkrete Gesichter. Es sind unsere Nachbarn. Darum darf auch der Islam nicht zu einem Feindbild werden. Unsere Gegner sind Terroristen. Wir haben jetzt eine gute Gelegenheit, unsere Nachbarn besser kennen zu lernen. Dann sind wir am besten gegen die Macht der Vorurteile geschützt.

Gastkommentar in der Mainzer Allgemeinen Zeitung am 29. September 2001

- sollte man das Essen deutlich beenden, weil sonst immer weiter aufgetischt wird
- legt man das Löffelchen über das Teeglas, wenn man keinen neuen möchte

aus: Evangelische Kirche im Rheinland und Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.), »Erste Schritte wagen«, Herbst 2001

Gebete und Gottesdienste

Vom gegenseitigen Besuch zum gemeinsamen Gebet – ein Erfahrungsbericht

Am Anfang steht immer ein Besuch. Gastfreundschaft ist muslimischen Menschen eine Glaubenspflicht, und so kann man damit rechnen, auch spontan freundlich aufgenommen und mit einem Glas Tee bewirtet zu werden.

Gerne wird uns der Moscheeraum gezeigt, wir ziehen wie die Muslime unsere Schuhe aus. Auch ein Pflichtgebet können wir erleben, das fünfmal am Tag im Moscheeraum stattfindet. Wir halten uns dabei – stehend oder sitzend – respektvoll im Hintergrund. So fremd uns der muslimische Gebetsritus mit seinen Verneigungen und Niederwerfungen zunächst ist, wir spüren doch die Ernsthaftigkeit, Andacht und Konzentration der Betenden. Die Begegnung mit dem Glauben des anderen ist etwas Ganzheitliches. Sie gelingt, wenn wir einander die Herzen öffnen, wenn wir rücksichtsvoll, aber ohne jede Selbstverleugnung einfach wir selbst sind.

Bei einem Besuch in unserer Kirche erklären wir den muslimischen Nachbarn die Bedeutung des Altars, der Kanzel und der Orgel. Auch sie haben Interesse, unseren Gottesdienst mitzuerleben. Viele Fragen haben sie, schließlich haben sie bei christlichen Menschen noch kaum »sichtbar gelebten Glauben« gesehen, sind aber überzeugt, dass Menschen, die ernsthaft beten, einander auch im Herzen nahe sein müssen.

An vielen Orten wuchs in den letzten Jahren aus gemeinsamer Betroffenheit der Wunsch, die geteilten Sorgen und Nöte auch gemeinsam vor Gott zu bringen. Noch immer ist das gemeinsame Beten ein Grenzgang, aber an immer mehr Orten unserer Landeskirchen gehen christliche und muslimische Gemeinden so aufeinander zu.

Es müssen keineswegs alle theologischen Fragen aufgearbeitet sein, bis ein gemeinsames Gebet eine Grundlage hat: Wir erleben, wie unser andersreligiöser Nachbar neben uns und mit uns vor dem einen Gott steht. Wichtig ist im Vorfeld, dass das Gebet eine beidseitige Vertrauensbasis hat: persönlicher Kontakt und Respekt vor der Glaubenspraxis, den heiligen Schriften und Gebeten der anderen.



Der aufgeschlagene Koran lädt ein zum Gebet

Foto: Andreas Stefan Schütze

Das gemeinsame Gebet – eine Erfahrung aus Dortmund

Ein Abend in der großen Moschee in der Bachstrasse. Mehrere hundert Menschen sitzen auf dem weichen Teppich. Aus vier Religionen haben sie sich versammelt, um gemeinsam zu beten. Mitglieder der jüdischen, verschiedener christlicher und muslimischer Gemeinden und der Bahaigemeinde beten für den Frieden in der Stadt, in der sie gemeinsam wohnen und arbeiten. Beeindruckend ist die Vielfalt der liturgischen Sprachen und Gesänge und die Buntheit der liturgischen Gewänder. Keine Religionsvermischung (Synkretismus) geschieht hier. Im Gegenteil, jede Religion steht für ihre Texte und Glaubensinhalte, ohne sich zu verleugnen. Die Teilnehmenden hören aufmerksam zu, sind aber auch eingeladen, am Gebet der anderen Religionen innerlich teilzunehmen oder sie mitzubeten. Was verbindet, ist eine große Verantwortlichkeit und die Erkenntnis, dass die Religionen in ihrem Beitrag zum Frieden nur dann glaubwürdig sind, wenn sie sich nicht gegeneinander stellen, sondern zueinander.

Als der Chor der jüdischen Gemeinde das »Höre Israel« intoniert und zwei blinde Muslime auswendig den Koran rezitieren, ist mehr zu spüren als neugieriger Abstand. Musikalische Beiträge sollten beim Gebet nicht zu kurz kommen. Muslimische Kinder und Erwachsene kennen »Ilahis« auswendig, islamische Glaubenslieder in türkischer Sprache. Manche Moscheegemeinden möchten nicht, dass im Gebetsraum Ins-

trumente verwendet werden; eine gute Gelegenheit für unsere Chöre a cappella zu singen.

Wie nennen wir unsere Veranstaltung? »Gottesdienst« – dieser Begriff ist für christliche Teilnehmende oft zu besetzt. Manchen Muslimen ist ein »Gebet« schon zu eng. Dann bleibt noch die »Feier« oder »religiöse Feier«. Hier sollten Definitionen abgeklärt werden. Der Begriff des »gemeinsamen Gebets« oder des »interreligiösen Gebets« hat sich bei uns durchgesetzt. Als Besonderheit hat das Gebet in Dortmund zum Schluss ein von allen vier Religionen gemeinsam formuliertes und getragenes Gebet. Alle Teilnehmenden werden eingeladen, es mitzusprechen.

Eine Ökumene der abrahamischen Religionen, wie wir sie in Dortmund erleben, baut auf dem verbindenden Monotheismus und der gemeinsamen Schrifttradition auf. Wesentlich weitergespannt ist die Plattform der »World Conference on Religion and Peace« (WCRP), die im deutschsprachigen Raum durch ein ganzes Netzwerk von Gruppen vertreten ist.

aus: Evangelische Kirche im Rheinland und Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.), »Erste Schritte wagen«, Herbst 2001

Bezugsadresse: Beratungsstelle für christlich-islamische Begegnung der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen, Rudolfstr. 131, 42285 Wuppertal
Tel.: 02 02/82 736, Fax: 02 02/86 297
E-Mail: begegnung@web.de

Feier der Religionen

Gabriele Herbst

Das Gesicht meines tansanischen Kollegen Elia, für einen Monat Gast der evangelischen Hoffnungsgemeinde zu Magdeburg, war voller Spannung. Zum ersten Mal in seinem Leben weilt er auf dem europäischen Kontinent, erlebt jeden Tag Neues, Überraschendes, auch Schwieriges, Erschreckendes. Mit ihm gemeinsam sah ich am 11. September 2001 im Fernsehen die Türme des World Trade Centers in New York einstürzen. Mit ihm und den beiden anderen Gästen aus Tansania, dem jungen Lehrer Ewance und der Frauenbeauftragten Nuru teilte ich Angst, Fassungslosigkeit, Mitgefühl und die vielen Fragen, die der 11. September gebar: Warum? Was soll jetzt geschehen? Wie können Menschen verschiedener Religionen und Nationen auf dieser Erde einander besser verstehen, deutlicher respektieren, einander Leben und Frieden zusprechen?

Elia erinnerte an den Terroranschlag auf die Gebäude der amerikanischen Botschaft in Daressalaam vor einigen Jahren. Er sprach über das häufig sehr konfliktreiche Miteinander von Moslems und Christen in seinem Heimatland. Darüber, dass er dieses aus eigener Erfahrung sehr gut kennt. Stammt er doch aus einer Familie, in der der Vater als Moslem, die Mutter als Christin lebt.

»Wir können nur miteinander leben, wenn wir einander aufrichtig begegnen und die Religion des anderen tolerieren, sie als Gesprächsangebot für uns selbst nutzen«, meinte er.

Genau um dieses Gesprächsangebot, um diesen Denkpuls ging es bei der Feier der Religionen am 24. September in Magdeburg, zu der ich mich mit den tansanischen Geschwistern gern aufmachte, um die Feier mitzuerleben und als evangelische Pastorin mitzugestalten. Es war die zweite ihrer Art in der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts. Die Ausländerbeauftragten der evangelischen Kirche, Christina und Eberhard Vater, hatten Vertreter des Islam, der evangelischen und katholischen Kirche, der russisch-orthodoxen Kirche, des Buddhismus und der Bahaigemeinde dazu eingeladen.



Stand mit Handarbeiten beim Moscheegemeindefest in Dortmund

Foto: Almut Schweitzer

Im Chorraum der großen Johanniskirche, die an die Stadt Magdeburg verkauft worden ist, lud ein Kreis vieler Kerzen, in dessen Mitte Sonnenblumen leuchteten, zur Meditation ein. Viele Menschen aus Magdeburg und Umgebung hatten sich zur Feier der Religionen rufen lassen. Auf vielen Gesichtern waren die Fragen zu lesen, die auch ich mit meinen tansanischen Freunden auf dem Hintergrund des in New York Geschehenen mitbrachten.

Der Abend wurde mit einer herzlichen Begrüßung durch Eberhard Vater eingeleitet. Danach wechselten Musik- und Wortbeiträge der verschiedenen Religionen einander ab. Und alle im großen Kirchenschiff Versammelten spürten, wie wichtig es den Vertretern der Religionen war, aufeinander zuzugehen, am Ethos des Friedens und der Menschlichkeit der anderen Religion anzuknüpfen.

Ich durfte als Vertreterin der evangelischen Kirche, zusammen mit einem katholischen und einem russisch-orthodoxen Priester, Lehren des christlichen Glaubens in den Raum stellen. Ich las unter anderem aus dem 1. Korinther 13, dem Hohen Lied der Liebe. »... und hätte der Liebe nicht, so wäre ich nichts ...« Der katholische Bruder las Worte der Bergpredigt. Was sind das für alte, neue Texte, die uns heute noch ganz direkt unter die Haut kriechen! Frieden stiften, sich nach Gerechtigkeit sehnen, ja, darauf kommt es an. in New York, in Kabul, in Jerusalem ... und auch in Magdeburg.

Man spürte, wie sich im Laufe des Abends eine geistvolle Atmosphäre im Raum ausbreitete. Eine Atmosphäre, die hoffen lässt. Als der Wolmirstedter Gospelchor die alten Lieder der Sehnsucht nach Gott und nach Befreiung sang, klatschten und summten viele Festteilnehmer mit. Denn die Lieder rührten auch ihre Sehnsucht an.

Zum Schluss des Festes gab es ein köstliches Buffet, das von Vertretern unterschiedlicher Kulturen vorbereitet worden war. Man konnte nun wirklich »schmecken und sehen«, wie freundlich Gott ist. Man konnte sich unterhalten oder, wenn es mit der Verständigung schwierig wurde, sich einfach ein freundliches Lächeln senden.

Ein gelungenes Fest. Eine gelungene Begegnung. Sie ruft nach Wiederholung und Weiterführung.

Die Feier der Religionen fand am 24. September 2001 in der Johanniskirche in Magdeburg statt.

Frauenkulturen

Christliche und muslimische Frauen in Begegnung und Gespräch

Die Autorinnen haben ein umfassendes Arbeitsbuch geschaffen mit zahlreichen Anregungen, praktischen Hinweisen und theoretischen Beiträgen als Grundlage für den Dialog zwischen muslimischen und christlichen Frauen in Deutschland. Sie wollen ermutigen, aufeinander zuzugehen. Sie wollen dazu beitragen, Berührungspunkte zu überwinden und auf dem Hintergrund ihrer langjährigen Erfahrungen Wege aufzeigen, wie es möglich ist.

Der Dialog mit Frauen anderer Religionen ist eine Herausforderung zur Auseinandersetzung mit der eigenen Religion. Im Spiegel des Fremden ergibt sich die Chance, sich selbst und die anderen neu zu entdecken. In dem Buch werden Themen benannt und Methoden aufgezeigt, über die christliche und muslimische Frauen miteinander in den Dialog eintreten können. Das können Dinge des alltäglichen Lebens sein, denn unsere Alltagskultur wird in verschiedener

Form bewusst oder unbewusst von der Religion geprägt. Als Themen eignen sich zum Beispiel die Bereiche Wohnen, Kleidung, Mode, Ernährung. Auch miteinander zu kochen, kann eine bereichernde Erfahrung sein.

Aber auch religiöse Themen wie der Austausch über die Bedeutung von Frauengestalten in Bibel und Koran sind für Frauen beider Religionen von Interesse. Als Beispiel wird Maria genannt, der als Maryam auch im Islam eine wichtige Rolle zukommt. Die Bedeutungen des Gebets in Christentum und Islam werden verglichen, ebenso wie die des Segens sowie die Besuche in Kirche und Moschee. Der Ramadan und die Adventszeit werden verglichen als Zeiten der Erwartung des Wortes Gottes in der Welt. Christinnen und Christen sowie Musliminnen und Muslime werden dazu aufgefordert, sich jeweils Gruß- oder Glückwunschkarten zu den besonderen Feiertagen zu schicken.

Literaturempfehlung zum islamisch-christlichen Dialog von Frauen:

Ulrike Bechmann, Sevda Demir, Gisela Egler, **Frauenkulturen. Christliche und muslimische Frauen in Begegnung und Gespräch**, Düsseldorf 2001 (Klens Arbeitsbücher), ISBN 3-87309-165-8

Autorinnen sind: Ulrike Bechmann, katholische Theologin und Islamwissenschaftlerin, frühere Geschäftsführerin des deutschen Weltgebetstagskomitees, Sevda Demir, Pädagogin und Soziologin, lebt heute in der Türkei, Gisela Egler, Pfarrerin, früher Projektstelle der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau im Bereich des christlich-islamischen Dialogs.

Im interreligiösen Dialog gibt es auch sensible Bereiche und schwierige Themen. Aufgrund von Vorurteilen und Unwissenheit kann es zu unbewussten Verletzungen kommen. Es werden Hinweise gegeben, worauf im Dialog geachtet werden soll. Theologen haben unterschiedliche Auffassungen darüber, ob ein interreligiöses Gebet zwischen Christinnen und Christen sowie Musliminnen und Muslimen möglich sein kann, bei dem sie sich auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren und die Unterschiede nicht hervorheben. Die Autorinnen weisen darauf hin, dass besonders in Momenten geteilten Leids und Trauer, aber auch in Momenten der Freude, Christinnen und Christen sowie Musliminnen und Muslime nicht selten im privaten Bereich unabhängig von diesen Diskussionen ganz spontan miteinander beten und dass diese Erfahrungen sehr wertvoll sein können.

Das Buch enthält konkrete Vorschläge für die Gestaltung von Veranstaltungen, Gesprächskreisen und Begegnungsabenden sowie Segenstexte, Frauengebete, Lieder und Texte für den Dialog. Die Texte, in denen Aspekte des Christentums erklärt werden, sind nicht nur für Muslime, sondern sicher auch für Christinnen interessant zu lesen. Das Buch wird hiermit wärmstens empfohlen.

Susanne Lipka,
Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V.
Emil-von-Behring Str. 3, 60439 Frankfurt/Main,
Tel.: 069/95 80 12 0, Fax: 069/95 80 12 26



Herzlich willkommen

Der Tag der offenen Moschee wird auf Initiative des Zentralrats der Muslime in Deutschland jedes Jahr bundesweit am 3. Oktober veranstaltet.

Bewusst wurde der 3. Oktober – Tag der Deutschen Einheit und die Interkulturelle Woche – als Rahmen für den Tag der offenen Moschee gewählt. Hiermit soll die Verbundenheit der drei Millionen Muslime in Deutschland mit dieser Gesellschaft zum Ausdruck gebracht werden.

Warum ein Tag der offenen Moschee?

Ein Tag der offenen Tür wird veranstaltet zur Information, Eigendarstellung und zum gegenseitigen Kennenlernen. Öffnung und Dialog sollen stattfinden.

Immer mehr Menschen wollen sich heute ein eigenes Bild vom Islam und den Menschen, die als Muslime leben, machen und sich selbst ihre Meinung bilden.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass fehlendes Wissen zu vielen Vorurteilen geführt hat, die oftmals ein gedeihliches Miteinander in der Gesellschaft schwierig werden lassen. Dies lag auch an den nicht vorhandenen Möglichkeiten der Muslime, Wissen weiterzugeben und Fragen zu beantworten. Sprachliche Barrieren und fehlende Bereitschaft der Ansprechpartner kamen hinzu.

Die Muslime werden allorts Fragen beantwortet und für Gespräche zur Verfügung stehen. Es kommt vielleicht nicht so sehr auf ein einwandfreies Beherrschen der Sprache an, als vielmehr auf den aufrichtigen Wunsch, miteinander in guter Weise umzugehen.

Weitere Informationen:
Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.
(ZMD), Indestr. 93, D-52249 Eschweiler,
Tel.: 0 24 03 / 70 20 75
Fax: 0 24 03 / 70 20 76,
E-Mail: sekretariat@zentralrat.de

»Der edelste Teil« Theaterprojekt zur Migration, gegen Rassismus und Gewalt

Können sich deutsche Jugendliche in die Situation von Asylbewerbern hinein versetzen? Können sie nachempfinden und nachspielen, was junge Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland Tag für Tag erleben? Elf Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Gropiusring und der gymnasialen Oberstufe der Gesamtschule Steilshoop haben den Versuch unternommen, sich in einem Theaterprojekt dieser gleichzeitig so nah und doch so weit entfernt liegenden Situation anzunähern.

Ein Experiment, das nicht nur moralische Beachtung verdient, sondern auch unter Theateraspekten zu einem nachahmenswerten Ergebnis geführt hat.

Multikulturelle Herkunft und ein sensibles Gespür für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten, teilweise von den Mitgliedern der Theatergruppe in Form von Ausgrenzung und Flüchtlingsstatus selbst erlebt, führten zum Arbeitsthema »Gegen Rassismus und Gewalt«.

Wir – Schülerinnen und Schüler des Wirtschaftsgymnasiums Gropiusring der gymnasialen Oberstufe der Gesamtschule Steilshoop – setzten uns im August 1999 im Rahmen unseres zweistündigen Theaterkurses (damals Stufe 12) zu einem Brainstorming zusammen mit dem Ziel, aus Beispielen von alltäglich erlebtem Rassismus und erfahrener rechtlicher und politischer Diskriminierung Szenen für ein provokatives Theaterstück zu entwickeln. Natürlich fragten wir uns, ob Rassismus überhaupt erlernbar bzw. darstellbar ist. Gleichzeitig wollten wir kein moralisches Theater, sondern authentisch darstellen, wie es Ausländerinnen und Ausländern, wie es Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ergehen kann. »Rassismus als Ausdruck von negativen Stereotypen ist für die von ethnischer Diskriminierung Betroffenen eine alltägliche Erscheinung, nicht jedoch für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.« Jane Elliott, ehemalige Lehrerin aus Iowa, konzipierte ein Work-



shop-Konzept, das die Augenfarbe als Ausgrenzungskriterium in den Mittelpunkt stellt und die Blauäugigen in unterschiedlichen Übungen ignoriert, ausgrenzt, be- und verurteilt. Den Braunäugigen dagegen werden alle Privilegien zugestanden. Wie so ein Antirassismus-Training aussehen kann, vermittelt der Film »Blue-Eyed«-Rassismus mit vertauschten Rollen. In dieser Erkundungsphase auf der Suche nach Texten, Spielsituationen und musikalischen Anregungen fiel die Eröffnung der Ausstellung »Unerwünscht – eine Reise wie keine andere«. Die Ausstellung vermittelte uns hautnah, was es heißt auf der Flucht zu sein und Wege eines Asylbewerbers zu gehen. Für die Dauer des Ausstellungsbesuchs schlüpfen wir in eine von zehn Flüchtlingsrollen, alle reale Schicksale, und wurden mit »Schleppern«, Gefängniszellen, Auffanglagern und dem Behördenschwengel konfrontiert. Der abschließende Erfahrungsaustausch mit den Schauspielern – viele von ihnen selbst Asylsuchende – sensibilisierte und bestärkte uns in unserem Theatervorhaben.

Inspiziert durch Gespräche und eigene Erfahrungen entwickelten wir die »Asylantenszene« im Stück. Sanel ist

von Ayhan zu Boden geworfen worden. Von links und rechts des Bühnenrandes ist aufreizendes Lachen zu hören, dann beginnt die Gruppe aus dem Hintergrund penetrant auf den Liegenden im Sprechgesang einzuwirken.

Ironische und sarkastische Improvisationen entwickelten wir auch dem Hörspielmanuskript »Asylanten« von Susanne Amatosero. Geeignete Texte für unser Theaterstück fanden wir in dokumentierten Flüchtlingslebensläufen und in Anerkennungsverfahren für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vor dem zuständigen Bundesamt.

Inzwischen haben wir in mehreren Schulen Hamburgs unser Theaterstück aufgeführt und häufig mit der Ausländerbeauftragten zu den Themen Rassismus, Flucht und Asyl Gesprächsrunden initiiert. Im Januar 2001 wurde der Theaterkurs für seine engagierte Arbeit mit dem Bertini-Preis von Ralph Giordano ausgezeichnet.

Olaf Bublay

Das Video zum Theaterprojekt und weitere Informationen können bezogen werden über: Olaf Bublay, Staatliche Handelsschule 20 mit Wirtschaftsgymnasium, Gropiusring 43, 22309 Hamburg, Tel.: 040 / 42 89 80 348, E-Mail: office@h20-hamburg.de

Enjoy the difference Eine Kampagne der KJG für mehr Toleranz

Mit der Kampagne »enjoy the difference – Eine Kampagne der KJG für mehr Toleranz« trat der Bundesverband der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) ein für eine bunte und offene Gesellschaft, in der Menschen ausländischer Herkunft als Bereicherung und nicht als Gefahr oder Belastung angesehen werden.

Den Auftakt der Kampagne machte die KJG auf ihrem bundesweiten Mitgliedertreffen »eventure2001« vom 24.-27. Mai 2001 in Mannheim (www.eventure2001.de), wo unter Beteiligung von 3.500 Kindern und Jugendlichen das »KJGedenkmal« gestaltet wurde. Die Teilnehmenden von »eventure2001« waren aufgefordert, ihre Ideen, Wünsche und Sehnsüchte zum Thema der Kampagne auf Bildern zum Ausdruck zu bringen. Diese Bilder wurden zu einem überdimensionalen Transparent zusammengefügt, dem »KJGedenkmal«, das den roten Faden durch die Kampagne bildete und im Mittelpunkt von vier zentralen Veranstaltungen in Mainz, Nürnberg, Magdeburg und Düsseldorf stand. Auf diesen Veranstaltungen trug die KJG das Anliegen der Kampagne in



Foto: KJG

die Öffentlichkeit. Darüber hinaus fanden auf den verschiedenen Ebenen des Verbandes ca. 50 weitere Veranstaltungen statt. Hierzu wurden vom Bundesverband bundeszentrale Materialien zur Verfügung gestellt. Daneben wurden in den bundesverbandlichen Gremien politische Forderungen und tagesaktuelle Stellungnahmen mit Bezug auf

die Kampagne erarbeitet und veröffentlicht.

Den Abschluss fand die Kampagne »enjoy the difference« auf der Abschlussstagung vom 1.-3. Februar 2002 in Berlin, wo neben der Übergabe der auf allen Veranstaltungen gesammelten, von Bürgerinnen und Bürgern unterschriebenen Postkarten mit den politischen Forderungen an die Bundesregierung, auch ein multireligiöses Forum mit Vertreterinnen und Vertretern eines muslimischen und eines jüdischen Jugendverbandes stattfand. Kardinal Sterzinsky, der Erzbischof von Berlin feierte mit den Jugendlichen einen »enjoy the difference«-Gottesdienst.

Weitere Informationen und Materialien zur Kampagne erhalten Sie bei der KJG Bundesstelle:
Martin Menzel
Düsseldorfer Straße 4, 41460 Neuss,
Tel.: 02131-5689-0, Fax: 02131-5689-87,
E-Mail: martin.menzel@kjg.de
oder auf den Homepages www.kjg.de und www.enjoythedifference.de



Unter dem Motto »Radeln gegen Rassismus« machten sich etwa 35 Radlerinnen und Radler auf, um mit einer Tour durch Bamberg gegen Rassismus zu demonstrieren. Die Aktion war im Rahmen der Interkulturellen Wochen 2001 vom Ausländerbeirat der Stadt organisiert worden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind nach dessen Angaben auf die Radler, die auf dem Rücken eine Aufschrift mit dem Motto der Tour trugen, aufmerksam geworden und haben Beifall gespendet.

Ausländische Jugendliche – Ausbildungshemmnisse abbauen

Im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg geht es bei schönem Wetter rund. Es wird geschlendert, gegrillt und gegolzt. Zwei Jugendliche türkischer Herkunft, die fußballerische Kunststücke üben, lassen sich gerne unterbrechen. Ja, beide haben einen Job. Der eine lernt Einzelhandelskaufmann, der andere – Murat – hat ausgelernt, er ist Kfz-Mechaniker. Natürlich wissen sie, dass sie eher gut dran sind. Nur 39 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben 1999 eine Ausbildung im dualen System erhalten, bei den jungen Deutschen sind es 68 Prozent. Der Wert stieg von 25 Prozent 1986 auf 44 Prozent 1994 und sank dann wieder auf 38 Prozent 1998. Ob die leichte Steigerung zu 1999 Trendwende ist, wird sich erst noch zeigen müssen. Wenn ausländische Jugendliche einen Ausbildungsplatz bekommen, dann eher in Berufen, die für junge Deutsche weniger attraktiv sind, etwa Friseurin und Friseur oder Instal-

ateur, mit einem Ausländeranteil an allen Auszubildenden von 17,0 bzw. 10,8 Prozent.

Hier sind die Verdienstmöglichkeiten und Aufstiegschancen geringer, die Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind eher ungünstig und das Arbeitsplatzrisiko ist größer. In attraktiveren und in den neuen Berufen sind sie weit aus unterrepräsentiert. Während Migrantenjugendliche einen Anteil von 12 Prozent der Jugendlichen (in Westdeutschland) ausmachen, sind sie in den Medien- und neuen IT-Berufen nur zu drei Prozent vertreten. Mona Granato vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) verweist auf verschiedene Ausbildungshemmnisse, etwa Vorurteile und Diskriminierung gegenüber ausländischen Jugendlichen, aber auch einen geringeren Zugang zum betriebsinternen Arbeitsmarkt, was schlicht heißt: deutsche Eltern haben in der Regel ein

besseres Netz von Kontakten und Informationen im Betrieb und können ihre Kinder eher »unterbringen«. Ein Mittel, um die Situation zu verbessern, hat das BIBB vor kurzem ins Leben gerufen, ein »Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsausbildung« (GPC). Hier werden erfolgreiche Beispiele vorgestellt und Kriterien dafür entwickelt, was den Erfolg ausmacht. Daneben werden Informations- und Kommunikationsstrukturen aufgebaut, um Institutionen und Beteiligte zusammenzubringen.

Informationen zur Situation ausländischer Jugendlicher bei dem »Good Practice Center« (GPC), Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), 53043 Bonn, Tel.: 0228 / 107-0, Fax: 02 28 / 107-29 77 E-Mail: zentrale@bibb.de, E-Mail (GPC): gpc@bibb.de Internet: www.bibb.de

aus: Forum Migration, Hrsg. DGB-Bildungswerk e.V., Juni 2001

Antirassistischer Workshop an Jenaer Schulen

Die Interkulturellen Wochen in Jena konnten dank des ungebrochenen Engagements zahlreicher Veranstaltungsträger zum zehnten Mal begangen werden. Vereine, Initiativen, Kirchengemeinden sowie das Collegium der Uni Jena haben auch in diesem Jahr zusammen mit der Ausländerbeauftragten ein vielfältiges Programm zusammengestellt, das von der Bevölkerung gut angenommen wurde.

Das bundesweite Leitwort für das Jahr 2001 impliziert einen Aufruf an alle: Aktiv werden, wenn Unrecht geschieht, nicht weghören bei ausländerfeindlichen Witzen, nicht wegsehen bei Übergriffen! Denn das größtmögliche Gefühl der Sicherheit bietet nicht maximale Polizeipräsenz, sondern Nachbarn, Mitschüler, Kollegen, die Diskriminierung und Rassismus nicht zulassen.

Direkt zum Leitwort der Interkulturellen Wochen passte der Antirassistische Workshop, welcher von vier Bildungseinrichtungen wahrgenommen wurden. Ein jeder hat vorgefertigte Bilder vom Anderen bzw. Fremden im Kopf. Ungeprüft auf unbekannte Menschen übertragen, führen sie leicht zu Vorurteilen,

mitunter bis hin zu rassistischem Verhalten, das Menschen ausgrenzt und in ihrer Würde verletzt.

Das Bewusstmachen solcher Denkschablonen war der erste Schritt bei dem Antirassistischen Workshop. Diesen Denkprozess in Gang zu setzen, war besonders bei den Azubis des IB nicht leicht. Aber auch hier war bei den Teilnehmenden im Laufe des ganztägigen Programms ein zunehmendes Interesse am Thema festzustellen. Unbeabsichtigter Auslöser war hierbei ein Zwischenruf eines Lehrlings, der sich selbst sowie seine Freunde als ebenfalls ausgegrenzt und mit Vorurteilen konfrontiert beschrieb. Deutlich wurde diese Haltung vor allem auch bei der Diskussion der Situation »Das Boot ist voll«. Hier hatten die »Schiffbrüchigen«, welchen das Los mit einer darauf angegebenen konkreten Biografie die Möglichkeit der Rettung in einem Schlauchboot zuge-dacht hatte, die Aufgabe zu entscheiden, wer das überladene Boot verlassen muss. Sehr ernüchternd war für die Ausländerbeauftragte das Erlebnis, dass man sich sehr schnell auf den jungen alleinstehenden Arbeitslosen einigte, welcher zudem mit der Entscheidung sofort einverstanden war. Eine Alternative wäre



Foto: KJG

gewesen, nicht den »Wert« des Menschen sondern seine Überlebenschancen als Kriterium bei der Entscheidungsfindung zugrunde zu legen. So sind ein junger Überlebenstrainer oder ein Leistungssportler gar nicht im Gespräch gewesen.

Margot Eulenstein, Ausländerbeauftragte der Stadt Jena

Kontaktadresse: EYE TO EYE, Postfach 1221, 32961 Dörentrup, Fax: 0 52 65/95 48 32

TAKING ROOT IN HARD GROUND

Wurzeln schlagen auf hartem Boden



Die Ausstellung

Der Rostocker Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach und das Bildungswerk der Heinrich Böll Stiftung Mecklenburg-Vorpommern haben mit Unterstützung des Kultusministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern diese Ausstellung konzipiert und entwickelt. Der in Berlin lebende spanische Fotograf Francisco Conde wurde beauftragt, sich auf künstlerische Weise dem Berufs- und Lebensalltag der in Rostock lebenden Migrantinnen und Migranten zu nähern.

Dabei entstanden sind Fotografien, die versuchen, neben Hoffnungen, Träumen und Illusionen der Zugewanderten deren Bemühungen einzufangen, in der Fremde heimisch zu werden. Was es heißt, in der Fremde zu leben, welche Hürden, Ängste und Probleme daraus entstehen, auch dies wollte der Fotograf mit seiner Kamera festhalten.

Die Ausstellung versucht ein Bild davon zu vermitteln, wie sich achteinhalb Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen das Zusammen- und Nebeneinanderleben von Deutschen und Nichtdeutschen in Rostock und der Region gestaltet.

Gezeigt wird der Nachbar oder die Nachbarin, die Arbeitskollegin oder der -kollege, ein Gebet in einer muslimischen Gemeinde, der erfolgreiche Unternehmer. Genau die oder der Zugewanderte: nicht als Exotin, sondern als unspektakuläres Subjekt; als ein Mensch mit Chancen und Risiken, mit Hoffnungen und Enttäuschungen, mit Wut und Freude oder Gleichgültigkeit, eben nicht viel anders als »bei uns«, der deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Sowohl die Porträtierten als auch deutsche Jugendliche sind gebeten worden, Textunterschriften zu den Bildern zu entwickeln. Hier wird wohl am eindrucksvollsten die Spannbreite zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung deutlich.

Der Fotograf

Francisco Conde wurde 1962 in Cantabria (Spanien) geboren und studierte u. a. Journalistik und Fotografie an der Universidad des Pais Vasco (Bilbao). Seine zahlreichen Reisen führten ihn u.a. nach China, Israel, in den Sudan, in die USA sowie nach Russland. Seit 1997 lebt er in Berlin und ist als freischaffender Fotograf u.a. für newsweek, Die Zeit, business week, Los Angeles Times und die tageszeitung (taz) tätig. Seine Bilder wurden auf Ausstellungen in New York und in verschiedenen Berliner Galerien gezeigt.

»Ich muss für meine Teilnahme an diesem Projekt dankbar sein, weil mir dadurch Zugang zu Menschen gegeben wurde. Es war eine echte Reise: Zwei intensive Monate, in denen ich Hunderte von Menschen aus der ganzen Welt kennen lernte. Ich hörte ihre Worte, beobachtete ihre Gesten, kostete ihre Küche und tanzte zu ihrer Musik. Manchmal war ich ihnen so nahe, dass ich sogar das Schlagen ihrer Herzen fühlte, während sie Rechenschaft ablegten über ihre Hoffnungen und Frustrationen, ihre Pläne und Illusionen. Man hat auch mir zugehört und mich als Gast geehrt. Und die ganze Erfahrung hat mich sicherlich vergessen lassen, ob sie Vietnamesen, Türken, Armenier, Russen, Chinesen oder Togolesen waren. Ich vergaß, dass sie Ausländer waren. Oder Deutsche. Manchmal ging es so weit, dass ich vergaß, dass ich Spanier bin. Was ich während dieser ganzen Reise fühlte, war der Segen und die Aufregung, dass ich einer Welt angehöre, die aus Kontrast und Differenz besteht. Und um dieses Gefühl, denke ich, geht es wirklich.«

Francisco Conde, Januar 2001

Kontaktadresse: Heinrich Böll Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern,
Mühlenstr. 09, 18055 Rostock,
Tel.: 03 81/49 22 184, Fax: 03 81/49 22 156,
E-Mail: boell.m-v@flox.de

ZivilCHORage

In der Initiative ZivilCHORage haben sich bislang über zwanzig Chöre aus Norddeutschland zusammengeschlossen, um die Stimme gegen rechte Gewalt zu erheben. In verschiedenen Konstellationen veranstalten die Chöre seit November 2001 Unterstützungskonzerte, deren Erlös in örtliche Projekte und Initiativen fließt. Das Programm der Chöre reicht von populärer Klassik und internationalen Volksliedern über Spiritual, Jazz, Pop und Musical bis hin zu politischen Stücken – sowohl a cappella als auch mit Instrumentenbegleitung.

Kontaktadresse: Kulturwerkstatt Westend,
Wallerheerstr. 294, 28219 Bremen,
Tel.: 04 21/61 60 455, Fax: 04 21/61 63 638,
E-Mail: emig@westend-bremen.de



Foto aus: STIMME; Zeitschrift für In- und AusländerInnen im Lande Bremen, Nr. 1-2/02

MIGRATION: Wanderlesung in Schulen

Ein Modellprojekt zur Förderung der Vielfalt der Kulturen

Die Ausländerarbeit des evangelischen Kirchenkreises Bonn hat in Zusammenarbeit mit dem Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen (BIM) e.V. und mit den UNESCO-Clubs der Region Bonn im Jahr 2000 eine Wanderlesung zum Thema Migration und Rassismus in Bonner Schulen durchgeführt.

Nach dem positiven Echo aus den Schulen und der großen Nachfrage startet die Ausländerarbeit des evangelischen Kirchenkreises Bonn erneut ab April 2002 in der Region Bonn, Rhein-Sieg-Kreis und Köln ein zweites Mal eine Reihe Wanderlesungen durch die Schulen.

In NRW leben sehr viele Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Kulturkreisen, die das Thema Migration und Zuwanderung zum Schwerpunkt ihrer literarischen Arbeit gemacht haben. In vielfältiger Weise haben sie Aspekte der Migration und des Rassismus literarisch in Prosatexten ver- und bearbeitet. Der konkrete Kontakt mit Autorinnen und Autoren als betroffenem Personenkreis eröffnet Perspektiven, die im alltäglichen Leben allzu oft unbeachtet bleiben.

Literatur als Darstellung von Lebenswelt kann vermeintlich »fremde« Welten erschließen. Dies erleichtert eine Aufklärungsarbeit, die dem Abbau von Vorurteilen förderlich ist und hierdurch dem Prozess wachsender Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entgegen steuert. Die Wanderlesung Migration in den Schulen ist ein Forum für die Schülerinnen und Schüler, die sich dadurch aktiver mit dem Thema Gewalt und Rassismus auseinandersetzen. Das musikalisch umrahmte Programm geht auf die Zielsetzungen der Kultur des Friedens bzw. auf den Dialog der Kulturen ein und befasst sich in Lesungen sowie Diskussionen mit den Schwerpunktthemen Menschenrechte, Miteinander der Kulturen, Anerkennung der kulturellen Vielfalt und Dialog zwischen den Generationen.

Durch eine Vielfalt von Veranstaltungen im Jahr 2002 wird das Projekt »Migration: Wanderlesung in Schulen« weitergetragen. Als vorrangige Aufgabe der Kirchen und Institutionen in der Migrationsarbeit gilt es, mit Mitteln von Bil-

dung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation zur Schaffung einer Kultur des Dialoges und Friedens beizutragen, um innere wie äußere Konflikte künftig vermeiden zu können. In diesem Sinne wollen die Veranstalter gemeinsam einen Beitrag leisten.

Dieses Projekt ist eine Chance, das Thema Migration aus einem anderen Blickwinkel darzustellen. In anschließenden Diskussionen und Gesprächen kann eine neue Offenheit erwachsen, die zum Abbau von Vorurteilen innerhalb der Schulen und auch der Gesellschaft beitragen kann. In der Vergangenheit haben auch Eltern großes Interesse gezeigt, um gemeinsam mit ihren Kindern über das Thema zu diskutieren. Das Projekt bietet zugleich eine völkerverbindende pädagogische Aufgabe. Das Fremde wird durch das Projekt zu einem Stück des eigenen Selbst.

Musik und Literatur spielt für die Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern eine bedeutende Rolle. Insbesondere nach dem 11. September 2001, nach dem unermesslichen Leid mannigfacher blutiger Konflikte in der Welt muss alles getan werden, um den kulturellen Aspekten wieder ihren angemessenen Platz zu verschaffen. Neben der Pflege der eigenen traditionellen Musik und Literatur in Vereinen und in Schulen ist es eine denkbare Aufgabe, die Literatur und Musik anderer Kulturen und Kontinente zu vermitteln.

Kultur hat in der Bewältigung von Krisen eine Schlüsselrolle – sie ist in der Lage, die Auswirkungen von Grenzen zwischen ethnischen Gruppen zu mildern, sie letztendlich abzubauen. Gegenseitiges Kennenlernen und Akzeptieren werden gerade durch Aufgeschlossenheit, durch Aktivitäten in kultureller Vielfalt möglich. Im Austausch zwischen den Völkern haben Musik wie Literatur zu allen Zeiten eine tiefgreifende Funktion gehabt und haben sie noch immer. Insofern liegt hier auch für die Gesellschaft die Chance, gegenseitige Begegnung und wechselseitiges Verstehen durch kulturelle Veranstaltungen zu fördern. Gerade die Schulen sind Orte der Begegnung, wo die Schüler von heute die Erwachsenen von morgen sein werden. Als Begleitbuch zum Projekt wurde eine Anthologie »Nationalität: Schriftsteller. Zugewanderte Autoren in

NRW« von Hidir Celik, Helle Jeppesen und Eva Weissweiler mit Schwarz-weiß-Fotos von Klaus Kammerichs herausgegeben. Die Autoren der Anthologie setzen sich in literarischen Beiträgen mit dem Thema Migration auseinander und setzen Akzente für ein Miteinander für Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Die Autoren werden im Rahmen des Projektes in Schulen Lesungen halten.

Hidir Celik

Weitere Veranstaltungen, insbesondere Lesungen in Schulen der Region Bonn, Rhein-Sieg-Kreis und Köln, können für das gesamte Jahr 2002 vereinbart werden. Ansprechpartner ist Dr. Hidir Celik, Ausländerarbeit des Evangelischen Kirchenkreises Bonn, Tel.: 02 28/ 69 74 91, E-Mail: auslaenderarbeit@t-online.de

Stiftung des Deutschen Anwaltvereins gegen Rechtsextremismus und Gewalt

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) hat die »DAV Stiftung contra Rechtsextremismus und Gewalt« gegründet. Zweck der Stiftung ist es, Opfern rechtsextremistischer und politisch motivierter Gewalt zügig die Wahrung ihrer Rechte durch anwaltlichen Beistand zu ermöglichen.

Wer Opfer rechtsextremistischer oder politisch motivierter Gewalt geworden ist, kann eine Anwältin oder einen Anwalt seiner Wahl beauftragen, seine Rechte zu vertreten. Der DAV hilft aber auch bei der Vermittlung eines Anwaltes, wenn die betroffene Person keinen hat. Die beauftragte Rechtsvertretung wendet sich an die Stiftung und bekommt – wenn sie darlegen kann, dass sie ein Opfer rechtsextremistischer oder politisch motivierter Gewalt vertritt – einen Kostenvorschuss von 300 EUR plus Umsatzsteuer. Nach Abwicklung des Falles reichen die Anwälte die Kostenaufstellung ein. Abgezogen werden der Vorschuss, die für die Rechtsvertretung erreichbaren Beiträge aus der Staatskasse und Rechtsschutzversicherungen sowie ein zumutbarer Eigenbetrag des Opfers. Den Rest gleicht die Stiftung aus.

Informationen: Deutscher Anwaltverein, Littenstr. 11, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 72 61 52-0, Fax: 030 / 72 61 52-190, E-Mail: dav@anwaltverein.de

SOS-Eingang

Im Sommer letzten Jahres startete die Aktion »SOS-Eingang« in Rostock. Mit zunächst 7.000 Aufklebern wird an Geschäften, Verwaltungsgebäuden, der Universität, Kinos, Hauseingängen und Bussen signalisiert, dass Menschen dort Schutz in bedrohlichen Situationen finden. In der Öffentlichkeit soll damit Solidarität mit den Betroffenen von rassistischen und gewalttätigen Übergriffen gezeigt werden.

Träger der Aktion in Mecklenburg-Vorpommern ist die Bürgerinitiative »Bunt statt braun« e.V. in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Einzelpersonen und mit Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Im Herbst 2000 erhielten die Brandenburger Initiatorinnen und Initiatoren von »SOS-Eingang« für ihr zivilgesellschaftliches Engagement den Aachener Friedenspreis. Inzwischen signalisieren bundesweit immer mehr Gruppen Interesse an der Aktion, die seit 1998 in mehreren Städten Brandenburgs und anderen Bundesländern umgesetzt wird.



Neben dem Aufkleber zur Aktion hat »Bunt statt braun« auch ein Merkblatt mit Hinweisen zum Umgang mit direkter Gewalt herausgegeben.

Das Material sowie weitere Informationen gibt es im Internet unter:
<http://www.buntstattbraun.de>
oder über die Bürgerinitiative »Bunt statt braun« e.V.,
Lange Straße 9, 18055 Rostock,
Tel.: 03 81 / 25 23 561,
Fax: 03 81 / 25 23 562

Xenophilia

Spiel gegen Fremdenfeindlichkeit für die Schulen



Was ist Xenophilia?

Xenophilia ist ein Computer-Quiz auf CD-ROM zum Thema »Fremd sein« in lebendiger Aufmachung, mit Bild, Ton und Animation. Als Arbeitshilfe für den Einsatz an Schulen dient die dazugehörige Lehrerbroschüre mit zusätzlichen Informationen und Unterrichtsmaterialien.

Was heißt Xenophilia?

Das Wort »Xenophilia« kommt aus dem Griechischen und bedeutet »Fremdenfreundlichkeit« und »Gastfreundschaft«. Es ist der Gegensatz zur Fremdenfeindlichkeit (»Xenophobia«), gegen die sich das Spiel wendet.

Wer kann Xenophilia spielen?

Das Spiel richtet sich vor allem an 13- bis 17-Jährige an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Aber auch für ältere Jugendliche und Erwachsene ist Xenophilia interessant. Und natürlich kann man es nicht nur an Schulen spielen, sondern auch in Jugendgruppen, Vereinen oder zu Hause.

Worum geht es bei Xenophilia?

Bei dem Spiel geht es darum, Jugendliche für Probleme beim Umgang mit Menschen aus anderen Ländern zu sensibilisieren und Wissen über »Fremd sein« zu vermitteln.

Die 100 Quizfragen sind in zwei Themenkomplexe gegliedert:

- Fremd sein in Deutschland (Themengebiete: Alltag und Sprache, Staatsangehörigkeit, Vorurteile, Migration)

- Fremd sein im Ausland (Erdregionen: Europa, Amerika, Afrika und Naher Osten, Ferner Osten)

Die Themen und Fragen können im Unterricht nach Auswahl der Lehrer gezielt angewählt werden. Darüber hinaus existiert die Variante »Xenophilia-Trophy«, bei der um Punkte gespielt werden kann und die Fragen nicht nach Themen geordnet sind.

Das Spiel möchte helfen, Vorurteile gegenüber fremden Menschen abzubauen. Weit verbreitete Stammtisch- und Schulhof-Parolen können ausgeräumt werden, indem die Sinnlosigkeit fremdenfeindlicher Denkmuster entlarvt wird. Es leistet einen Beitrag zum Aufbau von Verständnis und Toleranz für fremde Verhaltensweisen und gibt Anregungen zur besseren Kommunikation mit Menschen aus anderen Ländern.

Das Spiel kann keinen vorgefertigten Verhaltenskodex für den Umgang mit Fremden bieten. Vielmehr geht es darum, Missverständnisse und Fehldeutungen von Verhaltensweisen zu vermeiden und sich in die Situation von Fremden respektvoll hineinzusetzen.

Bezugsadresse: FORAREA
c/o Institut für Geographie,
Kochstr. 4/4, 91054 Erlangen,
Tel.: 0 91 31 / 85 22 011,
Fax: 0 91 31 / 8522 013,
E-Mail: forarea@geographie.uni-erlangen.de

Schneeballsystem – Projektschultage »Für Demokratie Courage zeigen«

In Sachsen startete 1998 unter dem Eindruck des Wahlerfolgs der DVU in Sachsen-Anhalt die Aktion »Für Demokratie Courage zeigen«. Initiiert von der DGB-Jugend beteiligen sich auch andere Jugendorganisationen, die sich im Semperkreis zusammengeschlossen haben. Ein wichtiger Bestandteil der Aktion sind die so genannten Projektschultage, die über sechs Schulstunden gehen und von zwei dafür ausgebildeten Teamerinnen bzw. Teamern durchgeführt werden. Dabei handelt es sich um junge Leute, da das Prinzip junge Leute für junge Leute gelten soll. Methodisch wird innerhalb der Projektschultage variiert: Diskussionen, Filme, Rollenspiele, wobei immer auch Erlebnisse und Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler Ausgangspunkt sind. Angeboten werden drei unterschiedliche Varianten.

Die Projektschultage Courage liefen in Sachsen nach einer Testphase im April Mitte 1999 an. Zunächst gab es nur informelle Werbung – etwa über interes-

sierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Kontakte zu Schülervertretungen –, seit Januar 2000 gibt es eine systematische Werbung an allen Schulen Sachsens über einen Infolyer. Bis Mitte 2001 – berichtet Jugendbildungsreferent Martin Dulig beim DGB Sachsen – wurden 420 Projektstage durchgeführt und rund 10.000 Schülerinnen und Schüler erreicht.

Die Aktion sprach sich natürlich auch über die Grenzen des Freistaats hinaus herum. Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg griff sie auf. Kurz nach den Sommerferien 2000 wurden auch in Berlin und Brandenburg Projektschultage zum Thema Courage angeboten. Landesjugendsekretär Marco Steegmann: »Wir haben die Methoden übernommen, aber die Inhalte modifiziert und auf unsere Verhältnisse angepasst.« So richten sich die Projektschultage hier vornehmlich an Berufsschulen. Und es muss differenziert werden. Steegmann: »Wenn wir in Brandenburg Schüler fragen, wie hoch sie den Ausländeranteil

schätzen, kommt als Antwort in der Regel eine Zahl zwischen 20 und 50 Prozent. Tatsächlich sind es 2,3 Prozent. Hier müssen wir anders vorgehen als etwa im Westteil Berlins, wo es einen sehr viel größeren Anteil von Migranten gibt und das Zusammenleben eingeübter ist.« Auch hier arbeitet die DGB-Jugend mit anderen Organisationen zusammen, etwa den Jusos, dem Anne-Frank-Zentrum und der Antonio-Amadeu-Stiftung.

Und der Schnellball rollt weiter: Ende August haben zehn Teamerinnen und Teamer aus Berlin-Brandenburg an fünf Schulen in Wilhelmshaven Projektschultage durchgeführt. Damit beginnt auch im DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen die Arbeit. In Thüringen sind Teamerinnen und Teamer ausgebildet worden. Auch in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz laufen die Vorbereitungen für die Projektschultage.

Informationen über die Projektschultage bei:
DGB-Jugend Sachsen
Schützenplatz 14, 01067 Dresden
Tel.: 0351/ 863 31 01
E-Mail: Martin.Dulig@dgb.de
oder:
DGB-Jugend Berlin-Brandenburg
Keithstr. 1-3, 10787 Berlin
Tel.: 030/ 212 40-311
E-Mail: Marco.Steegmann@dgb.de

aus: DGB-Bildungswerk (Hrsg.),
Aktiv gegen Rassismus, November 2001

Gemeinsam sind wir Köln!



Unter diesem Motto wollen die Organisatorinnen und Organisatoren vom Kölner Runden Tisch für Ausländerfreundlichkeit Farbe bekennen.

In dem Text zur Aktion heißt es: Wir organisieren uns sichtbar gegen fremdenfeindliche Aktionen in Köln. Köln wäre nicht Köln, wenn hier nicht seit Stadtgründung Ausländer und Einheimische zusammenlebten. Heute leben in Köln 180 Völker! Wie gut es sich in Köln leben lässt, hängt davon ab, wie gut wir miteinander auskommen. Wir wollen, dass statt diffuser Fremdenfeindlichkeit lieber Neugier auf das Fremde, auf das Andere vorherrscht. In Köln gilt nicht nur zur Karnevalszeit der Spruch »Jeder Jeck ist anders«.

Wir wollen, dass Menschen in den Veedeln miteinander, nicht nebeneinander oder gar gegeneinander leben. Dafür wollen wir die Bedingungen in unserer modernen Großstadt im Einwanderungsland Deutschland schaffen. Dafür brauchen wir eine besonders befähigte Stadtverwaltung. Darum machen wir immer wieder auf Missstände aufmerksam, machen sie notfalls öffentlich.

Wir wollen Lösungen aufzeigen. Wir pflegen das Gespräch mit den Verantwortlichen in dieser Stadt und verstärken den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit. Wir wollen die stark machen, die sich alleine nicht trauen, gegen minderheitenfeindliche Sprüche und Taten einzuschreiten. Wir wollen von der schweigenden Mehrheit zur Farbe bekennenden Mehrheit werden. Wir wollen Mut machen, wir wollen Brücken bauen. Brücken wie auf unserem Anstecker!

Der Anstecker sowie weitere Informationen können bezogen werden bei der Geschäftsstelle des Kölner Runden Tisches für Ausländerfreundlichkeit, Feltenstraße 130, 50827 Köln, Tel.: 02 21/510 19 66, Fax: 02 21/50 80 864, E-Mail: info@gemeinsam-sind-wir-koeln.de, Internet: www.gemeinsam-sind-wir-koeln.de

»Wie knackt man eine Kokosnuss?«

Eine eigentlich simple Frage beschäftigt Jugendliche der Ausbildungsstätte Halle/Saale der Arbeit und Leben, Berufs- und Ausbildungszentrum GmbH: Wie knackt man eine Kokosnuss? Mit IkaP-Projekt Koordinator Dr. Karamba Diaby steht ihnen dabei kompetente Hilfe aus dem westafrikanischen Senegal zur Seite.

Doch es geht um mehr als nur darum, an Kokosfleisch und Kokosmilch heran zu kommen. Es geht darum, eine viel schwerere Nuss zu knacken, die Nuss von Unwissen, Vorurteilen und Berührungängsten mit fremden Menschen und Kulturen. So steht die Ko-

kosnuss symbolisch für die interessanten Entdeckungen hinter einer scheinbar undurchdringlichen Barriere. Dr. Diaby, seit 1996 mit interkultureller Arbeit befasst, setzt dabei auf die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen, weil sich so umsetzen lasse, worauf es ankomme, »mit den Menschen ins Gespräch zu kommen« und »über den Anderen etwas zu erfahren«. Denn, sagt die Sozialarbeiterin Kathrin Borchert, oft herrsche unter den Jugendlichen Ahnungslosigkeit und Unwissen über Hintergründe und Eigenheiten fremder Kulturen. So entstünden leicht unbegründete Vorurteile.

Die Jugendlichen greifen zu unterschiedlichen Werkzeugen, um die Kokosnuss zu knacken, während sich ihr senegalesischer Gast noch darüber ausschweigt, wie er die Aufgabe elegant und gewaltfrei lösen wird. Gewaltfreiheit - noch so ein Punkt, um den es bei der interkulturellen Arbeit geht. Es sei wichtig, sagt Dr. Diaby, schon bei der verbalen Gewalt anzusetzen und gleich bei Sprüchen einzuhaken, die negativ sind. Der Spruch »Ausländer raus« zum Beispiel. »Wisst Ihr eigentlich, was Ihr da sagt?«, reagiert der Projektkoordinator darauf. Würden jene, die solche markigen Sprüche loslassen, tatsächlich auf alles verzichten, was ursprünglich aus dem Ausland kommt?

Der Leiter der Ausbildungseinrichtung Wilfried Bittner ist sich sicher, dass reden immer möglich ist, rechtzeitiges Eingreifen aber auch nötig. Wer vom Weg abkomme, dürfe nicht allein gelassen werden. »Viele sind nur Mitläufer. Hier muss Bildungsarbeit ansetzen«, sagt Dr. Diaby. Unkenntnis über die Symbolik rechtsradikaler Gruppierungen mache diese Arbeit für die Ausbilder nicht eben leicht. »Viele sind nicht ausreichend über die Nazi-Symbolik informiert«, erklärt Dr. Diaby. Zur notwendigen Informiertheit gehöre zum Beispiel, eine exemplarisch zur Schau getragene »88« als verkapptes »Heil Hitler« zu verstehen (das »H« ist der achte Buchstabe im Alphabet). »Ich wusste das zum Beispiel nicht«, gibt Bittner zu. Er und seine Kollegen wünschen sich daher noch mehr Schulungen zum Thema Rechtsradikalismus.

Der kompetente und psychologisch kluge Umgang mit Nazisprüchen und -riten sei aber nur ein Punkt. Wichtig sei auch die Begegnung. Arbeit und Leben organisiert seit Jahren derartige Begegnungen. Bittner: »Wenn man sich kennenlernt, dann ändert sich die Einstellung. Neugier kommt auf.« Der Blick über den Tellerrand bringe viele Aha-Effekte sowie Wissen und Erfahrungen mit Lebensumständen und Mentalitäten.

Dr. Karamba Diaby wünscht sich allerdings, dass die zahlreichen interkulturellen Programme ausgedehnt werden. Zurzeit gebe es zahlreiche Kontakte innerhalb Europas. Da bestehe die Gefahr eines »Eurozentrismus«. Daher gelte es den Blickwinkel zu erweitern und den Süden in die Austauschprogramm stär-



Ausstellung: RASSISMUS NEIN

»Rassismus ist die Behauptung, Menschen unterschiedlicher Hautfarbe seien ihrem Wesen nach verschieden und müssten deshalb auch unterschiedlich behandelt werden. Den Hintergrund der rassistischen Verfolgung bildet weitgehend das Interesse an Macht, Privilegien und Geld. Rassismus ist in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen verankert. Rassismus macht die Entwicklung derer, die unter ihm leiden, illusorisch und verdirbt die, die sich seiner bedienen. Nicht nur in fernen Ländern existiert das Problem des Rassismus. In allen europäischen Ländern sind Einwanderer und politische Flüchtlinge aus rassistischen Gründen diskriminiert. Rassismus tötet Menschen, Rassismus zerstört Gemeinschaften, stürzt Nationen ins Chaos, bedroht Kontinente mit Krieg.«

So lautet der Ausschreibungstext des internationalen Karikaturenwettbewerbs RASSISMUS NEIN. Die Bilder zeigen, dass Rassismus ein international bekanntes Übel ist. Überall nutzen Eliten, politische Klassen, Clans, Mitglieder einer Ethnie ihre Macht zur Unterdrückung anderer. Gewalt gegen Flüchtlinge, Gewalt gegen Ausländer, Gewalt gegen Frauen, gegen Kinder, brutale Morde und subtile Diskriminierung bestimmen mehr und mehr den Alltag, überall.

Kontaktadresse:
EXILE-Kulturkoordination e.V.,
Friederikenstr. 41, 54130 Essen,
Tel.: 02 01 / 77 71 76,
Fax: 02 01 / 77 97 62,
E-Mail: EXILE-eV@t-online.de

ker mit einzubeziehen. Dann wäre das Knacken einer Kokosnuss kein Abenteuer mehr, wo die Jugendlichen mit Bohrer, Säge und Hammer anrücken.

Naja, sie alle haben ihre Kokosnüsse aufbekommen. Aber, zeigt Dr. Diaby, es geht weitaus eleganter. »Schaut Euch die Kokosnuss mal genauer an. Seht Ihr, das ist ein Igel.« Der Gast aus dem Senegal zeigt auf drei kreisrunde kleine Vertiefungen am Kopf der Nuss. Sein eigentliches Anliegen: Man soll genauer hinschauen, um Dinge zu erkennen und zu verstehen. »Das sind die Augen und der Mund.« Der Mund, die einzige weiche Vertiefung, wird aufgestochen und in das entstandene Loch hineingeblasen. Dr. Diaby pustet und pustet und pustet. Die Jugendlichen tun es ihm gleich. Dann halten sie das Blasloch zu und hauen die Nuss (sie bleibt in der Hand) auf den Boden. Sie springt auf und Herr Diaby zeigt, wozu das Blasen gut war. »Schaut, das Kokosfleisch lässt sich jetzt ganz leicht abmachen.«

Wieder etwas gelernt. Die Jugendlichen werden diesen Obst-Workshop, der darauf abzielt, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die für Integrationsthemen normalerweise nicht zu erreichen sind, ganz sicher nicht vergessen.

Der Obst-Workshop und viele andere fantasievolle Veranstaltungen werden auch im Rahmen der Interkulturellen Woche in verschiedenen Einrichtungen in Sachsen-Anhalt angeboten. Hauptzielgruppe sind vor allem benachteiligte Jugendliche, die in ihrer Mehrheit

Rosen gegen Fremdenfeindlichkeit

Eine außergewöhnliche Aktion hatten Abiturientinnen und Abiturienten der Freien Waldorfschule Dresden initiiert. Bedrückt von den Ereignissen und Folgeereignissen des 11. September 2001 trafen sie sich in der Dresdener Innenstadt, um Rosen zu verteilen. Rosen mit einem Band versehen, auf dem stand: Ich wünsche dir Liebe, Kraft und Mut, für Menschlichkeit und gegen Fremdenfeindlichkeit einzutreten. Nicht als Geschenk waren diese Blumen gedacht, sondern als Leihgabe. Denn die Empfänger waren aufgefordert, die Rose mit dem Wunsch der Verteilenden an andere Passanten weiterzugeben, nachdem sie sich daran erfreut hatten. Die Schülerinnen und Schüler begleiteten die Aktion mit einem Transparent, auf dem der Text von Erich Fried zu lesen war: Im Verteidigungsfall. Was würden die letzten Worte der Völker sein? »Ihr seid schuld gewesen.« »Nein, ihr.« »Nein, nur ihr allein.«



meistens keinen vorherigen Kontakt mit Migrantinnen und Migranten hatten. Deshalb wird mit Methoden gearbeitet, die darauf abzielen, Gesprächsgrundlagen zu schaffen. Die Teilnehmenden sollen über sinnliche Erfahrungen (zum Beispiel mit exotischen Lebensmitteln) dazu angeregt werden, sich Wissen über fremde Kulturen und Länder anzueignen. Gemeinsames Kochen, das Kennenlernen verschiedener Obstarten, deren Herkunft sowie Bedeutung in der Heilkunde, die Zubereitung und der Verzehr stellen ein Transportmittel für interkulturelles Lernen dar.

Martin Schramme

»Wie knackt man eine Kokosnuss?«

Ein Film (18 min. VHS / 2001) von Peter Haumann, produziert durch WIM e.V. Berlin (Werkstatt für interkulturelle Arbeit) im Auftrag von Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt e.V. und QFC (Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH Halle). Seminarleiter: Dr. Karamba Diaby, Leiter des Projektes »Interkulturelle und antirassistische Projektkoordination« (IKaP) Teilnehmende: Auszubildende, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Kontaktadresse:
Deutschen Angestellten-Akademie (DAA GmbH),
Merseburger Straße 237,
(Forum Halle, Haus 2, 1.OG)
06130 Halle (Saale),
Tel.: 03 45/13 68 71 20, Fax: 03 45/13 68 71 50,
im Internet www.daa-halle.de,
E-Mail: ikap@daa-bw.de

Evangelischen Kirche in Deutschland

Beschluss der 9. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 6. Tagung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Zuwanderungsfrage am 8. November 2001 in Amberg

Die Synode der EKD unterstützt nachdrücklich das derzeitige Bemühen politischer und gesellschaftlicher Kräfte um eine gesetzliche Regelung der Zuwanderung. Zuwanderer und Zuwanderinnen werden in Deutschland gebraucht und sind uns willkommen. Dies muss gegen alle Unkenntnis und Ängstlichkeit auch durch ein Gesetz klargestellt werden. Die Terrorakte des 11. September 2001 geben keinen Grund, von einer solchen Regelung Abstand zu nehmen. Die danach bei manchen aufgekommene oder wiederbelebte Furcht vor Ausländern und Ausländerinnen darf nicht bestärkt, ihr muss im Reden und Handeln besonnen entgegen getreten werden. Dieses Thema ist insbesondere nicht geeignet für eine polemische Auseinandersetzung in Wahlkampfzeiten.

Zu dem derzeit beratenen Gesetzentwurf der Bundesregierung gibt die Synode zu bedenken:

1. Der von der Regierung beabsichtigte Abschiebeschutz für Menschen, die wegen ihres Geschlechts oder aber von nichtstaatlichen Machthabern verfolgt werden, ist zu begrüßen. Der Gesetzentwurf lässt aber nicht erkennen, dass Härtefällen ausreichend Rechnung getragen wird. Wenn das für das reguläre Verfahren nicht vorgesehen werden kann, muss eine Härteklausele die Möglichkeit schaffen, in Sonderfällen menschlicher Not abzuwehren.

2. Auch Flüchtlingen muss grundsätzlich das in Deutschland übliche Mindestmaß an Lebensunterhalt gewährt werden. Die Kirchen haben deshalb die Absenkung von Leistungen unter das Sozialhilfeniveau immer kritisiert. Die jetzt geplante allgemeine Absenkung lehnen wir ab.

3. Kinder gehören zu ihren Eltern. Deshalb sollen möglichst Trennungen von Anfang an vermieden werden. Dies ist im Interesse der Kinder und der Integra-

tion. Wenn aus individuellen Gründen ein späterer Nachzug von Kindern erforderlich wird, darf allerdings keine unangemessene Beschränkung, insbesondere keine Altersgrenze von 14 Jahren, vorgesehen werden, denn auch hier gilt das Recht auf Familienzusammenführung.

4. Das so genannte »Kirchenkontingent« trifft nicht die Fragen ganz besonderer Notfälle bei Abschiebungen. Es stellt deshalb keine Alternative zur Schutzgewährung durch kirchliche Fürsprecher dar. Denkbar ist hingegen sein Missbrauch durch andere, die den Status einer religiösen Vereinigung beanspruchen. Ein »Religionsprivileg« wird im Vereinsrecht abgeschafft; es sollte auch nicht im Ausländerrecht vorgesehen werden.

5. Es muss endlich gewährleistet werden, dass illegal hier lebende Ausländer und Ausländerinnen medizinische Hilfe erhalten und ihre Kinder in Schulen schicken können, ohne dass die damit befassten öffentlichen Stellen verpflichtet sind, den illegalen Aufenthalt zu melden.

In ihrem Gemeinsamen Wort zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht haben die Deutsche Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland bereits 1997 auf die Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption zur Zuwanderung und Eingliederung von Ausländern und Ausländerinnen hingewiesen. In Erinnerung an dieses gemeinsame Wort bittet die Synode den Rat und die Gliedkirchen, in Gesprächen mit den politischen Verantwortlichen weiter darauf zu dringen, dass »... alle Regelungen jeglicher Zuwanderung jederzeit dem Anspruch auf strikte Einhaltung der Menschenwürde und dem Gebot der Rechtssicherheit und der Rechtsklarheit entsprechen müssen« (Gemeinsames Wort, Ziffer 180).

Papst Johannes Paul II.

Durch einen fruchtbaren und interreligiösen Dialog die Schranken des Misstrauens beseitigen
Botschaft zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge 2002 (Auszug)

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich die Menschheit immer mehr zu einem großen Dorf entwickelt, in dem sich die Entfernungen verkürzt haben und das Kommunikationsnetz verdichtet hat. Die fortschreitende Entwicklung der modernen Transportmittel erleichtert die Beförderung von Personen von einem Land ins andere, von einem Kontinent zum anderen. Infolge dieses einschneidenden sozialen Phänomens zählt man insgesamt rund 150 Millionen Einwanderer, verteilt auf alle Teile der Welt. Das ist eine Zahl, die die Gesellschaft und die christliche Gemeinschaft zum Nachdenken zwingt, um zu Beginn des neuen Jahrtausends diesen Herausforderungen in angemessener Weise begegnen zu können, denn sie stellen sich uns in einer Welt, in der Menschen verschiedener Kulturen und Religionen miteinander leben müssen.

Damit sich dieses Zusammenleben friedlich gestaltet, müssen notwendigerweise zwischen den Anhängern der verschiedenen Religionen die leider noch vorhandenen Schranken des Misstrauens, der Vorurteile und Ängste beseitigt werden. In allen Ländern sind Dialog und gegenseitige Toleranz erforderlich zwischen den Anhängern der Mehrheitsreligion und den Minderheiten, die von Einwanderern gebildet werden, die anderen Religionen angehören. Der beste Weg ist der Dialog, und die Kirche lädt ein, auf diesem Weg fortzuschreiten, um vom Misstrauen zur Achtung, von der Ablehnung zur Annahme zu gelangen.

Vor kurzem, am Ende des Großen Jubiläumsjahres 2000, habe ich diesbezüglich meinen Aufruf wiederholen wollen, damit sich »eine Beziehung der Öffnung und des Dialogs mit den Vertretern der anderen Religionen« abzeichne (Novo millennio ineunte, 55). Um dieses Ziel zu erreichen, sind Initiativen, die die Aufmerksamkeit der großen sozialen Kommunikationsmittel wecken, nicht genug. Es bedarf vielmehr täglicher Zeichen und Gesten, die ein-

fach und beharrlich gesetzt werden und imstande sind, in den zwischenmenschlichen Beziehungen eine echte Wandlung zu bewirken.

Die für unser Zeitalter bezeichnende ausgedehnte und dichte Vernetzung der Migrationsphänomene vervielfacht die Gelegenheit zum interreligiösen Dialog. Sowohl Länder mit alten christlichen Wurzeln als auch multikulturelle Gesellschaften bieten konkrete Gelegenheiten zum interreligiösen Austausch. Nach Europa, das eine lange christliche Tradition hat, kommen Bürger, die anderen Bekenntnissen angehören. Nordamerika, das bereits eine gefestigte multikulturelle Erfahrung vorweisen kann, beherbergt Anhänger neuer religiöser Bewegungen. In Indien, wo der Hinduismus überwiegt, wirken katholische Ordensleute, indem sie den einfachen caritativen Dienst an den Armen des Landes leisten. Der Dialog ist nicht immer leicht. Aber die geduldige, vertrauensvolle Suche nach ihm ist für die Christen eine ständig zu erfüllende Pflicht. Im Vertrauen auf den Herrn, der Sinn und Herz erleuchtet, bleiben sie offen und aufnahmebereit gegenüber all jenen, die sich zu anderen Religionen bekennen. Mit tiefer innerer Überzeugung praktizieren sie den eigenen Glauben, während sie zugleich mit allen, die nicht Christen sind, den Dialog suchen. Aber sie wissen auch, dass für einen wahren Dialog mit den anderen das klare Bekenntnis des eigenen Glaubens erforderlich ist.

Dieses aufrichtige Bemühen um den Dialog setzt einerseits die gegenseitige Annahme der Unterschiede und manchmal sogar der Widersprüche wie auch die Respektierung der freien Gewissensentscheidung des Einzelnen voraus. Es ist also unbedingt notwendig, dass jeder, welcher Religionszugehörigkeit er auch sei, die unabdingbaren Ansprüche der Religions- und Gewissensfreiheit berücksichtigt, die das II. Vatikanische Konzil klar ins Licht gerückt hat (vgl. *Dignitatis humanae*, 2).

Ich hoffe, dass ein solch friedliches Zusammenleben auch in den Ländern möglich ist, wo sich die Mehrheit zu einer nichtchristlichen Religion bekennt und wo christliche Einwanderer leben, die nicht immer volle Religions- und Gewissensfreiheit genießen.

Wenn alle von diesem Geist beseelt sind, werden sich im Rahmen der menschlichen Mobilität gleichsam wie in einer Werkstatt providentielle Möglichkeiten für einen fruchtbaren Dialog erschlie-

ßen, bei dem niemals die zentrale Stellung des Menschen streitig gemacht wird. Das ist der einzige Weg, der uns hoffen lässt, »das düstere Gespenst der Religionskriege zu vertreiben, die viele Epochen der Menschheitsgeschichte mit Blut überzogen« und viele Personen nicht selten gezwungen haben, ihre Heimat zu verlassen. Es ist dringend notwendig, sich dafür einzusetzen, dass der Name des einen Gottes immer mehr zu dem wird, was er ist, »ein Name des Friedens und ein Gebot des Friedens« (vgl. *Novo millennio ineunte*, 55).

Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE)

*Charta Oecumenica –
Leitlinien für die wachsende
Zusammenarbeit unter den Kirchen
in Europa, 2001 (Auszug)*

Völker und Kulturen versöhnen

Die Vielfalt der regionalen, nationalen, kulturellen und religiösen Traditionen betrachten wir als Reichtum Europas. Angesichts zahlreicher Konflikte ist es Aufgabe der Kirchen, miteinander den Dienst der Versöhnung auch für Völker und Kulturen wahrzunehmen. Wir wissen, dass der Friede zwischen den Kirchen dafür eine ebenso wichtige Voraussetzung ist.

Unsere gemeinsamen Bemühungen richten sich auf die Beurteilung und Lösung politischer und sozialer Fragen im Geist des Evangeliums. Weil wir die Person und Würde jedes Menschen als Ebenbild Gottes werten, treten wir für die absolute Gleichwertigkeit aller Menschen ein.

Als Kirchen wollen wir gemeinsam den Prozess der Demokratisierung in Europa fördern. Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen. Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen Menschen, besonders gegen Frauen und Kinder.

Zur Versöhnung gehört es, die soziale Gerechtigkeit in und unter allen Völkern zu fördern, vor allem die Kluft zwischen Arm und Reich sowie die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Gemeinsam wollen wir dazu beitragen, dass Migranten und Migrantinnen, Flüchtlinge und Asylsuchende in Europa menschenwürdig aufgenommen werden.

Wir verpflichten uns,

- jeder Form von Nationalismus entgegenzutreten, die zur Unterdrückung anderer Völker und nationaler Minderheiten führt und uns für gewaltfreie Lösungen einzusetzen;
- die Stellung und Gleichberechtigung von Frauen in allen Lebensbereichen zu stärken sowie die gerechte Gemeinschaft von Frauen und Männern in Kirche und Gesellschaft zu fördern.

Beziehungen zum Islam pflegen

Seit Jahrhunderten leben Muslime in Europa. Sie bilden in manchen europäischen Ländern starke Minderheiten. Dabei gab und gibt es viele gute Kontakte und Nachbarschaft zwischen Muslimen und Christen, aber auch massive Vorbehalte und Vorurteile auf beiden Seiten. Diese beruhen auf leidvollen Erfahrungen in der Geschichte und in der jüngsten Vergangenheit.

Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen sowie den christlich-islamischen Dialog wollen wir auf allen Ebenen intensivieren. Insbesondere empfehlen wir, miteinander über den Glauben an den einen Gott zu sprechen und das Verständnis der Menschenrechte zu klären.

Wir verpflichten uns,

- den Muslimen mit Wertschätzung zu begegnen;
- bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten.

Diese Materialhinweise ergänzen die im Jahr 2001 im Materialheft zur Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche vorgestellten Materialien.

Grundlegende Schriften aus den Kirchen

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (Hg.)

»... und der Fremdling, der in deinen Toren ist«
Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht

Bezug: Kirchenamt der EKD, Postfach 210220, 30402 Hannover, Tel.: 0511/2796-0, Fax: 0511/2796-709 oder Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Tel.: 0228/103-0, Fax: 0228/103-371

Evangelisches Missionswerk in Deutschland – EMW (Hg.)

Christoph Dahling-Sander
Auf dem Weg zur sichtbaren Gemeinschaft? Ökumenische Zusammenarbeit mit Kirchen und Gemeinden anderer Sprache oder Herkunft
EMW-Informationen, Nr. 123, August 2000
Bezug: EMW, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg, E-Mail: service@emw-d.de
Internet: www.emw-d.de

Lothar Roos, Joseph Sauer (Hg.)
Migration. Lebendige Seelsorge
Echter Verlag, Würzburg 2001

Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) (Hg.)
Charta Oecumenica – Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa
Bezug: Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Gallusstr. 24, CH-9000 St. Gallen, Tel.: +41 71 227 33 74, Fax: +41 71 227 33 75, im Internet: www.kath.ch/ccee, E-Mail: ccee@telenet.ch

Islam

Zentralrat der Muslime in Deutschland – ZMD (Hg.)
Islamische Charta – Grundsatzklärung des Zentralrates der Muslime in Deutschland zur Beziehung der Muslime zum Staat und zur Gesellschaft

Februar 2002
Bezug: ZMD, Postfach 1224, 52232 Eschweiler, Stichwort: Islamische Charta (Schutzgebühr von 3 EUR inkl. Versand), Fax: 02403/702076, E-Mail: sekretariat@zentralrat.de

Zentralrat der Muslime in Deutschland (Hg.)
Tag der offenen Moschee
Arbeitshilfe zur Vorbereitung einer Veranstaltung
Bezug: Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V., Arbeitsgruppe Tag der offenen Moschee, Industr. 93, 52249 Eschweiler, Tel.: 02403/702075, Fax: 02403/702076, E-Mail: sekretariat@zentralrat.de, Internet: www.islam.de

Kirchenamt der EKD (Hg.)
Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland
Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen
Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2. Aufl., 2000
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2000

Beratungsstelle für christlich-islamische Begegnung der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen (Hg.)
Erste Schritte wagen
Eine Orientierungshilfe für die Begegnung von Kirchengemeinden mit ihren muslimischen Nachbarn; Wuppertal 2001
Bezug: Beratungsstelle für christlich-islamische Begegnung der EkiR und der EkvW, Rudolfstr. 131, 42285 Wuppertal
Tel.: 0202/82736, Fax: 0202/86297
E-Mail: begegnung@web.de

Rheinischer Verband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (Hg.)
Muslimische Kinder in evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder
Düsseldorf 2000
Bezug: Rheinischer Verband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder, Lenaustr. 41, 40470 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 63 98 295, Fax: 0211 / 63 98 299

Karl-Josef Kuschel
Streit um Abraham. Was Juden, Christen und Muslime trennt – und was sie eint.
Patmos Verlag, Düsseldorf 2001

Adel Theodor Khoury, Peter Heine, Janbernd Oebbecke (Hg.)
Handbuch Recht und Kultur des Islams in der deutschen Gesellschaft. Probleme im Alltag – Hintergründe – Antworten
Gütersloher Verlagshaus, 2000

Reinhard Kirste, Paul Schwarzenau, Udo Tworuschka (Hg.)
Hoffnungszeichen globaler Gemeinschaft. Religionen im Gespräch Bd. 6
Balve 2000

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.)
Islam in Deutschland
Der Bürger im Staat, 51. Jahrgang Heft 4, 2001

Referat für Multikulturelles im Amt für Soziales und Wohnen der Bundesstadt Bonn (Hg.)
Dokumentation der Fortbildungsreihe: Migrationsarbeit und Islam als Sozialisationsfaktor
2. aktualisierte Auflage
Bezug: Referat für Multikulturelles im Amt für Soziales und Wohnen der Bundesstadt Bonn, Budapester Str. 17, 53111 Bonn, Tel.: 0228/772640, Fax: 0228/772360

Mehdi Razvi in Zusammenarbeit mit Halima Krausen und Pia Köppel
Entdeckungsreisen im Koran – Zwölf Lehrgespräche
EB-Verlag, Eichenstraße 29, 20259 Hamburg, Internet: www.ebverlag.de

Evangelischer Pressedienst (Hg.)
Der Friedensauftrag der Religionen
Texte einer Studientagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
epd-Dokumentation Nr. 21/01, Mai 2001
Bezug: GEP-Vertrieb, Postfach 500550, 60394 Frankfurt, Tel.: 069 / 58098189, Fax: 069 / 58098226, E-Mail: vertrieb@gep.de, Internet: www.epd.de

Arbeitsgruppe ISLAM der Hauptabteilung Gemeindearbeit des Bischöflichen Generalvikariats Aachen (Hg.)
Christen und Muslime im Bistum
Projektbericht über die Umsetzung des Beschlusses 10.2P4
April 2001

Thomas Lemmen
Türkisch-islamische Organisationen in Deutschland
Eine Handreichung
Verlag für Christlich-islamisches Schrifttum, Altenberge 1998

Thomas Lemmen
Muslimische Spitzenorganisationen in Deutschland: der Zentralrat und der Islamrat
Verlag für Christlich-islamisches Schrifttum, Altenberge 1999

Thomas Lemmen / Melanie Miehl
Miteinander leben – Christen und Muslime im Gespräch
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 2001
GTB 749

Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.)

Thomas Lemmen, Melanie Miehl
Islamisches Alltagsleben in Deutschland
Bonn 2001

Diözesanrat der Katholiken im Bistum Augsburg (Hg.)
Kirchturm und Minarett – Christen begegnen Muslimen

Eine Handreichung
Bezug: Diözesanrat der Katholiken, Kappelberg 1, 86150 Augsburg

Arbeitskreis Integration im Bistum Essen
Religion ist keine Privatsache – Orientierungshilfe zu Moscheebauten und Muezzinruf
Bezug: Bistum Essen AK Integration, Zwölfling 16, 45127 Essen

Sachausschuss »Wir Christen und der interreligiöse Dialog« der ACK Bayern (Hg.)
Einander begegnen in Kultur und Religion
Impulse aus der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Bayern, München 1994
Bezug: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Bayern, Prälat-Zistl-Str. 8, 80331 München, Tel.: 089 / 26 36 03, Fax: 089 / 26 55 37

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.)
Christen und Muslime in Deutschland
Eine pastorale Handreichung, Arbeitshilfe 106
Bezug: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

In der Diskussion Nr. 8
Islamischer Religionsunterricht an staatlichen Schulen in Deutschland
Bonn/Berlin, September 2000
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Postfach 140280, 53107 Bonn, Tel.: 0228/527-2307/2758, Fax: 0228/527-2760, Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de, E-Mail: as2@bma.bund.de

Dorothee C. von Tippelskirch und Rolf Hanusch (Hg.)
Fundamentalismus in der Moderne
Berliner Begegnungen Band 1
Bezug: TVT Medienverlag 1999, Postfach 2562, 72015 Tübingen, Fax: 07071/360079

Katholisches Bibelwerk e.V. (Hg.)
Der Koran und die Bibel
Bezug: Edition »Welt und Umwelt der Bibel«, Silberburgstr. 121, 70176 Stuttgart, Tel.: 0711/6192050

Barbara Huber-Rudolf
Der Islam im Spiegel muslimischer Schriftsteller
Ein Lesebuch; 1998
CIBEDO, Balduinstr. 62, 60599 Frankfurt/Main,
Tel.: 069/726491, Fax: 069/723052

Erzbischöfliches Generalvikariat (Hg.)
Katholisch-islamische Ehen
Eine Handreichung
Bezug: Erzbischöfliches Generalvikariat,
Presseamt, Marzellenstr. 32, 50668 Köln

Ludwig Hagemann, Adel Theodor Khouzy
**Dürfen Muslime auf Dauer in einem
nicht-islamischen Land leben?**
Würzburg/Altenberge 1997

Einwanderungspolitik/ Staatsangehörigkeitsrecht

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Ausländerfragen (Hg.)
Daten und Fakten zur Ausländersituation
Berlin 2002
Migrationsbericht; November 2001
In der Diskussion Nr. 11:
Älter werden in Deutschland; September 2001
In der Diskussion Nr. 10:
Mehrsprachigkeit an deutschen Schulen
August 2001
Bezug: Postfach 14 02 80, 53107 Bonn,
Fax: 01888 / 527-2760
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de,
E-Mail: as2@bma.bund.de

Unabhängige Kommission »Zuwanderung« (Hg.)
Zuwanderung gestalten – Integration fördern
Bericht der Unabhängigen Kommission
»Zuwanderung«; Berlin 2001
Bezug: Bundesministerium des Innern,
Öffentlichkeitsarbeit, 11014 Berlin
Internet: www.bmi.bund.de

Diakonisches Werk der EKD (Hg.)
Einwanderung und Integration fördern.
Positionen und Konzepte aus dem DW der EKD
Korrespondenz 01/01
Bezug: Zentraler Vertrieb des DW der EKD,
Karlsruher Str. 11, 70771 Echterdingen,
Tel.: 0711 / 90 21 650,
E-Mail: vertrieb@diakonie.de

Evangelische Kirche im Rheinland –
Das Landeskirchenamt (Hg.)
Durchgangsland oder Bleibegesellschaft.
Plädoyer der Evangelischen Kirche im Rheinland
für eine zielorientierte Zuwanderungs- und
Integrationspolitik
Bezug: EkiR – Das Landeskirchenamt,
Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf,
Internet: www.ekir.de

Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.,
Initiativgruppe Frankfurt (Hg.)
UnPässlichkeiten
Das Lesebuch zum Staatsangehörigkeitsrecht
Bezug: Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.,
Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt,
Tel.: 069/713756-0, Fax: 069/7075092,
E-Mail: Verband-Binationaler@t-online.de,
Internet: www.verband-binationaler.de

BAG JAW – Bundesarbeitsgemeinschaft
Jugendsozialarbeit e.V. (Hg.)
Mobile Jugendsozialarbeit für junge
MigrantInnen zur Jahrtausendwende
Ergebnisse und Konsequenzen aus dem
BMFSFJ-Modellprogramm
Partizipation und Chancengleichheit zugewanderter
Jugendlicher. Gestaltung der Integrations-
politik als Herausforderung an die Jugendpolitik
Bezug: BAG JAW,
Kennedyallee 105-107, 53175 Bonn,
Tel.: 0228/95968-0, Fax: 0228/9596830,
E-Mail: BAGJAW@t-online.de

Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammen-
arbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Jugend
und Bildung e.V. (Hg.)
**Fremd und doch vertraut – Junge Ausländer
in Deutschland**
PZ Nr. 102, Juni 2000
Streiflichter aus dem Jahr 10 der Einheit
PZ Nr. 103, September 2000
Bezug: Universum Verlagsanstalt,
Postfach 300, 65175 Wiesbaden,
Fax: 0611/9030-277,
E-Mail: uv@universum.de,
Internet: www.universum.de

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
Nation – Nationalismus – Nationale Identität
aus der Reihe »Kontrovers«
Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung,
Postfach 2325, 53013 Bonn

National Coalition zur Umsetzung der UN-
Kinderrechtskonvention in Deutschland
**Kinder ohne deutschen Pass – ein Leben
ohne Rechte?**
Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonven-
tion. Vorschläge, Positionen, Forderungen.
Diskussionspapier, Bonn 2000
Bezug: National Coalition, c/o AGJ,
Haager Weg 44, 53127 Bonn

Bildungswerk des DGB (Hg.)
Bereich Migration und Qualifizierung
**MigrantInnen aus der Türkei im Einwanderungs-
land Deutschland**
Tagung, 6.-7. September 2001 in Düsseldorf
Dokumentation
Forum Migration
Monatlich erscheinender Informationsdienst
Bezug: Der Setzkasten GmbH,
Tel.: 0211 / 40 800 88,
E-Mail: lavista@setzkasten.de

DGB-Jugend und IDA e.V. (Hg.)
**Interkulturelles Lernen in der beruflichen
Ausbildung**
Hintergründe und Handlungsmöglichkeiten
für Betrieb und Berufsschule
Handreichung für Multiplikatoren der
beruflichen Ausbildung
Bezug: IDA e.V.,
Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf,
Tel.: 0211/371026, Fax: 0211/382188,
E-Mail: IDAeV@t-online.de

Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik e.V. (Hg.)
MigrantInnen – Kriminalität und Polizei
Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit
1/2000
Bezug: Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik e.V.,
Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt/Main,
Tel.: 069/95789-0, Fax: 069/95789-190,
E-Mail: iss.frankfurt-am-main@t-online.de,
Internet: www.iss-ffm.de

Interkulturelles

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Hg.)
**Beheimatung und Begegnung. Kinder
mit Migrationshintergrund in evangelischen
Kindertageseinrichtungen**
Eine Handreichung
Bezug: EkiBB, Konsistorium, Referat 2.3,
Georgenkirchstr. 69 / 70, 10249 Berlin,
Tel.: 030 / 243 44 -273, -274,
Fax: 030/ 243 44 -272

Elke und Mauro Montanari
**Als ich nach Deutschland kam –
Italiener berichten**
Lambertus Verlag, Freiburg im Breisgau 2001

Newo Ziro – Neue Zeit? Wider die Tsiganomie
Ein Sinti-Roma-Kulturlesebuch
Agimos 2000

Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik e.V. (Hg.)
**Soziale Dienste für Migranten in der sozialen
Stadt**
in: iza Zeitschrift für Migration und soziale
Arbeit; Nr. 3 / 4-2001
Bezug: Institut für Sozialarbeit und Sozial-
pädagogik, Am Stockborn 5-7,
60439 Frankfurt am Main

Stimme (Hg.)
**Zeitschrift für In- und AusländerInnen
im Lande Bremen**
Bezug: Redaktion Stimme,
Schiffbauweg 4, 28237 Bremen,
Tel.: 0421/612072, Fax: 0421/617950,
Internet: www.is-bremen/-dab,
E-Mail: dab@is-bremen.de

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Ausländerfragen (Hg.)
**Handbuch zum Interkulturellen Arbeiten
im Gesundheitsamt**
Bonn/Berlin 2000
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundes-
regierung für Ausländerfragen,
Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel.: 0228/527-2307/2758, Fax: 0228/527-2760,
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de,
E-Mail: as2@bma.bund.de

ISKA Nürnberg
**CD »Interkultur in Bayern. Künstler,
Institutionen, Texte, Links«**
Das Projekt wurde als offizieller deutscher Beitrag
für das Internationale Jahr der Vereinten
Nationen Dialog zwischen den Kulturen (2001)
gewählt. 150 Datensätze auf der CD erleichtern
die Kontaktaufnahme zu Künstlern und Projekten
und liefern Anregungen für die interkulturelle
Arbeit.
Bezug: Institut für soziale und kulturelle Arbeit
Nürnberg, Gostenhofer Hauptstr. 61,
90443 Nürnberg

**Hallo, Hola, Ola – Sprachförderung
in Kindertagesstätten**
September 2000
Bezug kostenfrei über: Büro der Beauftragten der
Bundesregierung für Ausländerfragen,
Postfach 080162, 10001 Berlin,
Tel.: 030/20141781, Fax: 030/20141833
oder Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel.: 0228/527-2307/2758, Fax: 0228/527-2760,
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de,
E-Mail: as2@bma.bund.de

Rassismus/Gewalt gegen Fremde

AutorInnenkollektiv »Pfeffer und Salz« e.V. (Hg.)
**Recherchebroschüre Rechtsextremismus.
Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft**
Uckermark, Dezember 2001
Bezug: AutorInnenkollektiv »Pfeffer und Salz«
e.V., Postfach 1119, 16272 Angermünde,
Tel.: 03331 / 25 28 46, 0173 / 2 15 18 51,
E-Mail: pfefferundsatz-ev@gmx.net

Arbeitsgemeinschaft Jugend & Bildung e.V. in
Zusammenarbeit mit dem BMI (Hg.)
»basta – Nein zur Gewalt«
Ein Heft für die Schule / eine pädagogische
Handreichung
Ausgabe 2001 / 2002
Bezug: AG Jugend & Bildung e.V.,
Tausstr. 54, 65183 Wiesbaden,
Internet: www.basta-net.de

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten
Nationen (Hg.)
Eine-Welt-Presse
Thema: Rassismus
Nr. 1 / 2001
Bezug: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten
Nationen, Poppelsdorfer Allee 55, 53115 Bonn,
Tel.: 0228 / 94 90 00, E-Mail: info@dgvn.de

Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (Hg.)
Zweiter Bericht über Deutschland
Straßburg 2001
Sekretariat des ECRI, Menschenrechtsreferat – DG II, Europarat, F-67075 Straßburg Cedex, E-Mail: combat.racism@coe.int, Internet: www.ecri.coe.int

nah & fern. Ein Material- und Informationsdienst für Ökumenische Ausländerarbeit
Gewalt überwinden. Herausforderungen für Zuwanderungspolitik und Zusammenleben
Heft 25, November 2001
Bezug: Berliner Missionswerk, Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin, Tel.: 030/ 243 44 123, E-Mail: bmw@berliner-missionswerk.de

IDA NRW (Hg.)
Rechtsextremismus im Internet
Infomappe
Bezug: IDA-NRW, Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf, Tel.: 0211/371070, Fax: 0211/371025, E-Mail: IDA-NRW@t-online.de, Internet: www.home.t-online.de/home/IDA-NRW/

Villigster Deeskalationsteam Gewalt und Rassismus / Bündnis für Toleranz und Zivilcourage
Trainer/innen und Referent/innen-Verzeichnis
Bezug: Amt für Jugendarbeit der EkvW, Haus Villigst, 58239 Schwerte, Tel.: 02304/755190, Fax: 02304/755248

Jürgen Micksch und Anja Schwier
Fremde auf dem Lande
Interkulturelle Beiträge Nr. 19, Frankfurt/Main 2000
Bezug: Interkultureller Beauftragter der EKHN, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt, Tel.: 06151/367005, Fax: 06151/367003

IG Bergbau, Chemie, Energie
Vorstandsbereich Bildung – Umweltschutz (Hg.)
»Die neue Rechte«
Oktober 1999

Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Inneres (Hg.)
Rechtsextremismus in Stichworten. Ideologien – Organisationen – Aktivitäten
Juni 2001
Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz, Johanniswall 4, 20095 Hamburg, Internet: www.hamburg.de/Behoerden/LfV/homepage.htm

Opferperspektive e.V. (Hg.)
»Perspektiven nach einem rassistischen Angriff - Ihre Rechte und Möglichkeiten«
1. Auflage, Dezember 2001
Bezug: Opferperspektive e.V., Lindenstr. 47, 14467 Potsdam, Tel.: 0171/19 35 669, Fax: 01212/511 559 889, E-Mail: info@opferperspektive.de, Internet: www.opferperspektive.de

Didaktische Materialien

Büttner, Christian; Kronenberger, Elke; Stahl, Elisabeth
»Mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch!«
Modelle von Streitvermittlung in multikulturellen Gesellschaften
HSFK-Report 9/1997
Bezug: Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Walter-Kolb-Str. 9-11, 60594 Frankfurt/Main

IDA – Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V. (Hg.)
Ausstattungsverzeichnis
Künstlerinnenverzeichnis
Film- und Videoverzeichnis
Bezug: IDA, Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf, Tel.: 0211/371026, Fax: 0211/382188

Ökumenische Centrale (Hg.)
Lade Deine Nachbarn ein
Materialheft II – Didaktische Arbeitshilfe
Bezug: Ökumenische Centrale, Postfach 900617, 60446 Frankfurt/Main

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
Schritte gegen Gewalt – Pädagogische Konzepte der Gewaltprävention
Informationen zur politischen Bildung aktuell, 2000
Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Fax: 01888/515-309, E-Mail: ag4@bpb.bund.de, Internet: www.bpb.de

Landesbeauftragte für Ausländerfragen bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hg.)
Vorurteile
Bezug: kostenlos bei der Landesbeauftragten für Ausländerfragen, Postfach 3880, 55028 Mainz, Tel.: 06131/162462, Fax: 06131/164090, E-Mail: LBA@stk.rlp.de

Medienprojekt der Stadt Wuppertal
Rassismus/Rechtsextremismus No. 2
Eine thematische Zusammenstellung von Jugendvideoproduktionen
Enthüllungen
Ein Video zum Kopftuch-Tragen von muslimischen Mädchen und jungen Frauen in Deutschland

Hitan
Zur Beschneidung von moslemischen Jungen
Bezug: Medienprojekt der Stadt Wuppertal, Hofaue 55, 42103 Wuppertal, Fax: 0202/4468691, E-Mail: borderline@wuppertal.de

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Hg.)
Feste der Völker – ein pädagogischer Leitfaden
Pädagogische Anregungen und Impulse für eine interkulturelle Arbeit in Kindertagesstätten und Schulen
Bezug: VAS-Verlag, Kurfürstenstr. 18, 60486 Frankfurt, Tel.: 069/779366, Fax: 069/7073967, E-Mail: info@vas-verlag.de, Internet: www.vas-verlag.de

Eastsider
Dokumentarfilm, München 1995
von Yola L. Grimm zusammen mit den Eastsider
Fremde Augen
Dokumentarfilm, München 1992
von Yola L. Grimm zusammen mit jugendlichen Asylsuchenden
Dikkat! Wir kommen!
Eine deutsch-türkische Entschleierung
Dokumentarfilm, München – Berlin 1994
von Yola L. Grimm zusammen mit türkischen Inländerinnen
Bezug: Yola L. Grimm MediaEdition, Domagkstr. 33, 80807 München, Tel.: 089/32422324, Fax: 089/32422323, Internet: www.mediaedition.de

Michaela Ulich, Pamela Oberhuemer, Monika Soltendieck im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen, München 2000
Bezug für Kindertageseinrichtungen in Bayern kostenfrei über das Ministerium, Winzerstr. 9, 80792 München
In Kürze auch als Buch im Luchterhand-Verlag erhältlich

AG SOS-Rassismus NRW
Spiele, Impulse und Übungen zur Thematisierung von Gewalt und Rassismus in der Jugendarbeit, Schule und Bildungsarbeit
Schwerte 1996
Bezug: AG SOS-Rassismus, c/o Ralf-Erik Posselt, Haus Villigst, 58239 Schwerte

Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland
DIE LINDE e.V.
feste dabei sein. Feste und Religionen – für Kinder in Berlin entdeckt
Berlin 2000
Bezug: Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland DIE LINDE e.V., Markgrafendamm 24, 10245 Berlin

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Zusammenspiel. Spiele, Bücher und Tips zur interkulturellen Erziehung
Bezug: iaf, Ludolfsstr. 2-4, 60487 Frankfurt am Main

Rolf Krenzer, Reinhard Horn
Fremde werden Freunde
Kinderlieder für Verständnis und Toleranz
Liederheft mit gleichnamiger CD
Reinhard Horn, Rolf Krenzer
Bezug: Kontakte Musikverlag, Ute Horn, Windmüllerstr. 31, 59557 Lippstadt, Tel.: 02941/14513, Fax: 02941/14654, E-Mail: kontakte.musikverlag@t-online.de, Internet: www.kontakte-verlag.de

das baugerüst Nr. 01/01
Der, die, das Fremde
Zeitschrift für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der evangelischen Jugendarbeit und außerschulischen Bildung
Bezug: das baugerüst, Postfach 450131, 90212 Nürnberg, Tel.: 0911/4304-0, Fax: 0911/4304-205, E-Mail: baugeruest@ejb.de, Internet: www.ejb.de/inhalte/bauger.html

Illegalisierte

Jörg Alt
Illegal in Deutschland
Ergebniszusammenfassung des Forschungsprojekts zur Lebenssituation »illegaler«
Migranten in Leipzig
von Loeper Literaturverlag Karlsruhe
Bezug: Ariadne Buchdienst, Kiefernweg 13, 76149 Karlsruhe, Tel.: 0721/706755, Fax: 0721/788370, E-Mail: AriadneKA@AOL.com, Internet: www.vonLoeper.de

Jörg Alt und Ralf Fodor
Rechtlos? Menschen ohne Papiere
Anregungen für eine Positionsbestimmung. Mit einer Einführung von Cornelia Bührle
Karlsruhe 2001
Loeper Literaturverlag
Bezug: Ariadne Buchdienst, Kiefernweg 13, 76149 Karlsruhe, Tel.: 0721/706755, Fax: 0721/788370, E-Mail: AriadneKA@AOL.com, Internet: www.vonLoeper.de

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.)
Leben in der Illegalität in Deutschland – eine humanitäre und pastorale Herausforderung
Die deutschen Bischöfe – Kommission für Migrationsfragen Nr. 25, Mai 2001
Bezug: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

Erzbischöfliches Ordinariat Berlin (Hg.)
Rechtlos in Deutschland – eine Handreichung und Einladung zum Gespräch über die Lage von Menschen ohne Aufenthaltsrecht
Berlin 1997

Illegal in Berlin – Momentaufnahmen aus der Bundeshauptstadt
Migration Nr. 4, Dezember 1999
Bezug: Erzbischöfliches Ordinariat Berlin, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Wundtstr. 48-50, 14057 Berlin

Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.)
Ohne Recht auf Aufenthalt – illegal
Eine Handreichung und Einladung zum Gespräch zur Situation von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus
Bezug: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen,
Tel.: 0251/2709-230, Fax: 0251/2709-55231,
E-Mail: eckeberg@dw-westfalen.de

Flüchtlinge

Diakonisches Werk der EKD (Hg.)
»Das Silberkästchen – der Schnuller – die Pistole ...«
Anregungen für die Arbeit mit Flüchtlingsfrauen
Bezug: Diakonisches Werk der EKD,
Referat Hilfen für Flüchtlinge, Staffenbergstr. 76,
70184 Stuttgart, Tel.: 0711 / 2159-531

Wolf Dieter Just / Beate Sträter
»Unter dem Schatten Deiner Flügel ...«
Eine empirische Untersuchung über Erfolg und Misserfolg von Kirchenasyl
Bezug: Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft
»Asyl in der Kirche« e.V. (Hg.),
Berliner Freiheit 16, 53111 Bonn,
E-Mail: info@kirchenasyl.de

UNHCR (Hg.)
Menschenrechte, Flüchtlinge und UNHCR
Bezug: E-Mail: gfrbe@unhcr.de,
Internet: www.unhcr.de

GEP (Hg.) in Kooperation mit PRO ASYL
Broschüre **»Alle Kinder haben Rechte. Kinderflüchtlinge und die deutsche Politik«**
Arbeitsblätter für Unterricht, Diskussion und Aktion
epd-Dritte Welt-Information, Heft 10-11/2000
August/September 2000

Menschenwürde mit Rabatt. Leitfaden und Dokumentation zum Asylbewerberleistungsgesetz
Kommentar mit Dokumentation zum Asylbewerberleistungsgesetz und zum Flüchtlingsrecht von Georg Classen
April 2000
Zum Buch ist auch eine CD-ROM mit zusätzlichen Materialien erhältlich
Bezug: Förderverein PRO ASYL e.V.,
Postfach 160624, 60069 Frankfurt/Main,
E-Mail: proasyl@proasyl.de,
Internet: www.proasyl.de

PRO ASYL e.V. (Hg.)
»Flüchtlinge haben keine Wahl«
Broschüre und Plakat zum Tag des Flüchtlings 2002
Bezug: Förderverein PRO ASYL e.V.,
Postfach 160624, 60069 Frankfurt,
E-Mail: proasyl@proasyl.de,
Internet: www.proasyl.de

Europa

Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe (Hg.)
Einmischung um der Menschenrechte Willen
Kirche zwischen Asylrechtswirklichkeit und europäischer Gesetzgebung
Karlsruhe, März 2001
Bezug: Evangelischer Oberkirchenrat Karlsruhe,
Referat Diakonie, Mission und Ökumene,
Blumenstr. 1, 76133 Karlsruhe,
Tel.: 0721 / 9175-520,
E-Mail: EOK-Migration@ekiba.de

Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Hg.)
Vielfalt und Gleichheit für Europa
Jahresbericht 1999
Verändert die Medien. Verändert den Umgang mit Fremden
September 1999
Bezug: Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,
Rahlgasse 3, A-1060 Wien,
Tel.: +431/58030-0, Fax: +431/58030-91,
E-Mail: information@eumc.eu.int,
Internet: www.eumc.eu.int

Klaus J. Bade (Hg.)
Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts
Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft 4
Osnabrück 2001
Universitätsverlag Rasch

DGB-Bildungswerk (Hg.)
Bereich Migration und Qualifizierung
Masseneinwanderung von Migranten und Flüchtlingen? Auswirkungen der Osterweiterung der EU – Mythen und Fakten
Tagungsdokumentation September 2000
Bezug: DGB-Bildungswerk, Bereich Migration und Qualifizierung,
Postfach 103055, 40021 Düsseldorf

Peter Maschalck (Hg.)
Themenheft des Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück
Europa als Wanderungsziel
Ansiedlung und Integration von Deutschen im 19. Jahrhundert
IMIS-Beiträge 14/2000
Bezug: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück,
Tel.: 0541/969-4384, Fax: 0541/969-4380,
E-Mail: imis@uni-osnabrueck.de,
Internet: www.imis.uni-osnabrueck.de

Churches Committee for Migrants in Europe
Migration News Sheet
Bezug: Migration News Sheet,
172-174, rue Joseph II, B-1000 Bruxelles,
Tel./Fax: 0032/2303750

Europäisches Netz gegen Rassismus
Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch Legislativmaßnahmen auf europäischer Ebene (in englischer, französischer und deutscher Sprache)
November 1999
Bezug: ENAR, 43, rue de la Charité,
B-1210 Bruxelles,
Tel.: 32(0)2293570, Fax: 32(0)2293575,
E-Mail: info@enar-eu.org,
Internet: www.enar-eu.org

Jan Niessen
EU Policies On Immigration And Integration After The Amsterdam Treaty
Oktober 1999
Bezug: Migration Policy Group,
E-Mail: info@migpolgroup.com,
Internet: www.fhit.org/mpg

Herausgeber:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main,
Telefon: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
Im Internet: www.woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de
www.interkulturellewoche.de

Vorstand:

Vorsitzender: Jörn-Erik Gutheil, Evangelische Kirche im Rheinland, Düsseldorf
stellv. Vorsitzender: José Antonio Arzo, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropolie, Bonn

Weitere Mitglieder:

Dr. Martin Affolderbach, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dagmar Apel, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin
Dr. Athanasios Basdekis, Ökumenische Centrale, Frankfurt/Main
Yildiz Deniz, WDR, Funkhaus Europa, Köln
Dr. Karamba Diaby, Deutsche-Angestellten-Akademie, Halle
Dr. Nadeem Elyas, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Eschweiler
Katrin Gerdsmeier, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Berlin
Edith Giebson, Bischöfliches Ordinariat, Magdeburg
Dieter Griemens, Diözese Aachen, Würselen
Ursula Hartmann, Die Heilsarmee in Deutschland, Nürnberg
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Volker Klepp, Büro der Beauftragten der Bundesregierung
für Ausländerfragen, Berlin
Sabine Kriechhammer-Yagmur, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Frankfurt/Main
Susanne Lipka, Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Frankfurt/Main
Adelino Massuvira, Evangelisches Kreiskirchenamt, Suhl
Dr. Peter Prassel, Zentralstelle für gesellschaftliche und soziale Fragen
der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn
Volker Roßocha, DGB-Bundesvorstand, Berlin
Mechthild Schirmer, Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

Geschäftsführung: Günter Burkhardt, Frankfurt/Main

Redaktion: Günter Burkhardt, Friederike Ekol

Titelbild: Jörg Carabin, FH Aachen, Fb Design

(Projektleitung: Prof. Doris Casse-Schlüter)

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: Linea Plus Druck GmbH, Frankfurt/Main

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne gestattet. Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuß herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Meinung der Verfasser.

Als Termin für die Woche der ausländischen Mitbürger 2002 wird der 29. September bis 5. Oktober 2002 empfohlen.

Freitag, der 4. Oktober 2002 ist der Tag des Flüchtlings.

**Termine für die
Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 2003 und 2004:
2003: 28. September – 4. Oktober
2004: 26. September – 2. Oktober**

Bestellungen:

Materialumschlag

»Woche der ausländischen Mitbürger/ Interkulturelle Woche«

Inhalt:

1 Materialheft »Rassismus erkennen –
Farbe bekennen«,
1 Plakat DIN A 3 »Rassismus erkennen –
Farbe bekennen«,
1 Materialheft »Tag des Flüchtlings«,
1 Plakat DIN A 3 »Tag des Flüchtlings«
Staffelpreise: bis 9 Exemplare EUR 4,00
ab 10 Exemplaren EUR 3,00
ab 50 Exemplaren EUR 2,40
jeweils zuzüglich Versandkosten
Unkostenbeiträge für die neuen Bundesländer:
bis 9 Exemplare EUR 2,00
ab 10 Exemplaren EUR 1,80
ab 50 Exemplaren EUR 1,30
jeweils zuzüglich Versandkosten

Außerdem können folgende Materialien bestellt werden:

Plakat DIN A 3

»Rassismus erkennen – Farbe bekennen«

Unkostenbeitrag:

1 bis 9 Exemplare EUR 0,40
ab 10 Exemplaren EUR 0,30
ab 100 Exemplaren EUR 0,20
jeweils zuzüglich Versandkosten

Plakat DIN A 2

»Rassismus erkennen – Farbe bekennen«

Unkostenbeitrag:

1 bis 9 Exemplare EUR 0,80
ab 10 Exemplaren EUR 0,50
ab 100 Exemplaren EUR 0,40
jeweils zuzüglich Versandkosten

Postkarten (siehe Seite 25):

»Rassismus erkennen – Farbe bekennen«

»Bausteine«

»Zwei Kinder«

»Vornamen«

Unkostenbeitrag:

1 bis 49 Exemplare EUR 0,25
ab 50 Exemplaren EUR 0,20
jeweils zuzüglich Versandkosten

Arbeitshilfe für Unterricht und außerschulische Bildungsarbeit zu vier Plakatentwürfen

zur Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 1999/2000

Unkostenbeitrag: EUR 5,00 pro Exemplar
zuzüglich Versandkosten

Die Bestellungen sind schriftlich zu richten an:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß
zur Woche der ausländischen Mitbürger,
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.